

DStGB

DOKUMENTATION N° 135

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit



Deutsche Städte und Gemeinden aktiv für die Eine Welt



DStGB
Deutscher Städte-
und Gemeindebund

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Redaktion

Dr. Stefan Wilhelmy

(Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global)

Hanna Landfermann

(Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global)

Janna Lieser

(Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/Engagement Global)

Uwe Zimmermann

(Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Janina Salden

(Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Barbara Baltsch

Bildnachweise

Titel: Stadt Landau; **S. 5:** Bundesregierung/Kugler; **S. 7** oben: Andreas Grasser, unten: Mejía + Bendaña Fotografía; **S. 8:** Dominik Schmitz; **S. 9:** Stadt Bad Münstereifel; **S. 10:** Giulio Napolitano/shutterstock.com; **S. 10:** UN Photo/Cia Pak; **S. 13:** Stadt Düsseldorf; **S. 14:** Stadt Dortmund; **S. 16/17:** Gemeinde Aidlingen; **S. 18:** Karl-Heinz Laube/pixelio.de; **S. 20:** Deutsche Bundesstiftung Umwelt; **S. 22:** Grünes Klassenzimmer; **S. 23:** Dieter Appelt; **S. 24:** Stadt Neumarkt i.d.OPf.; **S. 25:** Stephen Williams; **S. 26:** fotogestoeber/shutterstock.com; **S. 28:** Prefeitura Municipal de Santarém; **S. 29 und 30:** Andreas Gasser; **S. 31 und 33:** Stadt Lahr; **S. 34 und 36:** Christiane Fritsch; **S. 37 und 38:** Matthias Bein; **S. 39:** Andreas Grasser; **S. 41:** Hans-Jürgen Schmitz; **S. 42 bis 44:** Stadtwerke Ettlingen GmbH; **S. 43 Kasten:** GIZ/CIM; **S. 44 Kasten:** SES; **S. 48 und 49:** Stadt Xanten; **S. 50:** Stadt Würselen; **S. 51:** Andreas Grasser; **S. 52 und 53:** Stadt Landau; **S. 54 und 55:** Stadt Mühlheim am Main; **S. 56 bis 58:** Stadt Biberach; **S. 59** oben: Landratsamt Ludwigsburg, unten: Barbara Frommann; **S. 62:** Robin Nieuwenkamp/shutterstock.com; **S. 63:** Stadt Herten.

Vorwort Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes	4		
Grußwort Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5		
I Entwicklungspolitik in und von Kommunen			
Kommunen gestalten Zukunft <i>von Dr. Stefan Wilhelmy und Janina Salden</i>	6		
Gemeinsam für die Millenniums- Entwicklungsziele <i>Von Alexander Büttner</i>	9		
II Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung in Kommunen			
Beitrag der Kommunen zu einer gerechten Handelsordnung <i>Von Norbert Portz</i>	12		
„Epizentrum“ des Fairen Handels im Landkreis Böblingen <i>Von Ekkehard Fauth</i>	16		
III Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen vor Ort			
Bildung findet „Stadt“ <i>Von Hannes Siege</i>	20		
Mehrfach ausgezeichnete Stadt der UN-Weltdekade <i>Von Thomas Thumann</i>	24		
Globales Lernen an Schulen und Kindergärten <i>Von Hans-Jürgen Böckelmann</i>	26		
IV Klimaschutz und Klimaanpassung			
Klimawandel – ein global-lokales Problem <i>Von Jessica Baier und Kurt-Michael Baudach</i>	28		
Global denken – gemeinsam planen – lokal handeln <i>Von Dr. Wolfgang G. Müller</i>	31		
		V Migration und Entwicklung	
		Migration und Entwicklung zusammen denken <i>Von Dorea Pfafferott</i>	34
		Partnerschaft mit viel Potenzial <i>Von Peter Gaffert</i>	37
		VI Wirtschaft als Handlungsfeld kommunaler Entwicklungspolitik	
		Engagement zu beiderseitigem Nutzen <i>Von Dr. Klaus Nutzenberger</i>	40
		Von Ettlingen nach Kabul <i>Von Eberhard Oehler</i>	42
		VII Kommunale Außenpolitik	
		Völkerverständigung im besten Sinne <i>Von Uwe Zimmermann</i>	46
		Kommunale Allianz im Nahen Osten <i>Von Christian Strunk</i>	48
		VIII Land-Kommunen- und Multi-Akteurs-Kooperationen	
		Neue Wege für kommunale Partnerschaften <i>Von Janina Salden und Barbara Baltsch</i>	50
		Landespartnerschaft vor Ort mit Leben erfüllt <i>Von Hans-Dieter Schlimmer</i>	52
		Bildung und Brunnen für Burkina Faso <i>Von Daniel Tybussek</i>	53
		Biberach engagiert sich in Telawi <i>Von Nobert Zeidler</i>	56
		IX Organisation und Finanzierung internationaler Arbeit	
		„Wir wünschen uns eine Art Lotsen für Kommunen“ Interview mit Christiane Overmans	59
		Online-Ratgeber der Servicestelle hilft! <i>Von Dr. Anke Valentin</i>	60



Dr. Gerd Landsberg,
Geschäftsführendes
Präsidialmitglied des
Deutschen Städte- und
Gemeindebundes

VORWORT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Kommunen sind unverzichtbare Partner in der Entwicklungszusammenarbeit

Die Kommunen der Einen Welt sind eng miteinander verbunden: Sie stehen weltweit vor ähnlichen Herausforderungen und das Handeln jeder Kommune wirkt sich auf die Situation in anderen Teilen der Welt aus. Vor diesem Hintergrund ist ein gemeinsames Engagement im Rahmen einer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit jetzt und für die Zukunft unerlässlich. In Einer Welt leben heißt, Verantwortung zu übernehmen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und diese zusammen umzusetzen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation ist eine wesentliche Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes klar definiert: Fluchtursachen bekämpfen und Flüchtlingen, die in ihre Herkunftsländer zurückkehren, eine belastbare Perspektive bieten. Städte und Gemeinden sind hier maßgebliche Akteure, denn vor Ort findet sich die Expertise, um gemeinsam mit Partnern die Verhältnisse in anderen Teilen der Welt zu stabilisieren und Demokratisierungsprozesse zu unterstützen. Vor allem durch bürgerschaftliches Engagement und explizit mit Hilfe von Erfahrungen, Netzwerken und Sprachkenntnissen der Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, lassen sich Brücken für eine Integration bauen.

Entsprechend ihrer Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit muss die Stimme der Kommunen auch international Gehör finden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht es als seine Aufgabe an, hierzulande für die Bedeu-

tung kommunalpolitischen Engagements in der Entwicklungspolitik zu werben, um eine möglichst vielfältige Vertretung deutscher Kommunalpolitiker in europäischen und internationalen Gremien zu gewährleisten.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist und bleibt eine freiwillige Aufgabe. Umso bedeutender sind finanzielle und inhaltliche Hilfestellungen von Bund und Ländern. Als kommunaler Spitzenverband begrüßen wir ausdrücklich die Ankündigung von Bundesminister Dr. Gerd Müller, die bundesstaatliche Förderung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit aufzustocken.

Städte und Gemeinden haben als bürger nächste Ebene vielfältige Möglichkeiten, um sich durch wechselseitiges interkulturelles Lernen als weltoffene, global kompetente und zukunftsorientierte Kommune zu etablieren. Mit der vorliegenden Dokumentation wollen die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Deutsche Städte- und Gemeindebund Kommunen neugierig machen, motivieren und ermuntern, sich entwicklungspolitisch zu engagieren. Die vielen Praxisbeispiele zeigen, dass Entwicklungspolitik nicht von der Größe einer Gemeinde abhängt und dass es neben den bedeutenden klassischen Städtepartnerschaften vielfältige weitere Betätigungsfelder gibt, um sich für eine gerechtere und nachhaltige Eine Welt einzusetzen.

Dr. Gerd Landsberg



GRUSSWORT DES BUNDESMINISTERS FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG, DR. GERD MÜLLER

Engagement muss von unten wachsen

Die kommunale Entwicklungspolitik hat in den letzten Jahren an Bedeutung und Anerkennung gewonnen. Die Anerkennung des kommunalen Beitrages spiegelt sich mittlerweile mit einem eigenen BMZ-Haushaltstitel zur Förderung des Engagements von Kommunen wider. Kommunales Engagement ist zu einem wichtigen Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik geworden, weil Kommunen über spezifische Kompetenzen verfügen, die für nachhaltige Entwicklung gebraucht werden.

Entwicklungspolitisches Engagement muss von unten wachsen und kann nicht von oben verordnet werden. Als bürger nächste öffentliche Ebene können Städte, Gemeinden und Kreise hier einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie eine Plattform für das vorhandene Engagement von Schulen, Kirchen, Wirtschaftsunternehmen, aber auch der örtlichen Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, Eine-Welt-Vereine, Migrantinnen- und Migrantenorganisationen oder Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen bereitstellen, die vielfältigen Aktivitäten untereinander vernetzen, in der Kommune bekannt machen und so auch für neues Engagement werben. In der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sind Kommunen ein wichtiger Partner.

Gemeinsam entfalten Städte, Gemeinden und Kreise eine hohe Nachfrage. Durch nachhaltige Beschaffung leisten zahlreiche Kommunen schon heute einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung und geben ein wichtiges Beispiel für die Menschen, die dort leben.

Derzeit unterhalten über 500 Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland Beziehungen zu Kommunen in Asien, Afrika und Lateinamerika und engagieren sich mit (Projekt-)Partnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Expertise von Kommunen zur lokalen Selbstverwaltung ist bei den Partnern gefragt, denn gut funktionierende Verwaltungen werden von vielen Menschen als das Fundament der Gesellschaft gesehen – überall auf der Welt. Ich begrüße dieses Engagement

und möchte die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, diesen Weg weiter zu gehen. Mit dem Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NAKOPA) erhalten deutsche Kommunen seit 2013 die Möglichkeit, Mittel für Partnerschaftsprojekte zu beantragen.

Das Potenzial an kommunalem entwicklungspolitischem Engagement ist jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Ich setze alles daran, dass sich noch viel mehr Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland global engagieren. Mit den neuen Post-2015-Zielen für nachhaltige Entwicklung werden alle Akteure aufgerufen sein, am Erfolg der gemeinsamen Agenda mitzuarbeiten. Globale Partnerschaft muss lokal gelebt werden – dabei kommt es auf die Kommunen an.

Immer mehr Städte und Gemeinden erkennen ihre Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung ebenso wie den Nutzen von Nachhaltigkeitskonzepten und Entwicklungspolitik für ihre eigene Kommune. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt sie mit Hilfe seiner Organisationen Engagement Global und deren Servicestelle für Kommunen in der Einen Welt sowie vor Ort mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gern.

Die vorliegende Dokumentation soll dazu einen Beitrag leisten. Sie gibt Anregungen sowie einen Überblick über die zahlreichen Unterstützungsangebote für Kommunen, die sich entwicklungspolitisch engagieren möchten.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre der Dokumentation und viele hilfreiche Informationen und Anregungen für die Arbeit in Ihrer Kommune.

Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Kommunen gestalten Zukunft

Chancen und Möglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit

VON DR. STEFAN WILHELMY, LEITER DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT VON ENGAGEMENT GLOBAL, UND JANINA SALDEN, DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND

Kommunen sind bedeutende Akteure der internationalen Entwicklungspolitik – dies wird sowohl national als auch international immer mehr anerkannt. Städte, Gemeinden und Landkreise setzen mit Expertise und Bürgernähe auf vielfältige Art und Weise entwicklungspolitische Projekte um. Als verlässliche Partner der Entwicklungszusammenarbeit nehmen sie ihre Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung wahr – und ihr Know-how zu Handlungsfeldern der kommunalen Daseinsvorsorge ist weltweit gefragt.

BEDEUTUNG DER KOMMUNALEN ENTWICKLUNGSPOLITIK WÄCHST

Die politischen Rahmenbedingungen für Kommunale Entwicklungspolitik werden immer besser, zahlreiche nationale und internationale Beschlüsse spiegeln dies wider. So etwa werden Kommunen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für die 18. Legislaturperiode erstmals als Akteure genannt, deren entwicklungspolitisches Engagement hierzulande ebenso wie in den Partnerländern unterstützt werden soll. Ein Beschluss des Deutschen Bundestages von 2015 zur Stärkung kommunaler Partnerschaften unterstreicht diese gewachsene Bedeutung. Und der Deutsche Bundestag hat im November 2015 dem Vorschlag der Bundesregierung zugestimmt, die Mittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Förderung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2016 deutlich aufzustocken.

Wahrnehmung und vor allem Anerkennung der kommunalen Rolle in der Entwicklungspolitik spiegelt sich in der Folge in den Instrumenten der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global zur inhaltlichen und finanziellen Unterstützung von entwicklungspolitischen Projekten der kommunalen Ebene.

Auch international wird der kommunalen Ebene immer größere Bedeutung zugesprochen. Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die darin enthaltenen 17 neuen globalen Nachhaltigkeitsziele werden nicht ohne die aktive Mitarbeit der Kommunen umzusetzen sein. Eines der 17 Agenda-Ziele ist sogar speziell auf Kommunen ausgerichtet: Städte und Sied-

lungen sollen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig sein. Aber auch fast alle anderen Ziele weisen einen kommunalen Bezug auf.

Die kommunalen Spitzenverbände in Deutschland rufen die Kommunen auf, sich für ausgewählte Ziele der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene einzusetzen. Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat eine Mustererklärung erarbeitet, mit der Kommunen ihre Bereitschaft zum Engagement für die Nachhaltigkeitsziele signalisieren können. Das Thema Nachhaltigkeit bietet sich hervorragend an, um es zur zukunftsweisenden Querschnittsaufgabe zu machen und es in das kommunale Leitbild zu integrieren (siehe auch Kasten Seite 11).

KOMMUNEN SIND VIELFÄLTIG AKTIV UND ENGAGIERT

Und die Kommunen selbst? Sie zeigen ihr entwicklungspolitisches Engagement schon seit vielen Jahren in Wort und Tat: Kommunale Akteure beteiligen sich in vielfältigen Projekten oder Partnerschaften und zahlreiche Beschlüsse vor Ort, wie etwa zur Fairen Beschaffung, werden umgesetzt. Die überwältigende Teilnahme am 2014 erstmals ausgelobten und mit 50000 Euro dotierten Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zum Thema Migration und Kommunale Entwicklungspolitik unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zeigt die Vielfalt der kommunalen Aktivitäten in diesem immer wichtiger werdenden Bereich.

Dieses Engagement erfährt konsequenten Rückhalt durch die nationalen und internationalen Interessensverbände der Kommunen und gewinnt durch die aktuelle Flüchtlingsthematik neue Bedeutung. Der politische Rahmen für Kommunale Entwicklungspolitik ist durch Wertschätzung auf allen Ebenen abgesteckt und macht Mut, aktiv zu werden.

Die Gründe, warum Städte, Gemeinden und Landkreise sich in der Entwicklungspolitik engagieren, sind vielfältig. Durch den internationalen Erfahrungsaustausch von guter kommunaler Praxis wird neues Wissen und mehr Handlungskompetenz gewonnen – und das sowohl im Globalen Süden als auch im

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK BRAUCHT BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Kommunale Entwicklungspolitik ist nicht ohne bürgerschaftliches Engagement denkbar. Eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung ist Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Hier finden sich Wechselwirkungen zu einem weiteren kommunalen Handlungsfeld: Migration und Entwicklung. Menschen mit Migrationshintergrund und ihre Organisationen besitzen oft besondere Kenntnisse über und Kontakte in ihre Herkunftsländer. Sie können so bei der Entwicklung passgenauer Entwicklungsstrategien behilflich sein. Gerade für die Kommunale Entwicklungspolitik ist dies ein attraktives Potenzial, insbesondere im Hinblick auf Städtepartnerschaften und den Fairen Handel. Gleichzeitig wird die interkulturelle Kompetenz aller Akteure gefördert und ein wesentlicher Beitrag zur Integration geleistet.

Städtepartnerschaften sind seit Jahren und auch heute noch zumeist Grundlage entwicklungspolitischen Handelns. Aus Kooperationen zwischen zwei Städten können neue Projekte erwachsen, sich Netzwerke bilden oder Multi-Akteurs-Partnerschaften entstehen. Mehrere deutsch-französische Partnerschaften haben schon heute eine dritte Kommune aus dem Globalen Süden in ihren Kreis aufgenommen. Gemeinschaftliches Engagement mit mehreren Partnern, etwa auch orientiert an den Partnerschaften der Bundesländer oder aber im Rahmen von Städtenetzwerken, verteilt die Aufgaben auf mehreren Schultern und erhöht zugleich den Output für alle Beteiligten.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist eine freiwillige Aufgabe von Kommunen. Daran soll auch nicht gerüttelt werden. Für viele Städte und Gemeinden mit klammen Haushaltskassen ist ein entwicklungspolitisches Engagement jedoch nur schwer umsetzbar – aber deshalb nicht gleich unrealistisch. Über die vielen Fördermöglichkeiten, etwa themen- und projektbezogene Fördermittel von Ländern, dem Bund oder der Europäischen Union, informiert die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt umfanglich.

POTENZIALE IN DER KOMMUNE BÜNDELN

Und: Nicht immer muss Engagement mit viel Geld gefördert werden. Ein erster Schritt kann es schon sein, das bereits vorhandene Potenzial in einer Kommune zu bündeln. Private Initiativen, Partnerschaftsvereine, Migrantengruppen, Bürgerinnen und Bürger, die private Kontakte in andere Ländern pflegen: Hier anzuknüpfen, Netzwerke zu bilden, gemeinsame Aktionen durchzuführen in Kooperation mit Schulen, Kindergärten, Sportvereinen oder Handels- und Handwerkskammern schafft Aufmerksamkeit und Motivation für ein umfangreicheres zivilgesellschaftliches Engagement, bei dem die Kommune unterstützen und mitwirken kann, ohne dass viel Geld aufgebracht werden muss.

Kommunale Entwicklungspolitik bietet viele Chancen für deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise. Wer von ihnen entwicklungspolitisch aktiv wird, kann nur gewinnen – in Deutschland und in der Einen Welt.



Das Engagement von Kommunen für Fairen Handel wird alle zwei Jahre im Rahmen des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handels“ ausgezeichnet – zuletzt im September 2015

Zur Unterzeichnung des Millenniums-Generationen-Vertrages am 9. Oktober 2007 konnten der damalige Bürgermeister Alexander Büttner (Mitte) und Werner Ohlert (links) vom Partnerschaftsverein die Beauftragte für die UN-Millenniumskampagne in Deutschland, Dr. Renée Ernst, begrüßen



Gemeinsam für die Millenniums-Entwicklungsziele Partnerschaft zwischen Bad Münstereifel und Piéla in Burkina Faso

VON ALEXANDER BÜTTNER, EHEMALIGER BÜRGERMEISTER DER STADT BAD MÜNSTEREIFEL

Die am 9. September 2000 von den Vereinten Nationen (UN) verabschiedete Millenniums-Erklärung ist zunächst einmal eine Absichtserklärung von Staaten. Deren kleinste Organisationseinheiten sind indes die Gemeinden – eine Überlegung, die zu einer Herangehensweise in Form einer Entwicklungspolitik von unten beziehungsweise zu einer Politik der nachhaltigen kleinen Schritte führt.

MILLENNIUMS-ERKLÄRUNG UND GENERATIONENVERTRAG IN BAD MÜNSTEREIFEL

Aus diesem Grund hat der Rat der Stadt Bad Münstereifel 2007 die Millenniums-Erklärung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und den Generationenvertrag des Vereins Partnerschaft Piéla-Bad Münstereifel e.V. zu den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen beschlossen und unterzeichnet. Auf Initiative der Partnerschaft Piéla-Bad Münstereifel e.V. und der Stadt Bad Münstereifel wurde die Millenniums-Erklärung 2009 von allen Kommunen des Kreises Euskirchen in einem Festakt unterzeichnet, an dem auch der damalige NRW-Integrationsminister Armin Laschet und die Beauftragte für die UN-Millenniumskampagne in Deutschland, Dr. Renée Ernst, teilnahmen.

Bei der angestrebten Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bewegt sich eine kleine Kommune wie Bad Münstereifel, deren rund 18 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf mehr

als 50 Wohnplätze verteilt in einem rund 151 Quadratkilometer großen Gemeindegebiet wohnen, in einem engen Rahmen. Vielleicht kann man ihn am treffendsten mit einem „Magischen Viereck“ mit den Eckpunkten „Politischer Wille“, „Finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten“, „Personelle Ressourcen“ und „Zusammenarbeit mit Dritten“ beschreiben.

Die Erkenntnis, in „Einer Welt“ zu leben, in der Veränderungen für alle haben, bewegt zum Handeln. Sicherlich ist der Gedanke zum helfenden Miteinander in Bad Münstereifel auch durch das Vorbild „Friedrich Joseph Haass“ geschärft. Er wurde 1780 in Bad Münstereifel geboren und kümmerte sich im zaristischen Russland des 19. Jahrhunderts um die Gefangenenfürsorge, weshalb er heute noch als „Heiliger Doktor von Moskau“ verehrt wird. Sein Beispiel zeigt, wie segensreich Menschen wirken können.

STÄDTISCHES UND EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Bei der finanziellen Gestaltung des politischen Willens zur Hilfe sind Bad Münstereifel allerdings sehr enge Grenzen gesteckt. Es wird noch einige Jahre dauern, bis sie laut Plan wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreicht haben wird. Obwohl die Stadt in den vergangenen Jahren zur Haushaltskonsolidierung auch viel Personal abgebaut hat – allein von 2011 bis 2014 entfielen

15 Prozent der Stellen –, besteht nach wie vor die Bereitschaft, lokale Initiativen personell und insbesondere organisatorisch zu unterstützen.

Allerdings ist festzuhalten, dass eine kommunale Entwicklungspolitik ohne die Mitarbeit des Ehrenamtes durch eine Stadt der Größenordnung Bad Münstereifel nicht realisierbar wäre. Diese Einbindung des Ehrenamtes spiegelt sich auf vielen Ebenen wider. Schulen, Vereine, kirchliche Einrichtungen und private Initiativen arbeiten Hand in Hand mit der Stadt Bad Münstereifel zusammen. Schnittstelle zwischen Kommune und Ehrenamt war zuerst das Ratsbüro, später dann die Stabsstelle. Heute liegt die Zuständigkeit beim Amt für Schule, Kultur, Kurwesen und Tourismus, das wesentlich mehr leisten muss als reine Koordinationsaufgaben. Das Amt unterstützt die ehrenamtlich Tätigen auf vielerlei Weise, insbesondere auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit.

Als Beispiel kommunaler Entwicklungspolitik muss die herausragende Arbeit des Vereins Partnerschaft Piéla-Bad Münstereifel e.V. hervorgehoben werden. Er wurde 1993 gegründet, um die akute Notlage des Ortes in Burkina Faso zu lindern. Angebahnt wurde der Kontakt auf einem Partnerschaftstreffen im französischen Fougères. Gemeinsam mit der bretonischen Stadt und dem in der englischen Grafschaft Kent gelegenen Ashford unterhält Bad Münstereifel eine Städtepartnerschaft, die jeweils aus einem gegenseitigen Jugendaustausch erwuchs.

PRAKTISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR PARTNERGEMEINDE IN BURKINA FASO

Zuerst nahm sich der Verein der Trinkwasserversorgung an. Brunnenbau zählt zwar immer noch zu den wichtigsten Projekten, aber im Laufe der Zeit wurde die Hilfe zur Selbsthilfe um wichtige Themen wie Gesundheitsvorsorge, insbesondere Aids-Vorsorge, sowie um die Patenkinder-Aktion und die Förderung der Schulen erweitert. Für Letztgenanntes wurden auch Schulpartnerschaften mit der Grundschule in Bad Münstereifel-Arloff, der Friedrich-Haass-Gemeinschaftsgrundschule und dem St.-Michael-Gymnasium begründet. Selbst Kindergartenkinder laufen und sammeln für Piéla. Das ist gelebte Völkerverbindung.

Neben der Piéla-Hilfe sind Bad Münstereifeler Initiativen auch in Chile, Brasilien und Indien aktiv. Die Tradition des „Heiligen Doktors“ führt die Friedrich-Joseph-Haass-Gesellschaft fort, die sich unter anderem im deutsch-russischen Jugendaustausch und einem deutsch-ukrainischen Behindertenprojekt engagiert.

Wie gezeigt, liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der Hilfe für die westafrikanische Partnergemeinde Piéla, die 2007 zum Stand der Millenniums-Entwicklungsziele befragt wurde. Hinsicht-



Burkina Faso, was übersetzt Land des aufrichtigen Menschen heißt, gehört immer noch zu den ärmsten Ländern der Welt

lich der Einkommen war man noch weit vom angestrebten Ziel entfernt. Zur Bekämpfung des Hungers wurde nach der Erhebung ein Digett-Projekt gestartet, das die Bodenerosion mindern und höhere Ernteerträge sichern soll. Im Rahmen der Krankenversorgung gab es immer noch zu wenige und zudem kostenpflichtige Krankenstationen, die nur für die wenigsten Kranken zugänglich waren. Dennoch konnten die Kinder- und die Müttersterblichkeit gesenkt werden. Fortschritte konnten auch bei der Schulbildung erzielt werden, wobei das angestrebte Ziel aber noch nicht erreicht wurde. Dieses Fazit lässt sich auch für die anderen Millenniums-Entwicklungsziele ziehen.

Vieles wurde getan, einiges erreicht, doch bleibt noch ein langer Weg zu gehen. Wichtig ist, dass ein individueller Weg möglich sein muss. In Fortschreibung der Millenniums-Erklärung gibt nun die 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung mit ihren globalen Nachhaltigkeitszielen die Richtung vor. Schrittlänge und Schrittfrequenz müssen die betroffenen Akteure selbst wählen dürfen, damit sie auf ihrem langen Weg nicht aus der Puste kommen.

KONTAKT

Stadt Bad Münstereifel
Marktstraße 11-15
53902 Bad Münstereifel
Tel.: 02253 505-0
Fax: 02253 505-114
E-Mail: info@bad-muenstereifel.de
Internet: www.bad-muenstereifel.de/

Partnerschaft Piéla-Bad Münstereifel e.V.
Walessiefen 8
53902 Bad Münstereifel
Tel.: 02257 4022
Fax: 02257 950171
E-Mail: info@piela-cuofi.de
Internet: www.piela-cuofi.de

Millenniums-Entwicklungsziele und Nachhaltigkeitsziele



Anlässlich der Verabschiedung der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung hatten die Vereinten Nationen die 17 neuen globalen Nachhaltigkeitsziele auf die Fassade ihres Hauptquartiers in New York projiziert

Im September 2000 unterschrieben die Staats- und Regierungschefs von 189 Ländern die Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen, in der acht Entwicklungsziele für das Überleben der Menschheit festgeschrieben wurden. Danach sollten bis zum Jahr 2015 der weltweite Hunger und die extreme Armut halbiert werden, alle Kinder eine Grundschulbildung erhalten, die Gleichstellung der Geschlechter gefördert, Kindersterblichkeit verringert, die Gesundheit der Mütter verbessert, Aids bekämpft, der Schutz der Umwelt verbessert und eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufgebaut werden.

Nach Auslaufen der Millenniums-Entwicklungsziele haben die Vereinten Nationen auf ihrer 70. Vollversammlung im September 2015 in New York die 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Die darin enthaltenen 17 Ziele und 169 Unterziele für eine nachhaltige Entwicklung sind noch wesentlich ambitionierter als die Millenniums-Entwicklungsziele. Denn sie vereinen ökologische, soziale und wirt-

schaftliche Ziele unter einem Dach und sie gelten für alle Länder – egal ob arm oder reich. Zudem wurden sie in einem breiten Konsultationsprozess entwickelt, an dem sich neben Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auch die Kommunen beteiligt haben. Eines der 17 Ziele richtet sich denn auch explizit an die kommunale Ebene. Ziel 11 fordert, „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“.

Wie bereits die Millenniums-Entwicklungsziele richten sich auch die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele an die Kommunen. „Unsere Ziele sind global, aber sie können am effektivsten durch das Wirken der kommunalen Ebene erreicht werden“, betonte denn auch 2005 der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die zentrale Rolle der Kommunen zur Erreichung der acht Millenniums-Entwicklungsziele. Die Generalversammlung des Weltverbandes der Kommunen verabschiedete daher 2005 die Millenniums-Erklärung der Kommunen, die auf Initiative des Deutschen Städtetages, des Deutschen Städte- und Gemeinde-

bundes und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) auch von deutschen Kommunen unterzeichnet wurde.

Da auch die neuen globalen Nachhaltigkeitsziele nicht ohne die aktive Mitwirkung der Kommunen in Deutschland, aber auch weltweit, erreicht werden können, empfehlen die deutschen kommunalen Spitzenverbände ihren Mitgliedskommunen, sich – ähnlich wie bei den Millenniums-Entwicklungszielen – für ausgewählte Ziele der 2030-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene zu engagieren. Die Deutsche Sektion des RGRE hat dazu eine Mustererklärung erarbeitet. Durch Unterzeichnung dieser Erklärung können Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Bereitschaft signalisieren, die Nachhaltigkeitsziele mit Leben zu füllen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE): www.rgre.de

Beitrag der Kommunen zu einer gerechten Handelsordnung

Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung

VON NORBERT PORTZ, BEIGEORDNETER DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

KOMMUNEN ALS VORBILDER

Faire und nachhaltige Beschaffungen beinhalten die Beachtung der ökologischen, ökonomischen, sozialen und ethischen Kriterien bei der Herstellung und dem Handel mit Waren und Dienstleistungen. Dabei nehmen die Kommunen eine Vorbildfunktion ein. Sie sind bei einem jährlichen öffentlichen Auftragsvolumen in Deutschland von insgesamt etwa 300 Milliarden Euro nicht nur im Vergleich zum Bund und den Ländern die größten öffentlichen Auftraggeber; die Kommunen sind auch Vorbild für ihre Bürger und Bürgerinnen und können vor Ort mit ihrem Verhalten viele Anstöße gerade für Private und für die örtliche Wirtschaft geben. Mit fairen Beschaffungen leisten Kommunen zudem einen wichtigen Beitrag zu einer gerechteren Handelsordnung und stärken ihr entwicklungspolitisches Profil. Es sollte daher Ziel jeder Kommune sein, eklatante Rechtsverstöße bei der Herstellung von Produkten sowohl im In- als auch im Ausland zu verhindern und eine nachhaltige Beschaffung zu gewährleisten. Dadurch wird der Grundsatz „Lokal denken, global handeln“ in der konkreten Praxis umgesetzt.

VERGABERECHTLICHE STELSCHRAUBEN

Tatsächlich orientieren sich immer mehr Kommunen mit ihrem Einkaufsverhalten an den Prinzipien einer fairen und nachhaltigen Beschaffung. Diese Prinzipien spielen zudem aufgrund von Vorgaben im EU-Recht, in den nationalen Vergabeordnungen sowie auch aufgrund von Vergabegesetzen in den einzelnen Bundesländern eine immer größere Rolle. Im Vollzug kommt es dabei auch auf eine vergaberechtlich richtige und tatsächlich effiziente Gestaltung der Einkäufe und Beschaffungen an, etwa von Bauten aus nachwachsenden Rohstoffen oder nachhaltigem Holz, von Spielwaren für Kindertagesstätten, von Natursteinen für die Ortsgestaltung, von Berufskleidung für die Feuerwehr oder aber von Nahrungsmitteln und Kaffee für den täglichen Gebrauch und Verzehr. Die Berücksichtigung von Kriterien der Nachhaltigkeit und insbesondere von Umwelt- und Sozialaspekten kann bei Vergabeverfahren grundsätzlich auf vier Stufen erfolgen:

1. Leistungsbeschreibung und technische Spezifikationen: Die Nichterfüllung einer entsprechenden Vorgabe durch ein anbietendes Unternehmen führt im Sinne eines K.-o.-Kriteriums des Auftraggebers zum Ausschluss des Bieters;
2. Eignung des Unternehmens (Fachkunde und Leistungsfähigkeit);
3. Zuschlagskriterien (Umwelt und Soziales neben dem Preis) sowie bei der
4. Auftragsausführung.

FAIRE BESCHAFFUNGEN VERGABERECHTSKONFORM

Unstreitig ist, dass Kommunen nachhaltige Beschaffungen im Einklang mit dem Vergaberecht durchführen können. Insoweit bestimmt § 97 Abs. 4 S. 2 des noch aktuellen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), dass *„für die Auftragsausführung zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden können, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben“*. § 97 Abs. 3 des neuen und bis zum 18. April 2016 in nationales Recht umzusetzenden GWB-Entwurfs vom 8. Juli 2015 bestimmt noch eindeutiger im Sinne einer Vorgabe für öffentliche Auftraggeber, dass *„bei der Vergabe [...] soziale und umweltbezogene Aspekte [...] berücksichtigt werden.“*

Auch enthält § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB-E eine ausdrückliche Bestimmung, dass öffentliche Auftraggeber unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme ausschließen können, wenn *„das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat“*. Ergänzend bestimmen die aktuellen §§ 16 Abs. 6 Nr. 3 S. 2 VOB/A, 16 Abs. 8 VOL/A sowie auch § 127 Abs. 1 GWB-E, dass der Auftraggeber bei seiner Entscheidung über den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot unter anderem auch *„Umwelteigenschaften“ bzw. umwelt-*



Immer mehr Kommunen setzen bei der Ausstattung ihrer Feuerwehren auf Berufskleidung, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen produziert wird

bezogene oder soziale Aspekte“ berücksichtigen kann. Weiter heißt es etwa in § 16 Abs. 6 Nr. 3 S. 3 VOB/A, dass für die Zuschlagserteilung „der niedrigste Angebotspreis allein nicht entscheidend ist“.

In gefestigter Rechtsprechung hat der Europäische Gerichtshof vier Voraussetzungen für vergaberechtskonforme nachhaltige Beschaffungen, die insbesondere soziale und Umweltaspekte berücksichtigen, aufgestellt:

1. Die jeweils vorgegebenen Kriterien müssen mit dem Gegenstand des Auftrags zusammenhängen (Auftragsbezug).
2. Die Zuschlagskriterien müssen klar, objektiv und nachprüfbar sein.
3. Der Auftraggeber muss die jeweiligen Kriterien vorab in der Bekanntmachung sowie in der Leistungsbeschreibung nennen und
4. bei Beachtung der Kriterien müssen alle wesentlichen Grundsätze des Gemeinschaftsrechts (Verbot der Diskriminierung etc.) gewahrt bleiben.

UMSETZUNG IN KOMMUNEN UNTER EINBEZIEHUNG ALLER AKTEURE

Eine faire Beschaffung sollte in der Kommune „Chefsache“ sein. Dies beinhaltet eine breite Unterstützung sowohl durch die gesamte Politik als auch durch die Verwaltung. Es empfiehlt sich, durch Stadt-, Gemeinderats- oder Kreistagsbeschluss die Grundsätze einer fairen Beschaffung, also insbesondere die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), bei allen Vergabeverfahren der jeweiligen Kommune vorzugeben. Dies gewährleistet, dass insbesondere keine Waren beschafft werden, die mithilfe ausbeuterischer Kinderarbeit, Dumpinglöhnen sowie anderer menschenunwürdiger Arbeitsverhältnisse hergestellt wurden.

Derartige Kommunalbeschlüsse müssen aber durch die Verwaltung in der täglichen Vergabepaxis mit Leben erfüllt werden. Dazu sind nicht nur alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beschaffungsstellen, also speziell die kommunalen Fachbereiche und die zentralen Vergabestellen, über die Umsetzung fairer und nachhaltiger Beschaffungen in das Vergabeverfahren zu informieren und auch zu schulen. Weiter sollte das Verfahren der nachhaltigen Beschaffung mit seinen einzelnen Stufen in die kommunalen Vergabeordnungen und Dienstanweisungen einfließen. Gewährleistet werden so Gleichbehandlung und Transparenz für alle kommunalen Beschaffungen.

Zudem macht es Sinn, die Unternehmen frühzeitig über die Einzelheiten und das Verfahren nachhaltiger Beschaffungen zu informieren. Dadurch können die Unternehmen ihre Angebotspalette auf „faire Ausschreibungen“ ausrichten.

FAIRE BESCHAFFUNGEN OHNE KOSTENSTEIGERUNGEN

Alle kommunalen Erfahrungen zeigen, dass „faire“ Vergaben und damit etwa die Beschaffung von Produkten, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt werden, nicht zur Erhöhung der Einkaufskosten führen. So wird ein Lieferant die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen in seinem Angebot kaum preiserhöhend berücksichtigen. Auch ein personeller Mehraufwand in der Verwaltung dürfte sich bei einer effizienten Durchführung der Verfahren im Rahmen halten.



WETTBEWERB „HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS“

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global richtet seit 2003 alle zwei Jahre den Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ aus. Der Titel geht an Städte und Gemeinden, die sich in besonderer Weise für Fairen Handel, Faire Beschaffung und nachhaltigen Konsum engagieren. Die Auszeichnung soll das lokale Engagement für den Fairen Handel würdigen, Öffentlichkeit und Medien auf innovative Beispiele aufmerksam machen und so noch mehr Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger zu global verantwortungsvollem Handeln motivieren. Die ausgezeichneten Kommunen erhalten Preisgelder von insgesamt 105 000 Euro für die Weiterführung ihrer fairen Projekte.

Bisher hat der Wettbewerb, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert wird, bereits mehr als 1000 vorbildliche Projekte und innovative Aktionen zum Fairen Handeln hervorgebracht, die in einer eigens dafür eingerichteten Datenbank der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt aufgeführt sind.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Hauptstadt des Fairen Handels: www.service-eine-welt.de/hauptstadtfh/hauptstadtfh-start.html



Neben dem fairen Umgang untereinander spielt beim Fußball auch die Verwendung fair gehandelter Bälle eine immer wichtigere Rolle

LEITFÄDEN UND WEBSEITEN ALS INFORMATIONQUELLEN NUTZEN

Ferner sollten frühzeitig die jeweiligen Nutzer der zu beschaffenden Leistungen (Fachbereiche in den Kommunen) sowie auch Umweltexperten eingebunden werden und eine genaue Bedarfsanalyse (Für welche Produkte ist eine nachhaltige Beschaffung besonders zielführend?) erfolgen. Empfehlenswert ist zudem, zunächst eine Konkretisierung der Beschaffung auf Produkte mit hohen Umwelt- und Sozialauswirkungen vorzunehmen. Die Beschaffungsstellen sind allerdings häufig überfordert, eigenständig die Umwelt- und erst recht die Sozialgerechtigkeit von Produkten zu prüfen. Daher empfiehlt sich der Rückgriff auf vorhandene Handbücher, Leitfäden und insbesondere auch Internetseiten:

- Beispiel: Umweltbundesamt, Rechtsgutachten „Umweltfreundliche öffentliche Beschaffung“, www.uba.de/uba-info-medien/4314.html

Sowie auf Datenbanken und Internetseiten, zum Beispiel:

- www.eu-energystar.org
- www.blauer-engel.de
- www.eu-ecolabel.de

Des Weiteren kann es hilfreich sein, sich mit anderen Kommunen auszutauschen oder das Thema in Schulungen (Beispiel: Kommunale Spitzenverbände, ICLEI) aufzugreifen. Hierüber können wertvolle Informationen, insbesondere über umweltfreundliche und klimaschonende sowie energieeffiziente Produkte und deren Alternativen, gewonnen werden.

AUFTRAGS- UND UMWELTBEOZUGENE BESCHAFFUNGEN AUS DER REGION ZULÄSSIG?

Als auftragsbezogene und damit zulässige Beschaffung im Sinne der Nachhaltigkeit kann grundsätzlich in der Vergabebekanntmachung und den Vergabeunterlagen nicht nur die Vorgabe gemacht werden, dass bei der Beschaffung von Hölzern, etwa für zu errichtende kommunale Bauten, Tropenhölzer und damit eine Schädigung von Urwäldern ausgeschlossen werden. Auch die Ausschreibung von gebietseigenen (regionalen) Gehölzen muss als vergaberechtlich zulässig angesehen werden. Zwar wird hiermit eine Beeinträchtigung der EU-Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. AEUV) vorgenommen. Diese kann aber ausnahmsweise dann gerechtfertigt sein, wenn nur gebietseigene Gehölze dazu führen, dass zum Beispiel die heimische Flora nicht genetisch verändert wird und damit stabil für künftige Entwicklungen wie den Klimawandel bleibt. In diesem Fall kann eine kommunale Vergabestelle aus Umweltschutzgründen bei ihrer Beschaffung im Einzelfall gebietsfremde Gehölze ausschließen.

Allerdings gilt dies nur in dem Maße, in dem sich eine Herkunftsregion für gebietseigene Gehölze nicht auch auf einen anderen Mitgliedstaat erstreckt. So reicht beispielsweise der Oberrheingraben auch nach Frankreich hinein, so dass hieraus stammende Gehölze ebenso wie solche aus Deutschland bei einer „Berücksichtigung von Gehölzen aus dem Oberrheingraben“ zugelassen werden müssen. Keinesfalls ist es zulässig, die konkreten Lieferanten von Gehölzen auf bestimmte Gebiete zu beschränken. Dies wäre ein Wettbewerbsverstoß, da damit entfernte Unternehmen nicht die Möglichkeit hätten, sich ebenfalls um die Lieferung der betreffenden Gehölze zu bewerben.

INTEGRATION IN DAS VERGABEVERFAHREN MITTELS GÜTEZEICHEN UND ZERTIFIZIERUNGEN

Zentrales Problem bei der Durchführung nachhaltiger Beschaffungen ist die Überprüfung durch eine Kommune, dass etwa Baumaterialien, Nahrungsprodukte oder auch Textilien, also die Berufskleidung der Feuerwehr, ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Hier sind die Kommunen allein überfordert. Daher empfiehlt es sich, von den Anbietern der Produkte entweder unabhängige Nachweise, also Gütezeichen (s. § 34 des Entwurfs der neuen Vergabeverordnung vom 9. November 2015 = VgV-E) oder Zertifizierungen beziehungsweise zumindest eine Selbsterklärung zu verlangen, wonach etwa die Natursteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit produziert wurden. Manko bei Selbsterklärungen der Bieter ist, dass die Kommune auf deren Glaubwürdigkeit vertrauen muss. Insoweit hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg am 21. Mai 2015 entschieden, dass den Zertifizierungen bei Grabsteinen (Xertifix und fairstone) keine hinreichend gesicherte Glaubwürdigkeit beizumessen ist. Daher ist das Verlangen verbindlicher Nachweise vom Bestbieter, also dem Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, rechtzeitig vor der Zuschlagserteilung zielführender. Die Bieter nachweise beinhalten, dass etwa die angebotenen Natursteine ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des ILO-Übereinkommens Nr. 182 gefertigt wurden.

Eine Kommune dürfte einen Nachweis zumindest immer dann auch rechtlich zweifelsfrei verlangen können, wenn dieser Nachweis verhältnismäßig einfach beizubringen ist. In diesem Fall stellt die Forderung keinen zu starken Eingriff in die Berufs-

KAMPAGNE FAIRTRADE-TOWNS

Kommunen in Deutschland können sich seit Anfang 2009 um den Titel „Fairtrade-Town“ bewerben. Zur Erlangung des Titels ist die Umsetzung von fünf Kriterien erforderlich. Dazu gehört die Nutzung von Kaffee und einem weiteren Produkt aus Fairem Handel bei Rats- und Ausschusssitzungen sowie im Bürgermeisterbüro. Zudem müssen Einzelhandelsgeschäfte und Gastronomiebetriebe fair gehandelte Produkte anbieten, wobei sich die notwendige Anzahl nach der jeweiligen Einwohnerzahl der Kommune richtet.

Kommunen, die den Titel anstreben, müssen darüber hinaus eine lokale Steuerungsgruppe unter Einbindung von Verwaltung, Einzelhandel, Agenda 21, Kirchen, Schulen und Medien eingerichtet haben, die die fairen Aktivitäten vor Ort koordiniert. Werden dann noch öffentliche Einrichtungen wie etwa Schulen oder Kirchen für die Verwendung fair gehandelter Produkte gewonnen und wird dem Thema

auch in den Medien ein regelmäßiges Forum geboten, steht der Auszeichnung nichts mehr im Wege. Dabei wird der Titel „Fairtrade-Town“ zunächst auf zwei Jahre vergeben, danach erfolgt eine Überprüfung.

In Deutschland wurden mittlerweile fast 400 Kommunen als „Fairtrade-Towns“ ausgezeichnet. International gibt es bereits mehr als 2500 „Fairtrade-Towns“, wobei Großbritannien mit über 500 „Fairtrade-Towns“ die Bewegung anführt. Als Träger der Kampagne in Deutschland steht der Verein TransFair interessierten Kommunen in der Planungsphase beratend zur Seite und stellt im Internet umfangreiches Material bereit.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Kampagne „Fairtrade-Towns“: www.fairtrade-towns.de



ausübungsfreiheit der anbietenden Unternehmen dar und ist verfassungsgemäß. Dabei muss das besondere Gewicht der von den ILO-Kernarbeitsnormen erfassten Bereiche berücksichtigt werden. Diese umfassen allesamt grundgesetzlich geschützte Rechtsgüter.

Wenn der Bestbieter die Erklärung der Kommune zur verbindlichen Beibringung des konkreten Nachweises unterzeichnet hat, wird diese im Zuschlagsfall Vertragsbestandteil. Verstößt ein Auftragnehmer daher gegen die ihm auferlegte Verpflichtung, liegt ein schwerwiegender Pflichtenverstoß und ein Verstoß gegen die Auftragsausführung (vgl. § 128 GWB-E) vor. Dieser berechtigt die Kommune zum Rücktritt vom Vertrag oder zur fristlosen Kündigung. Auch sollte die Kommune für diesen Fall in ihren Vergabeunterlagen eine entsprechende Vertragsstrafe vorsehen.

FAZIT

Faire und nachhaltige Beschaffungen finden in der kommunalen Praxis immer mehr Eingang. Sie schärfen das developmentale Profil von Kommunen. Faire und nachhaltige Beschaffungen sind bei richtiger Anwendung vergaberechtskonform. Sie sollten auf der Grundlage klarer politischer Zielvorgaben und damit auf der Grundlage von Rats- und Kreistagsbeschlüssen sowie einer Dienstanweisung in den Kommunen umgesetzt

werden. Eine Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter empfiehlt sich ebenso wie eine Information der Bürgerschaft und insbesondere auch der bei Ausschreibungen potenziell anbietenden Unternehmen. Faire Beschaffungen führen nach allen Erfahrungen nicht zu Kostensteigerungen. Sie sind im Allgemeininteresse. Zudem tragen sie zu einem faireren Welthandel bei und beeinflussen das Verhalten von Herstellern und Lieferanten.

Faire und nachhaltige Vergaben sollten durch Kommunen effizient durchgeführt werden. Hierzu bieten sich – neben schwer überprüfbareren Selbsterklärungen der Bieter – insbesondere von den Unternehmen beizubringende Gütezeichen und Nachweise unabhängiger Institute an. Diese gewährleisten, dass die zu liefernden Produkte insbesondere ohne ausbeuterische Kinderarbeit und unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen hergestellt wurden. Ein Verstoß kann im Vergabeverfahren zum Angebotsausschluss des Unternehmens und nach Auftragserteilung wegen eines Verstoßes gegen die Vorgaben zur Auftragsausführung zum Rücktritt vom Vertrag oder zur Zahlung einer Vertragsstrafe führen. Bei Beachtung dieser Vorgaben können gerade die Kommunen als größter öffentlicher Auftraggeber in Deutschland mit nachhaltigen und fairen Beschaffungen einen wertvollen Beitrag zu einer gerechteren Handelsordnung erbringen.

Aidlingen wurde als erste Gemeinde im Landkreis Böblingen und 81. Kommune in Deutschland mit dem Titel „Fairtrade-Town“ ausgezeichnet



„Epizentrum“ des Fairen Handels im Landkreis Böblingen

Fairer Handel und nachhaltige Beschaffung in der Gemeinde Aidlingen

VON EKKEHARD FAUTH, BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE AIDLINGEN UND VORSITZENDER DER LENKUNGSGRUPPE „AIDLINGEN IST FAIR“

Die Gemeinde Aidlingen hat etwa 9000 Einwohnerinnen und Einwohner und liegt im Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg. In der Vergangenheit wurde Aidlingen, die „Perle des Heckengäus“, als beliebtes Naherholungsgebiet bekannt, denn mehr als die Hälfte der Gemeindegemarkung sind Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Seit einiger Zeit jedoch hat sich die Gemeinde nun auch als „Epizentrum“ des Fairen Handels im Landkreis Böblingen etabliert.

AUF DEM WEG ZUR FAIRTRADE-TOWN

Im Zuge der Diskussion um ein Sanierungsgebiet fanden sich Räumlichkeiten, die für die Nutzung als Eine-Welt-Laden geeignet waren. Die Idee, mit einem Verein einen Eine-Welt-Laden aufzubauen und zu betreiben, löste in der Bürgerschaft spontane Begeisterung aus. So konnte der „fair Weltladen & Café“ seinen Betrieb im November 2010 aufnehmen und wird auch heute noch sehr gut angenommen.

Im Frühjahr 2011 verfestigte sich die Idee, eine örtliche Lenkungsgruppe zu gründen, die die Aktivitäten des Fairen Handels koordinieren soll. Der Bürgermeister konnte hierfür als Vorsitzender gewonnen werden. Und schnell formierte sich eine zwölköpfige örtlich breit vernetzte Gruppe mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Gemeindeverwaltung, dem Gemeinderat, Weltladen, Kirchen, Schulen, Vereinen, dem Einzelhandel und der Gastronomie. In der konstituierenden Sitzung im Juli 2011 wurde das Ziel formuliert, in den nächsten fünf Jahren einen Antrag für die Anerkennung als „Fairtrade-Town“ zu stellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen fünf Kriterien erfüllt werden:

1. Es liegt ein Beschluss der Kommune vor, bei allen Sitzungen der Ausschüsse, des Gemeinderats sowie im Bürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee und darüber hinaus noch ein weiteres Produkt aus Fairem Handel zu verwenden. Es wird die Entscheidung getroffen, als Gemeinde den Titel „Fairtrade-Gemeinde“ anzustreben.
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die auf dem Weg zur „Fairtrade-Gemeinde“ die Aktivitäten vor Ort koordiniert.
3. In den lokalen Einzelhandelsgeschäften werden gesiegelte Produkte aus Fairem Handel angeboten und in Cafés und Restaurants Fairtrade-Getränke ausgeschenkt. Für die Größenordnung von Aidlingen sind dies vier Einzelhandelsgeschäfte und zwei gastronomische Betriebe.
4. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Vereinen und Kirchen werden Fairtrade-Produkte verwendet und Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.
5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Gemeinde“.

Bereits im Mai 2011 hat der Gemeinderat einstimmig den Beschluss gefasst, bei Beschaffungen der Gemeinde Aidlingen zukünftig nur noch Produkte zu berücksichtigen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) hergestellt werden. Seither gilt in der Gemeindeverwaltung der oberste Grundsatz „Regionalität vor Internationalität“.



Als Vorsitzender der Lenkungsgruppe „Aidlingen wird fair“ konnte Bürgermeister Ekkehard Fauth der ersten Vorsitzenden des Liederkranzes Dachtel, Bozena Smierzchala, symbolisch den Aidlinger Fairtrade-Smiley überreichen und den Verein in der Aidlinger „Fairtrade-Familie“ willkommen heißen

Bei Beschaffungen wird also immer darauf geachtet, dass vor allem Produkte aus der Region oder „Made in Germany“ eingekauft werden. Nur dort, wo man auf Importware aus Ländern des Südens angewiesen ist, wie etwa bei Kaffee oder Tee, muss ein anerkanntes Sozialsiegel nachgewiesen werden.

Im September 2011 folgte der ebenfalls einstimmige Gemeinderatsbeschluss, den Titel „Fairtrade-Town“ anzustreben. Bereits im Januar 2012 konnte festgestellt werden, dass die Gemeinde alle fünf Kriterien erfüllt und so wurde Aidlingen im Mai 2012 als erste Fairtrade-Gemeinde im Landkreis Böblingen und 81. „Fairtrade-Town“ in Deutschland ausgezeichnet.

Die Begeisterung in der Gemeinde Aidlingen für den Fairen Handel besteht nach wie vor. Heute zählen insgesamt elf örtliche Vereine und elf örtliche Betriebe zur Aidlinger „Fair-Family“ und haben dies mit Selbstverpflichtungserklärungen, dass fair gehandelte Produkte Verwendung finden, dokumentiert.

VIERTER PLATZ BEIM WETTBEWERB „HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS“

Alle zwei Jahre wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ ausgeschrieben. Im Jahr 2013 hat sich Aidlingen erstmals an diesem Wettbewerb beteiligt. Mit einigen Projekten, die die Fairtrade-Aktivitäten in Aidlingen dokumentierten, wurde seinerzeit der „Hut“ in den Ring geworfen.

Keine Grabsteine aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Tief beeindruckt von einem Vortrag über ausbeuterische Kinderarbeit hatte Bürgermeister Ekkehard Fauth einst den baden-



Die Fairtrade-Gemeinde Aidlingen machte auf sich und die Ziele des Fairen Handels aufmerksam, indem sie 2013 das Gewinnerteam der Rallye Allgäu-Orient unterstützte

württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann angeschrieben und an ihn appelliert, das Bestattungsgesetz von Baden-Württemberg zu ändern, damit die Kommunen eine Ermächtigungsgrundlage für das Ändern der Friedhofsatzungen haben, um das Aufstellen von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verbieten. Offensichtlich war dieser Appell der letzte Anstoß dafür, um ein entsprechendes Gesetzänderungsverfahren einzuleiten.

Nur wenige Tage nach der Verkündung der Gesetzesänderung hat Aidlingen auch als erste Kommune in Baden-Württemberg seine Friedhofsatzung entsprechend geändert.

Verschiedene erfolgreich geführte Musterklagen des Steinmetzverbandes gegen die neu gefassten Friedhofsatzungen von Städten in Baden-Württemberg machte allerdings eine erneute Änderung des Bestattungsgesetzes notwendig. Mit der Verkündung des geänderten Gesetzes wird noch im Dezember 2015 gerechnet.

Aidlinger Fairtrade-Logos

Im Vorfeld der Auszeichnung zur „Fairtrade-Town“ hat die örtliche Lenkungsgruppe beschlossen, im Rahmen eines Schulkunstprojekts an einer Grundschule zwei Logos kreieren zu lassen: ein Logo, das zukünftig als Erkennungszeichen auf Aidlinger Fairtrade-Produkten zu finden ist, und eines, das für Geschäftsleute des Handels und der Gastronomie als auffälliges Alleinstellungs-



Im Rahmen eines Schulkunstprojekts entstanden zwei Logos: ein Logo für Aidlinger Fairtrade-Produkte und ein Logo für „faire“ Geschäfte und Gastronomiebetriebe in Aidlingen



Viele Bundesländer und Kommunen wollen die Verwendung von nicht fair gehandelten oder aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammenden Grabsteinen auf deutschen Friedhöfen verhindern

GRABSTEINE AUS AUSBEUTERISCHER KINDERARBEIT

In den vergangenen Jahren ist die mögliche Herkunft von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit in den kommunalen Fokus gerückt. Aus Gründen des Arbeits- und Kinderschutzes, wie sie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorsehen, liegt es nahe, die Verwendung solcher Grabsteine auf kommunalen Friedhöfen per Satzung zu verbieten.

Verschiedene Landesbestattungsgesetze ermächtigen die Städte und Gemeinden bisher zu einem satzungsmäßigen Verbot der Verwendung nicht fair gehandelter oder aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammender Grabsteine. Zu beachten sind jedoch die restriktiven Vorgaben der jüngeren Rechtsprechung: Das Bundesverwaltungsgericht erklärte mit Urteil vom 16. Oktober 2013 (8 CN 1.12) Klauseln der Friedhofssatzung der Stadt Nürnberg für unwirksam, wonach nur Grabmale aufgestellt werden dürfen, die nachweislich in der gesamten Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt worden sind.

Zwar sichert Art. 28 Abs. 2 S. 1 Grundgesetz den Gemeinden grundsätzlich eine Befugnis zu, für alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft Satzungen zu erlassen. In der Einschränkung, nur bestimmte Grabsteine aufstellen zu dürfen, liegt aber ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit der Steinmetze. Steinmetzen darf nicht der Nachweis für die Herkunft der Grabsteine aufgebürdet werden, wenn das „Wie“ des Nachweises nicht genau bestimmt wird. Diesen Nachweis könnten etwa Siegel oder Zertifikate bieten.

Es fehlt aber an einem allgemein anerkannten, verlässlichen Zertifikat für Grabsteine, die fair und ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Auch der Verwaltungs-

gerichtshof in Mannheim betont in einem Urteil vom 29. April 2014 (1 S 1458/12), dass verlässliche Nachweismöglichkeiten für die Steinmetze zur Herkunft der Grabsteine bislang fehlen und hat dies 2015 nochmals bestätigt. Im Ergebnis besteht für die Städte und Gemeinden also ein Vollzugsproblem beim Verwendungsverbot.

Seitens der Legislative hat etwa Nordrhein-Westfalen im neuen § 4a ihres Bestattungsgesetzes vom Oktober 2014 Anforderungen an die Anerkennung einer Organisation als Zertifizierungsstelle normiert. Danach muss diese über einschlägige Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, darf nicht an Herstellung oder Handel mit Steinen beteiligt sein, muss eine schriftliche Verpflichtungserklärung zu unangekündigten Kontrollen im Herstellerstaat abgeben und ihre Tätigkeit dokumentieren. Sodann kann die Zertifizierungsstelle bestätigen, dass die Herstellung ohne jegliche Formen von Kinderarbeit erfolgte, und die Steine durch das Aufbringen eines Siegels oder in anderer Weise unveränderlich als zertifiziert gekennzeichnet sind.

Städte und Gemeinden sollten die Aktivitäten ihres jeweiligen Landesgesetzgebers im Bestattungsrecht beobachten sowie auf die hinreichende Bestimmtheit der eigenen Friedhofssatzungsregelung sowie deren tatsächliche Umsetzbarkeit für Handwerk und Wirtschaft achten. Informationen zu Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit liefert auch die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderte Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“:
www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de

merkmal am Schaufenster oder der Ladentür dienen soll. Ferner wurde das Logo auch an prominenter Stelle an der „Herzlich willkommen-Stehle“ am Ortseingang angebracht, um auf die Fairtrade-Gemeinde aufmerksam zu machen.

Fairer Handel an Schulen

Damit Kinder und Jugendliche der drei Aidlinger Schulen das Thema Fairer Handel kennenlernen und auch verinnerlichen, wurde das Thema mit verschiedenen Aktionen in den Schulen bekannt gemacht. Zu den Aktionen gehörten eine Fairtrade-Woche, ein faires Frühstück und ein Fairtrade-Kunstwettbewerb.

Didaktisches Material für Schulen und Kindergärten

Zudem wurden Schulen und Kindergärten der Gemeinde mit umfangreichem didaktischen Unterrichtsmaterial zum Thema ausgestattet. Ziel war es, schon die Jüngsten in der Gemeinde für den Fairen Handel zu sensibilisieren. Mit dem didaktischen Material, das den Schulen übergeben wurde, ist auch sichergestellt, dass die Themen Fairer Handel und ausbeuterische Kinderarbeit dauerhaft in den Unterrichtsplänen der örtlichen Schulen etabliert werden können.

Aufbau einer Nähschule in Kamuesha im Kongo

Der katholische Pfarrer der Gemeinde Aidlingen stammt aus der Demokratischen Republik Kongo. In seinem Heimatort Kamuesha konnte unter anderem auch mit der Unterstützung des Aidlinger Eine-Welt-Vereins eine Nähmanufaktur aufgebaut werden, in der Frauen aus der Umgebung die Herstellung von Textilien beigebracht wird. Ziel ist es, dass die Frauen zukünftig als ausgebildete Näherinnen ihren Beitrag zum Lebensunterhalt ihrer Familien leisten können.

Fair gehandelte Fußballbälle in Sportvereinen

Um Fußballbälle aus Fairem Handel in den Vereinen „hoffähig“ zu machen, hat der Verein „fair – Eine Welt Aidlingen e.V.“ den Fußballabteilungen der beiden örtlichen Sportvereinen jeweils einen Satz Testbälle aus Fairem Handel zur Verfügung gestellt. Seither gilt auf den Aidlinger Sportplätzen „Fairplay“ gleich im doppelten Sinne.

Aufbau eines Fairtrade-Vereinsnetzes

Als die Gemeinde Aidlingen Anfang des Jahres 2012 den Antrag stellte, als Fairtrade-Gemeinde ausgezeichnet zu werden, hatten bereits drei Vereine Selbstverpflichtungen im Sinne des Fairen Handels abgegeben. Mit einer gezielten Informations- und Werbekampagne konnten noch mehr Vereine zu Selbstverpflichtungen motiviert werden, um ein Fairtrade-Vereinsnetzwerk innerhalb der Gemeinde und im Idealfall auch überörtlich aufbauen zu können. Aus den ursprünglich drei Vereinen sind mittlerweile elf geworden.

Diese Projekte, vor allem aber die Projekte, die das Thema Fairer Handel in der Jugend und in den Vereinen vorgebracht haben, waren offensichtlich für die Jury des Hauptstadtwettbewerbs überzeugend. Sensationell ist Aidlingen mit einem vierten Platz auf dem Siegereppchen gelandet. Das Preisgeld in Höhe von 15000 Euro ist mit der Auflage versehen, dass es in Projekte, die mit dem Thema Fairer Handel zu tun haben, im Inland investiert werden muss.

Mit dem Preisgeld wurden in Aidlingen neue Fairtrade-Projekte in Angriff genommen, so etwa der Schulwettbewerb „Fair is sChOOl !“, der erstmals 2015 unter der Schirmherrschaft des Böblinger Landrats und mit Unterstützung des staatlichen Schulamtes unter allen Schulen im Landkreis Böblingen durchgeführt wurde. Motiviert von der tollen Resonanz, die dieser Wettbewerb unter den über 150 beteiligten Schulen ausgelöst hat, soll der Schulwettbewerb nun im Rhythmus von zwei Jahren eine auf Dauer angelegte Veranstaltung werden.

DAS THEMA IST CHEFSACHE

In der Gemeinde Aidlingen ist der Faire Handel rasant durchgestartet. Vom Beschluss des Gemeinderats bis zur Auszeichnung im Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ ist gerade einmal ein Jahr vergangen. Keine Frage, dies ist eine Erfolgsgeschichte, die alles andere als alltäglich ist.

In Aidlingen lag es mit Sicherheit daran, dass die örtliche Lenkungsgruppe hochkarätig besetzt ist und vom Bürgermeister geleitet wird. Organisatorisch hat der Bürgermeister das Thema zur Chefsache erklärt und nimmt sich persönlich der Sache an. Da in der örtlichen Lenkungsgruppe rund ein Viertel der Stimmen des Gemeinderats vertreten ist, muss auch keine politische Überzeugungsarbeit geleistet werden. Bisher wurden zumindest alle kommunalpolitischen Beschlüsse, die zum Thema Fairer Handel gefasst wurden, einstimmig und ohne große Diskussion verabschiedet.

KONTAKT

Ekkehard Fauth
Bürgermeister
Gemeinde Aidlingen
Hauptstraße 6
71134 Aidlingen
Tel.: 07034 125-20
Fax: 07034 125-55
E-Mail: e.fauth@aidlingen.de
Internet: www.aidlingen.de





In der Ausstellung „Klimawerkstatt“ der Deutschen Bundesstiftung Umwelt weisen Handscanner nicht den Preis, sondern den Kohlendioxid-Gehalt der Lebensmittel aus

Bildung findet „Stadt“

Bedeutung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kommunen

VON HANNES SIEGE, TEAM SCHULISCHE BILDUNG VON ENGAGEMENT GLOBAL

Kommunen stehen heute vor enormen Herausforderungen: Klimawandel, Rohstoffverknappung, demografischer Wandel, Migration und zunehmende Globalisierung verändern die Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort. Damit Städte und Gemeinden sich dem Wandel anpassen können, bedarf es eines umfassenden Engagements auch im Bereich der Bildung.

BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG ALS SCHLÜSSELAUFGABE

Bildung für nachhaltige Entwicklung stellt eine Schlüsselaufgabe der Kommune dar und wird zunehmend Bestandteil der Bildungsarbeit. Seit den 1990er-Jahren wird das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland mehr und mehr von Politik und Zivilgesellschaft aufgegriffen. Bund, Länder und Kommunen orientieren sich daran. Mit der zunehmenden Akzeptanz des Leitbildes in Deutschland wurde auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung in ihrer Bedeutung erkannt. In der Folge des steigenden Problembewusstseins gegenüber den ökologischen

Herausforderungen, Globalisierung und Armut haben Umweltbildung, Globales Lernen und entwicklungspolitische Bildung ihre Konzepte konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Mit dem Beschluss der Weltgemeinschaft zu den globalen Nachhaltigkeitszielen vom September 2015 hat sich auch Deutschland darauf verpflichtet, Bildung für nachhaltige Entwicklung und Global Citizenship als Instrumente zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele umzusetzen.

Globales Lernen wird als wesentlicher Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung verstanden. Es liefert zum einen das notwendige Sach- und Hintergrundwissen zu entwicklungspolitischen Fragen und zielt zum anderen auf die Entfaltung von Kompetenzen, damit Bürgerinnen und Bürger auch unter den komplexen Bedingungen einer zusammenwachsenden Welt, ein verantwortungsbewusstes Leben führen und lokales Handeln mit globalen Erfordernissen in Einklang bringen können. Somit leistet das Konzept des Globalen Lernens einen direkten Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen beinhalten methodisch ein offenes und zugleich integratives pädagogisches Konzept. Es versteht sich nicht als Lernprogramm, das verordnet oder vermittelt werden kann, sondern zielt auf einen lebenslangen Lernprozess, bei dem Methoden- und Perspektivenwechsel eine wichtige Rolle spielen.

Globales Lernen als Teil der Bildung für nachhaltige Entwicklung soll Schülerinnen und Schülern eine zukunftsorientierte Orientierung in der zunehmend globalisierten Welt ermöglichen, die sie im Rahmen lebenslangen Lernens weiter ausbauen können. Unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung zielt sie insbesondere auf grundlegende Kompetenzen für eine entsprechende Gestaltung des persönlichen und beruflichen Lebens, Mitwirkung in der eigenen Gesellschaft und Mitverantwortung im globalen Rahmen.

FÜR EINE NEUE LERNKULTUR IN KOMMUNEN

Das Konzept der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist modellhaft für eine zukunftsweisende Bildung. Als kommunale Bildung zur Nachhaltigkeit begriffen, erweitert das Globale Lernen die Potenziale für die Gestaltung der individuellen wie der gesellschaftlichen Zukunft. Wo kommunale Nachhaltigkeitsstrategien bestehen oder entwickelt werden, sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung einen wesentlichen Bestandteil ausmachen.

Globales Lernen verknüpft dabei Ansätze, die sich mit nachhaltigem Alltag in Schulen befassen und in denen Kommunen als Schulträger vielfältig aktiv sind, mit der globalen Perspektive. Diese Verbindung entsteht dabei nicht nur im Fachunterricht, sondern auch im Schulleben, wenn sich zum Beispiel kommunale Partnerschaften oder Schulpartnerschaften Themen nachhaltiger Entwicklung zum Gegenstand nehmen.

UN-DEKADE UND WELTAKTIONSPROGRAMM „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“

Auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg Ende 2002 erklärten die Vereinten Nationen die Jahre 2005 bis 2014 zur Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Ihr Ziel: Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in allen Bereichen der Bildung zu verankern – vom Kindergarten bis zur Hochschule ebenso wie in außerschulischen Bildungseinrichtungen sowie in Medien und Kultur.

Im Rahmen der UN-Dekade verpflichteten sich Bund, Länder und Organisationen in Deutschland mit dem Nationalen Aktionsplan, Bildung für nachhaltige Entwicklung in die Lehrpläne zu integrieren und im Bildungssystem zu verankern. Viele Bundesländer erstellten dafür eigene Aktionspläne, wobei die deutschen Aktivitäten zur UN-Dekade von der Deutschen Kommission der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) koordiniert und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurden. Außerdem konnten Partner aus der Privatwirtschaft gewonnen werden.

Für die Umsetzung der strategischen Ziele des Nationalen Aktionsplans spielten die offiziellen Maßnahmen und Projekte der Weltdekade eine zentrale Rolle. So konnten im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland insgesamt 49 Maßnahmen sowie mehr als 1900 qualitativ hochwertige Projekte offiziell ausgezeichnet werden. Zusätzlich verpflichteten sich 21 ausgezeichnete Kommunen in ihrem Leitbild auf die Umsetzung der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Nachdem die UN-Dekade Ende 2014 offiziell ausgelaufen ist, arbeiten die Akteure der Bildung für nachhaltige Entwicklung

in Deutschland wie auch international an der Sicherung der Ergebnisse und Weiterführung der Aktivitäten in der Zukunft.

Eine zentrale Rolle nehmen dabei die im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele der Weltgemeinschaft ein. Eines der Unterziele (4.7) bezieht sich auf Bildung für nachhaltige Entwicklung und Global Citizenship. Erste Weichen wurden bereits früher gestellt. So hat die UNESCO beschlossen, Bildung für nachhaltige Entwicklung im Rahmen eines fünfjährigen Weltaktionsprogramms weiter voranzutreiben. Der Startschuss dazu fiel am 12. November 2014 auf der UNESCO-Weltkonferenz im japanischen Nagoya.

Mit der konstituierenden Sitzung der Nationalen Plattform am 29. September 2015 in Berlin hat offiziell auch die Umsetzung des Weltaktionsprogramms in Deutschland begonnen. Das Gremium mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft wird einen Nationalen Aktionsplan erarbeiten, der auf den Erfolgen der UN-Dekade aufbaut und konkrete Ziele und Maßnahmen zur strukturellen Verankerung der Bildung für nachhaltige Entwicklung festhält.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Bildung für nachhaltige Entwicklung: www.bne-portal.de





Kinder untersuchen Wasserproben im „Grünen Klassenzimmer“, einem offiziellen Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Bad Rappenau

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kommune...

- ist Aufgabe verschiedener kommunaler Institutionen wie Umweltämter, Institutionen der Erwachsenenbildung und Schulverwaltungsämter,
- bezieht Schulbildung ebenso ein wie frühkindliche Erziehung, Erwachsenenbildung und Hochschulbildung,
- bedarf einer Kultur der Kooperation zwischen kommunalen Institutionen, Institutionen der Länder, Zivilgesellschaft und Wirtschaft,
- ist Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien,
- ermutigt allgemein zum Bürgerengagement,
- schafft Akzeptanz für notwendige Verhaltensänderungen, die aus Nachhaltigkeitsleitbildern erwachsen,
- kreiert Chancen für informelles Lernen, damit soziale, ökologische und kulturelle Entwicklungserfordernisse der Kommune wahrgenommen und verstanden werden können,
- erschließt Lernpotenziale des Einzelnen und der Zivilgesellschaft,
- beugt einer passiven Empfängermentalität vor und ermutigt, an der Gestaltung der Zukunft mitzuwirken.

VERBINDUNG MIT INTERNATIONALEN ABKOMMEN UND ENTWICKLUNGEN

Als politischer Orientierungsrahmen dient das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung wie es auf der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 in der „Agenda 21“ formuliert wurde. Dieses Leitbild

steht für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit, ökologische Tragfähigkeit und gute Regierungsführung. Die Geltung des Leitbildes wurde von der Weltgemeinschaft anlässlich der Rio+20-Konferenz in Rio de Janeiro im Juni 2012 bekräftigt und im Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu den globalen Nachhaltigkeitszielen vom September 2015 zum Programm der Weltgemeinschaft erklärt. Als zentrale weltweite gesellschaftliche Aufgaben stehen die Bekämpfung der Armut sowie die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen im Vordergrund. Die UN-Dekade für nachhaltige Entwicklung von 2005 bis 2014 und der entsprechende deutsche Aktionsplan (siehe Kasten auf S. 21) beschreiben Handlungsfelder, die auch in dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung für die Jahre 2015 bis 2019 von Bedeutung sind.

Bildung für nachhaltige Entwicklung stellt – ähnlich wie die anderen Handlungsfelder kommunaler Entwicklungspolitik – eine Querschnittsaufgabe dar. Mehrere Disziplinen und Ressorts sind betroffen und sollten kooperieren, um bisher getrennte Diskurs- und Handlungsfelder zusammenzuführen. Dazu zählen unter anderem die Ressorts Bildung, Jugend, Soziales und Kultur.

Ein entscheidender Schritt für eine nachhaltige und globale Lernkultur in der Kommune stellt die Aufnahme der Bildung für nachhaltige Entwicklung – und von Global Citizenship in das kommunale Leitbild dar. Dadurch können Aktivitäten der Kommunen systematischer entfaltet werden.

KOMMUNALE AKTIVITÄTEN

Als bürgernächste Politik- und Verwaltungsebene können Kommunen besonders wirkungsvoll und effektiv Bildungsmaßnahmen für nachhaltige Entwicklung umsetzen und damit Bürgerinnen und Bürger für eine nachhaltige Entwicklung sensibilisieren. Anknüpfungspunkte liefern etwa die mehr als 460 kommunalen Partnerschaften, Projektgemeinschaften und Schulpartnerschaften mit Entwicklungs- oder Schwellenländern. Zugleich eröffnen Kooperationen mit Unternehmen, Medien, Stiftungen, Akademien und zivilgesellschaftlichen Organisationen vielfältige Chancen des Lernens im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Die Rolle der Kommune im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung liegt auch in der des Initiators und Vernetzers. Als Förderer von Lernprozessen innerhalb der Zivilgesellschaft und zwischen den verschiedenen beteiligten Partnern, einschließlich Wirtschaft und Wissenschaft, können Kommunen Dialog- und Kooperationsprozesse im Sinne einer Netzwerkkultur systematisch weiterentwickeln, so dass Kräfte der Selbstorganisation wirksam werden.

*Der Orientierungsrahmen
für den Lernbereich Globale
Entwicklung wurde Anfang
2015 aktualisiert*

Anknüpfungspunkte für kommunale Aktivitäten der Bildung für nachhaltige Entwicklung sind:

- Bereitstellung von Infrastruktur für Bildungsarbeit,
- Förderung außerschulischer Lernorte,
- Ganztagsangebote an Schulen,
- Förderung von nachhaltigem Schulmanagement etwa im Bereich Energie, Müll, Ernährung, bei denen Kommunen als Schulträger Zugriff haben und die im Zuge ganzheitlicher Schulentwicklung mit dem Schulcurriculum verbunden werden müssen,
- Unterstützung von Schulpartnerschaften,
- Verankerung globaler Fragestellungen in der Erwachsenenbildung,
- Nutzung des Lernfeldes Fairer Handel,
- Schaffung von Bildungsimpulsen durch Konferenzen und Kampagnen für die Kommune,
- Vernetzung von Schulen und Kommunen,
- Verankerung von globalem und interkulturellem Lernen vom Kindergarten bis zur Berufsausbildung,
- Zusammenarbeit mit Akademien, Stiftungen, kirchlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen,
- Vernetzung entsprechender Ansätze im Hochschulbereich,
- finanzielle Unterstützung einzelner Ansätze und Projekte.

Wichtig für die Verstetigung und Verankerung von Bildungsprozessen ist eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die das Bildungswissen einer breiten Öffentlichkeit vorstellt und zur Partizipation einlädt. Eine auf aktive Teilhabe, Partizipation und Interaktion setzende Öffentlichkeitsarbeit sollte Bildung für nachhaltige Entwicklung in verschiedene gesellschaftliche Bereiche hineinragen und die Möglichkeit bieten, Bildung für nachhaltige Entwicklung bei neuen Zielgruppen zu verwurzeln.

ORIENTIERUNGSRAHMEN FÜR DEN LERNBEREICH GLOBALE ENTWICKLUNG

Damit Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in Schule und Unterricht einen Platz finden, hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz der Bundesländer (KMK) 2015 einen erweiterten und aktualisierten Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung



im Rahmen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, der Schulen darin unterstützt, weltweite ökonomische, politische, soziale und ökologische Zusammenhänge fachbezogen und fächerverbindend zu vermitteln. Er liefert außerdem Orientierung bei der ganzheitlichen Schulentwicklung, das heißt zum Beispiel, bei der Entwicklung von Schulprofilen, der Gestaltung von Ganztagsprogrammen, der Qualitätssicherung und der Kooperation mit außerschulischen Partnern.

KONTAKT

Hannes Siege
Engagement Global
Team Schulische Bildung
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel.: 0228 20717-325
E-Mail: hannes.siege@engagement-global.de
Internet: www.engagement-global.de/globale-entwicklung.html

Mehrfach ausgezeichnete Stadt der UN-Weltdekade

Bildung für nachhaltige Entwicklung in Neumarkt i. d. OPf.

VON THOMAS THUMANN, OBERBÜRGERMEISTER DER STADT NEUMARKT I. D. OPF.

Zu den wichtigsten von der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz in den letzten Jahren initiierten Maßnahmen zur Förderung der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) gehören das städtische Förderprogramm „Nachhaltigkeit neu lernen“, die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz, die Kampagne „Fairtrade-Stadt“ sowie Bildungsprojekte im Rahmen des Masterplans „100% Klimaschutz“. Im internationalen Kontext der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit nimmt Neumarkt am Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ teil.

STÄDTISCHES FÖRDERPROGRAMM „NACHHALTIGKEIT NEU LERNEN“

Das städtische Förderprogramm „Nachhaltigkeit neu lernen – Impulse durch Mikroprojekte“ wurde im Jahr 2011 aufgelegt. Damit wird erreicht, dass sich Akteure wie Organisationen, Vereine, Initiativen und Schulen intensiv an der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung durch Bildungsprojekte beteiligen. Bis heute wurden insgesamt 52 Projekte mit einer Gesamtsumme von etwa 120000 Euro gefördert. Darin enthalten ist auch das Preisgeld aus dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis in Höhe von 35000 Euro, den die Stadt Neumarkt i. d. OPf. im Jahre 2012 als nachhaltigste Stadt mittlerer Größe erhalten hat. Die Förderung von Mikroprojekten trägt dem Anspruch Rechnung, dass lokal viel bürgerschaftliches Engagement aktiviert werden kann, wenn ein

Projekt mit einem finanziellen Zuschuss ausgestattet wird – denn die Grenzen des Ehrenamtes sind bei zeitaufwendigen Projekten schnell erreicht. Das Programm läuft nun bereits im fünften Jahr sehr erfolgreich und aktuell wird an einer Aktualisierung für die nächsten Jahre gearbeitet.

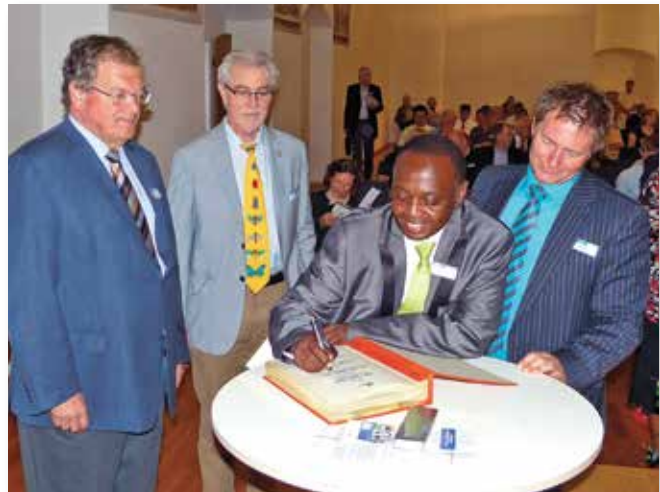
NEUMARKTER NACHHALTIGKEITSKONFERENZ

Die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz hat sich zu einer festen Größe in Neumarkt und weit darüber hinaus entwickelt. Dies gelang, weil stets anschauliche Konferenzthemen und namhafte Referentinnen und Referenten im Programm etabliert werden konnten. Zu den bisherigen Referenten gehören unter anderem Prof. Dr. Klaus Töpfer, Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Prof. Dr. Hubert Weiger, Dr. Hans Rudolf Herren und der Träger des Alternativen Nobelpreises René Ngongo.

Die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz wird seit 2008 veranstaltet. Zuletzt lautete das Thema der Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz im Jahre 2014 „Klimaschutz durch neue Wege bei der Mobilität“ mit den Hauptrednern Prof. Dr. Claudia Kemfert und Dr. Weert Canzler. Erstmals stand dabei am Nachmittag des Konferenztages ein großes „Nachhaltigkeitsevent“ auf dem Programm, das sich um das Thema „E-Mobilität“ drehte. Bei einer E-Fahrzeugschau auf dem Residenzplatz wurden die verschiedensten Möglichkeiten der energiesparenden Mobilität



Im Rahmen des städtischen Förderprogramms „Nachhaltigkeit neu lernen“ beteiligen sich Akteure in Neumarkt an der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung



Prof. Hubert Weiger, Dr. Hans Rudolf Herren, René Ngongo und Oberbürgermeister Thomas Thumann trafen sich vor der Eröffnung der 5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz

präsentiert. Da die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz nun im jährlichen Wechsel mit dem Neumarkter Klimaschutzpreis veranstaltet wird, steht am 6. Mai 2016 der nächste Termin mit dem Titel „Klimaschutz durch neue Wege beim Wohnen und Bauen“ auf dem Programm.

AUSZEICHNUNGEN FÜR FAIREN HANDEL

Als erste Stadt in Bayern erhielt Neumarkt im Herbst 2009 die Auszeichnung „Fairtrade-Town“, die inzwischen zweimal erneuert wurde, zuletzt Ende September 2015 für die Jahre bis 2019. Weiterhin erreichte Neumarkt im bundesweiten Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Jahr 2013 den zweiten Platz und im Jahr 2015 den dritten Platz. Die Fairtrade-Kampagne in Neumarkt beinhaltet insbesondere auch eine breite Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Projekte wie der „Lernzirkel Nachhaltigkeit“, der „Parcours Rundum Fair“ sowie der neue Muster-Beschaffungskoffer, der nach ökosozialen Kriterien bestückt ist, erfreuen sich großer Beliebtheit.

Die Kampagne „Fairtrade Stadt Neumarkt“ wird mit weiteren Projekten fortgesetzt. Dazu gehören die Verteilung von Fairtrade-Fußbällen und -Handbällen an Schulen und in Sportvereinen. Mit dem neu konzipierten Eine-Welt-Festival, das bereits zweimal veranstaltet wurde und im Landesgartenschau-Park stattfindet, kann Neumarkt zudem eine Großveranstaltung bieten, die für den Fairen Handel und internationale Kooperationen wirbt.

FÖRDERPROGRAMM „MASTERPLAN 100% KLIMASCHUTZ“

Im Rahmen des Förderprogramms „Masterplan 100% Klimaschutz“ führt die Stadt Neumarkt mehrere Projekte im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz durch.

Dazu zählt der bereits erwähnte im Jahre 2015 neu eingeführte und mit 10 000 Euro dotierte Neumarkter Klimaschutzpreis zu den Besonderheiten. Zum anderen wurden neue Angebote und Aktionen umgesetzt, wie etwa der Aktionstag „Heizen mit regenerativen Energien“, der an zwölf Standorten in Stadt und Landkreis stattfand, oder die Glühbirnen-Austauschaktion vor dem Rathaus, bei der innerhalb von zwei Stunden 1000 neue LED-Lampen an die Passanten ausgegeben wurden.

Ebenso eine Besonderheit ist das städtische „Faktor 10-Förderprogramm“ für energieeffizientes Bauen und Sanieren, in dessen Rahmen bisher eine Fördersumme in Höhe von rund einer Million Euro von den Bürgerinnen und Bürgern in Anspruch genommen wurde.

Auch die Neumarkter Schulen sind im Klimaschutz sehr aktiv, zum Beispiel im Rahmen der Projekte „Prima Klima“, „Klimameilen“ oder „Biobrotboxaktion“.



Die Stadtoberhäupter von Neumarkt und Drakenstein besiegelten ihre Projektpartnerschaft per Handschlag

TEILNAHME AM PROJEKT „50 KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN BIS 2015“

Neumarkt ist auch international engagiert. So beteiligt sich die Stadt am Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Die Stadt Neumarkt ist in diesem Rahmen eine 18-monatige Projektpartnerschaft mit der südafrikanischen Gemeinde Drakenstein eingegangen. Beim Auftaktworkshop im März 2014 in Somerset West/Kapstadt und während Fachexkursionen vor Ort sammelten Neumarkt und Drakenstein erste Bausteine für ihr gemeinsames Handlungsprogramm, das im Rahmen der Klimapartnerschaft bis Oktober 2015 entwickelt wurde.

Schwerpunkte des Handlungsprogrammes sind das Engagement im Rahmen des UNESCO-Weltaktionsprogrammes für Bildung für nachhaltige Entwicklung, die Unterstützung von jungen Menschen in Bezug auf berufliche Bildung und soziales Engagement, die Förderung des Fairen Handels, Renaturierungsprojekte sowie die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

KONTAKT

Ralf Mützel
 Amt für Nachhaltigkeitsförderung
 Amtsleiter
 Bürgerhaus Stadt Neumarkt i. d. OPf.
 Fischergasse 1
 92318 Neumarkt i. d. OPf.
 Tel.: 09181 255-2608
 Fax: 09181 255-2619
 E-Mail: ralf.muettel@neumarkt.de
 Internet: www.neumarkt.de

Globales Lernen an Schulen und Kindergärten

Partnerschaft der Gemeinde Herrsching mit Chatra in Indien und Ravina-Romagnano in Italien

VON HANS-JÜRGEN BÖCKELMANN, ZWEITER BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE HERRSCHING AM AMMERSEE



Es bestehen Partnerschaften zwischen Schulen in Herrsching und Chatra (Westbengalen/Indien): einerseits seit 1995 zwischen der Christian-Morgenstern-Volksschule in Herrsching sowie seit 2000 zwischen dem nächstgelegenen Christoph-Probst-Gymnasium in Gilching und andererseits Schulen in Chatra in Westbengalen in Indien. Die Schulpartnerschaften wurden durch die Indienhilfe e. V. Herrsching vermittelt und werden von ihr bis heute inhaltlich betreut. Die Indienhilfe wurde dafür von der UNESCO als UN-Dekade-Projekt Bildung für Nachhaltige Entwicklung 2006-2007 ausgezeichnet. Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten und bearbeiten Themen wie Kinderarbeit, Fairer Handel und Millenniums-Entwicklungsziele; daraus folgen verschiedene Projekte und Maßnahmen.

VERANTWORTUNG ALS GLOBALE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

So entstand etwa die „Eine-Welt-Rallye“, die, wie andere derartige Schüleraktivitäten auch, im Ferienprogramm der Gemeinde Herrsching angeboten wird. Die Schulpartnerschaften beschäftigen und bewegen die Kinder und Jugendlichen, lassen sie globale Themen durchdenken sowie Mitgefühl, Verständnis und Handlungsfähigkeit entwickeln. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beginnen, sich dadurch ihrer Verantwortung als globale Bürgerinnen und Bürger zu stellen und nutzen die Handlungsmöglichkeiten, die die Indienhilfe ihnen aufzeigt. In vielen Aktionen wie Essensverkauf, Benefizkonzerte oder Spielzeugflohmärkte mobi-



KAMPAGNE „FAIRTRADE-SCHOOLS“

Damit der Faire Handel Schule macht, hat der Verein TransFair e.V. im Oktober 2012 die

Kampagne „Fairtrade-Schools“ gestartet. Zunächst auf Schulen in Nordrhein-Westfalen beschränkt, haben bundesweit mittlerweile fast 200 Schulen die Möglichkeit genutzt, als ausgezeichnete „Fairtrade-School“ ein Zeichen für den Fairen Handel zu setzen. Die Kampagne unterstützt die Schulen dabei, durch ihre Aktionen zum Fairen Handel das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung an ihrer Schule umsetzen zu können. Der Faire Handel wird dabei mit all

seinen Nachhaltigkeitsaspekten in die Schulstrukturen integriert. Um den Titel „Fairtrade-School“ zu erhalten, müssen die Schulen fünf Kriterien erfüllen: Gründung eines Fairtrade-Schulteams, Erstellung eines Fairtrade-Kompasses, der die Fairtrade-Ziele der Schule darlegt, Verkauf und Verzehr von Fairtrade-Produkten, Fairtrade-Themen im Unterricht sowie mindestens eine Aktion zum Fairen Handel pro Schuljahr. Die Erfüllung der Kriterien muss außerdem im Fairtrade-Schools-Blog der Kampagne dokumentiert werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Kampagne „Fairtrade-Schools“: www.fairtrade-schools.de

lisieren sie jährlich beträchtliche Summen für Kinderprojekte der Indienhilfe in Chatra und Umgebung.

Die Gemeinde Herrsching unterhält auch eine Städtepartnerschaft mit Ravina-Romagnano bei Trient in Italien. Aus einem gemeinsamen Besuch von Delegationen aus Chatra und Ravina-Romagnano in Herrsching haben sich vor einigen Jahren auch Verbindungen unter den beiden Herrschinger Partnergemeinden und in der Folge kleine Hilfsprojekte entwickelt. Die Schulpartnerschaften zwischen Ravina-Romagnano und Herrsching beziehen Chatra insofern immer wieder ein, indem die Herrschinger Schulen die Verhältnisse in Chatra thematisieren.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DIE GEMEINDE

Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten für die Pflege der Ortspartnerschaften und ausgesuchte Projekte der Schulpartnerschaften. Sie unterstützt die Anschaffung von Bildungsmaterialien für die „Eine Welt“-Bildungsarbeit beziehungsweise zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Der Bürgermeister und Mitglieder des Gemeinderates beteiligen sich außerdem an verschiedenen Schulaktionen. Zusätzlich stellt die Gemeinde der Organisation CISV International, einer Non-Profit-Organisation für internationale Kinder- und Jugendbegegnungen, Räumlichkeiten für internationale Treffen von Jugendlichen in Herrsching zur Verfügung. Sie leistet auch dadurch einen Beitrag zur Völkerverständigung, der Horizont-erweiterung und zur „Eine Welt“-Bildungsarbeit.

KONTAKT

Hans-Jürgen Böckelmann
Gemeinde Herrsching
Bahnhofstraße 12
82211 Herrsching a. Ammersee
Tel.: 08152 3740
Fax: 08152 5218
E-Mail: h.boeckelmann@herrsching.de
Internet: www.herrsching.de/

Indienhilfe e.V. Herrsching
Luitpoldstraße 20
82211 Herrsching
Tel.: 08152 1231
Fax: 08152 48278
E-Mail: email@indienhilfe-herrsching.de
Internet: www.indienhilfe-herrsching.de/

UNESCO-AUSZEICHNUNGEN IM NEUEN WELTAKTIONSPROGRAMM

Im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurden in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland insgesamt 49 Maßnahmen, mehr als 1900 Projekte sowie 21 Kommunen ausgezeichnet. Die Anerkennung von Bildungseinrichtungen, Netzwerken sowie Städten und Gemeinden, die besonders gelungen Bildung für nachhaltige Entwicklung etablieren, soll auch im Rahmen des gleichnamigen neuen Weltaktionsprogramms fortgeführt werden. Allerdings gibt es dafür ein neues Format und neue Schwerpunkte.

Nach den neuen Kriterien werden Institutionen, Netzwerke und Kommunen separat in drei Kategorien ausgezeichnet. Die Schwerpunkte des Weltaktionsprogramms aufgreifend sind Institutionen gesucht, die einen ganzheitlichen und ehrgeizigen Ansatz bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung verfolgen. Dazu gehören Organisationen oder Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Berufsschulen, Hochschulen, Betriebe, Unternehmen, Volkshochschulen, Umweltzentren, Nichtregierungsorganisationen sowie Jugend- und Sportvereine, die relevante Aktivitäten im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung durchführen. Bewerben können sich auch Netzwerke von mehreren unabhängigen Organisationen sowie Kommunen, in denen Bildung für nachhaltige Entwicklung nachweislich in relevanten Bildungseinrichtungen verankert ist und die regionale Vernetzungen sowie Weiterbildungen fördern.

Der Aufruf zur Bewerbung richtet sich sowohl an Institutionen, die sich bei der Bildung für nachhaltige Entwicklung neu auf den Weg machen, als auch an engagierte Vorreiter. Das Verfahren unterteilt sich in drei Abstufungen – je nach Intensität und Qualität der Umsetzung. Alle Preisträger haben dadurch die Möglichkeit, bei entsprechender Weiterentwicklung ihrer Aktivitäten eine erneute Auszeichnung zu erzielen.

Vergeben werden die Auszeichnungen von der Deutschen Kommission der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO). Die erste, dreimonatige Bewerbungsphase startet Ende 2015. Erste Auszeichnungen sollen im Sommer 2016 bei einem großen Agendakongress verliehen werden.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

zum Auszeichnungsformat, zu den Bewerbungskriterien sowie Details zum Bewerbungsprozess:
www.bne-portal.de

Kommunen im Globalen Süden – wie hier im brasilianischen Amazonasgebiet – sind besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen und müssen sich an die Klimafolgen anpassen



Klimawandel – ein global-lokales Problem

Klimaschutz und Klimaanpassung in Kommunen

VON JESSICA BAIER UND KURT-MICHAEL BAUDACH, PROJEKTLEITER FÜR KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN BEI DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit eignet sich besonders für Themen, die global von Bedeutung sind und gleichzeitig Aktionen auf der lokalen Ebene erfordern. Der Klimawandel kann als eine solche global-lokale Problemstellung angesehen werden. Weltweit engagieren sich Kommunen für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Im Nord-Süd-Kontext stellen sich dabei auch Fragen der Klimagerechtigkeit. Städte und Gemeinden in Industrieländern sind als Ballungsräume mit hohem Energieverbrauch Mitverursacher des Klimawandels. Kommunen in Entwicklungsländern weisen hingegen oft einen vergleichsweise geringen Kohlendioxid-Ausstoß auf, sind jedoch bereits heute im Vergleich zu den Industrieländern stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen und müssen sich beispielsweise an zunehmende Starkregenereignisse oder steigende Temperaturen anpassen. So gehört zum Beispiel Nicaragua gemäß des Germanwatch Global Climate Risk Index 2013 zu den am stärksten von Extremwetterereignissen betroffenen Ländern weltweit. Der Ausstoß von Kohlendioxid-Emissionen pro Kopf liegt in Nicaragua allerdings nur bei 0,8 Tonnen pro Jahr, im Vergleich dazu verzeichnet Deutschland einen Pro-Kopf-Ausstoß von 8,9 Tonnen pro Jahr.¹

KOMMUNEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ AKTIV

Viele Kommunen nehmen eine Vorreiterrolle in Bezug auf die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen ein. Zahlreiche deutsche Kommunen verfügen bereits über eigene Klimaschutzkonzepte. Die erarbeiteten Maßnahmen beziehen sich dabei in der Regel auf die sogenannten „3 E“: Emissionsminderung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Kommunale Verwaltungen nehmen im Erarbeitungsprozess häufig eine Moderatorenfunktion ein, indem sie die Interessen unterschiedlicher Akteure wie etwa der Stadtwerke und kommunalen Energieversorger, der privatwirtschaftlichen Unternehmen sowie Vereine und Kirchengemeinden berücksichtigen und die einzelnen Akteursgruppen in ihre Aktivitäten einbinden. Gerade kleinere Kommunen haben aufgrund der engeren Verzahnung einzelner Fachämter großes Potenzial, die für die Umsetzung notwendige ressortübergreifende Zusammenarbeit zu verwirklichen.

Gleichsam verfügen auch einige Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern über dezidierte Konzepte, deren Fokus zumeist auf der Klimafolgenanpassung liegt. Häufiger jedoch werden Maßnahmen der Klimafolgenanpassung in lokale Entwicklungspläne oder Stadtentwicklungskonzepte integriert. Klimawandel wird somit im Kontext von Armutsreduzierung und

¹ Quelle: <http://data.worldbank.org/indicator/EN.ATM.CO2E.PC/countries>



Im Bereich des Klimaschutzes können Kommunalexpertinnen und -experten aus Industrie- und Entwicklungsländern voneinander lernen

Entwicklung behandelt. In vielen Ländern des Globalen Südens stehen dabei insbesondere Klein- und Mittelstädte im Fokus, da in diesen zum Beispiel auf dem afrikanischen Kontinent in den nächsten Jahrzehnten ein hohes Bevölkerungswachstum zu erwarten ist. Zudem sind viele eher ländlich geprägte Kommunen besonders vom Klimawandel betroffen. Kleine und mittlere Kommunen im Norden und Süden teilen Charakteristika, wie zum Beispiel die hohe Bedeutung von Stadt-Umland-Beziehungen sowie die Notwendigkeit der Kooperation mit anderen Kommunen innerhalb der Region. Ein wechselseitiger Austausch von Praxiserfahrungen und guter Beispiele von Projekten bietet somit auf beiden Seiten Lernpotenziale.

MEHR ERREICHEN DURCH GEMEINSAMES VORGEHEN

Viele Kommunen in Deutschland engagieren sich auch über die eigenen Grenzen hinaus und arbeiten zum Beispiel in nationalen, regionalen oder internationalen Netzwerken wie dem Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V. oder dem Konvent der Bürgermeister mit. Kommunen bringen ihre Interessen in gemeinsamen Erklärungen zum Ausdruck und stecken sich eigene Klimaschutzziele, die häufig weit über die nationalen Ziele hinausgehen.

Auf internationaler Ebene findet die besondere Rolle von Kommunen im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung zunehmend Anerkennung. Städte und Gemeinden gelten bei der Erreichung von globalen Klimaschutzziele als wichtige Partner. Sie übernehmen eine Vorreiterrolle, indem sie sich die Umsetzung internationaler Klimaschutzziele im Rahmen freiwilliger Selbstverpflichtungen selbst zur Aufgabe machen. Gleichzeitig setzen sich kommunale Akteure für eine aktive Rolle der Städte bei den internationalen Klimaverhandlungen ein. Bei den Klimaverhandlungen von Cancun 2010 wurden Kommunen dabei erstmals als „staatliche Akteure“ anerkannt. In Warschau wurde 2014 ein Tag der Klimaverhandlungen explizit als „Cities Day“ deklariert. Bei den Klimaverhandlungen Ende 2015 in Paris fand ein eigener Klimagipfel für lokale Entscheidungsträger statt, an dem rund

1000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister teilnahmen. Der Austausch von Erfahrungen und guten Beispielen im Rahmen von Kooperationen zwischen Kommunen wird dabei als ein wichtiges Instrument genannt.

Neben der Zusammenarbeit in Netzwerken bietet auch die direkte bilaterale Kooperation zweier Kommunen eine Möglichkeit, Selbstverpflichtungen im Bereich des Klimaschutzes zu erfüllen. Darüber hinaus können Nord-Süd-Kooperationen genutzt werden, um gemeinsam mehr Aufmerksamkeit auf das Thema Klimawandel zu lenken. Insbesondere der Perspektivwechsel, der durch den Austausch angeregt wird, ermöglicht es, die eigene Arbeit zu hinterfragen und in den globalen Kontext einzuordnen.

AUF DEM WEG ZU EINER KOMMUNALEN KLIMAPARTNERSCHAFT

Kommunale Partnerschaften im Bereich Klimawandel eignen sich für Kommunen jeder Größenordnung. Die Kommunen entscheiden dabei gemeinsam mit ihren Partnern selbst über das Ausmaß und die Intensität ihrer partnerschaftlichen Aktivitäten.

Sofern schon eine kommunale Partnerschaft mit einer Kommune im Globalen Süden besteht, kann ein gemeinsames Gespräch der Partnerkommunen zum Thema Klimawandel als Einstieg dienen. Wichtig dabei ist es, ein gemeinsames Verständnis von den Ursachen und Folgen des Klimawandels und den Handlungsmöglichkeiten auf der lokalen Ebene zu entwickeln. Beide Seiten können dann gemeinsam entscheiden, ob und wie die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung in die Partnerschaftsarbeit integriert und in welchem Umfang eine Zusammenarbeit in diesem Bereich realisiert werden kann. Ein Einstieg kann auch darüber erfolgen, Perspektiven von Südpartnern aktiv in die Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimawandel einzubeziehen. Hierzu kann zum Beispiel ein Fachexperte aus dem Globalen Süden als Referent für eine öffentlichkeitswirksame Veranstaltung eingeladen werden.

Bestehen seitens der Kommune noch keine Kontakte zu einer Kommune im Globalen Süden lohnt es sich, gezielt zivilgesellschaftliche Akteure wie Vereine oder Kirchen innerhalb



Im Rahmen des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ erarbeiten Kommunen des Globalen Nordens und Südens gemeinsam Handlungsprogramme für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

der eigenen Kommune anzusprechen, um zu eruieren, ob hier bereits internationale Kontakte bestehen, die gegebenenfalls auf die Ebene der Kommunalverwaltung erweitert werden können. Oft sind gerade in mittleren und kleineren Kommunen gute Strukturen zur Bürgerbeteiligung und Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren vorhanden, die auch für eine kommunale Partnerschaft genutzt werden können. Gerade für kleinere Kommunen kann es auch von Vorteil sein, sich mit anderen Kommunen aus der Nachbarschaft oder ihrem Landkreis zusammenzuschließen, um gemeinsam eine Partnerschaft mit einer oder mehreren Kommunen im Globalen Süden aufzubauen und sich so gemeinsam zu engagieren.

Eine Möglichkeit für eine umfassende Kooperation in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung bietet der Aufbau einer strategischen Klimapartnerschaft, wie sie im Rahmen des Projektes „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ derzeit erprobt wird. Das Projekt wird von der Servicestelle Kommunen in

der Einen Welt in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Agenda NRW e.V. durchgeführt. Grundlage einer solchen Klimapartnerschaft bildet ein gemeinsames Handlungsprogramm, in dem konkrete Ziele und Maßnahmen für eine langfristige Zusammenarbeit festgelegt und benötigte Ressourcen identifiziert werden.

STARTHILFE DURCH DIE SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bietet Beratung zum Aufbau und der Gestaltung kommunaler Partnerschaften an. Bei Bedarf unterstützt sie Kommunen auch bei der Suche nach einer geeigneten Partnerkommune. Auch gibt es die Möglichkeit, eine Finanzierung von Partnerschaftsaktivitäten über das Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ zu beantragen.

KONTAKT

Jessica Baier / Kurt-Michael Baudach
 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
 Engagement Global
 Tulpenfeld 7
 53113 Bonn
 Tel.: 0228 20717-338 / -343
 E-Mail: jessica.baier@engagement-global.de
 E-Mail: kurt.baudach@engagement-global.de
 Internet: www.service-eine-welt.de



Klima-Bündnis

KLIMA-BÜNDNIS ALS PARTNER DER KOMMUNEN

Das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. (Climate Alliance) wurde 1990 gegründet und

zählt mehr als 1700 Städte und Gemeinden aus 24 Ländern Europas, die sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen. Die Mitglieder, darunter fast 500 deutsche Kommunen, wollen freiwillig alle fünf Jahre die Kohlendioxid-Emissionen um zehn Prozent reduzieren, die Pro-Kopf-Emissionen bis spätestens 2030 halbieren, auf Tropenholznutzung verzichten sowie Projekte und Initiativen der indigenen Partner unterstützen. Das Klima-Bündnis berät seine Mitglieder bei der Energie-

einsparung, der Energieeffizienz und der Nutzung regenerativer Energiequellen und klimaschonender Mobilität.

Mit Hilfe von Kampagnen und Informationen zum kommunalen Klimaschutz richtet sich das Klima-Bündnis an verschiedene Zielgruppen und tritt darüber hinaus auch politisch in Aktion, indem es sich etwa auf nationaler wie internationaler Ebene für die Anliegen der im Klimaschutz engagierten Städte einsetzt und die Organisationen der indigenen Völker unterstützt. Sitz der europäischen Geschäftsstelle des Klima-Bündnisses ist in Frankfurt am Main.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Klima-Bündnis: www.klimabuendnis.org/



Die Klimapartner aus Alajuela und Lahr beim Abschlussworkshop 2014 in Berlin (v.l.n.r.: Edwin Bustos (Stadt Alajuela), Heinz-Dieter Ritzau (Freundeskreis Alajuela-Lahr e.V.), Ana Cecilia Rodriguez (Gemeinderat Alajuela), Manfred Kaiser (Stadt Lahr), Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller (Stadt Lahr), Ileana Roblero (Stadt Alajuela), Dr. Gereon Anders (Abwasserverband Raumschaft Lahr), José Joaquín Chaverri Sievert (Botschafter von Costa Rica in Deutschland))

Global denken – gemeinsam planen – lokal handeln

Kommunale Klimapartnerschaft von Lahr und Alajuela

VON DR. WOLFGANG G. MÜLLER, OBERBÜRGERMEISTER DER STADT LAHR

Ob in Lahr am Rande des Schwarzwaldes in Baden-Württemberg oder in Alajuela im Zentraltal in Costa Rica: Die Auswirkungen des Klimawandels sind messbar und für die Menschen vor Ort erlebbar. Und einige der Folgen sind ähnlich: Verschiebung der Temperatur- und Vegetationsgrenzen, Einschränkungen der biologischen Vielfalt sowie Bodenerosionen durch Starkregenereignisse. Der Schutz des Klimas und die notwendige Anpassung an den Klimawandel müssen daher als wichtige kommunale Zukunftsaufgaben beachtet werden.

KLIMASCHUTZPOLITIK DER STADT LAHR

Schon vor rund 25 Jahren hat Lahr (44 500 Einwohner, 70 Quadratkilometer, gemäßigte Zone) mit dem Beitritt zum Klima-Bündnis die ersten Schritte zu einer Energiewende unternommen. Nach dem Motto „Global denken – lokal handeln“ verfolgt Lahr seitdem Ziele zum Schutz des Klimas und zur nachhaltigen Sicherung der Lebensqualität. 2012 wurde für das Gebiet der Stadt Lahr ein neues, zeitgemäßes integriertes Klimaschutzkonzept unter intensiver Bürgerbeteiligung erarbeitet. Mit dem vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Energie- und Klimapolitischen Leitbild und dem Zehn-Jahre-Aktionsplan hat sich Lahr das ehrgeizige Ziel gesetzt, die Pro-Kopf-Emissionen von 1990 schon bis 2022 zu halbieren.

Da die Auswirkungen des Klimawandels global sind, schaut die Stadt auch über die Gemarkungsgrenzen hinaus und informiert ihre Partnerstädte Dole in Frankreich, Belleville in Kanada und Alajuela in Costa Rica über Pläne, Projekte und Aktionen und ermuntert diese auch zu eigenen Handlungen. Vor allem die

Städtepartnerschaft mit Alajuela hat dadurch einen zusätzlichen Impuls erhalten.

Von ersten kulturellen Kontakten um 2001 führte der intensive freundschaftliche Austausch schon 2004 zur Gründung des Freundeskreis Alajuela-Lahr e.V. und 2006 zu einer offiziellen Städtepartnerschaft. Trotz einer Entfernung von 9338 Kilometern werden die städtepartnerschaftlichen Kontakte seither mit vielfältigen Aktivitäten in den Bereichen Soziales, Bildung, Kultur, Wirtschaft und Umwelt lebendig gehalten. Insbesondere die engagierten Mitglieder des Freundeskreises haben dazu beigetragen, die erste Städtepartnerschaft zwischen Costa Rica und Deutschland zu einer lebendigen und in der Bevölkerung verwurzelten Freundschaft zu entwickeln. Aufgrund der intensiven Beziehung gibt es seit 2014 in Lahr – und nicht wie sonst üblich in der Landeshauptstadt – auch ein Honorarkonsulat für Costa Rica.

Auch Alajuela (Kernstadt: 43 000 Einwohner, 8,88 Quadratkilometer, Subtropen) ist schon seit langem im Klimaschutz aktiv. Die Stadt berücksichtigt das nationale Klimaziel der Klimaneutralität bis 2021 in seiner lokalen Agenda in Übereinstimmung mit dem kantonalen Entwicklungsplan von 2012 zur Verringerung der Umwelt- und Klimabelastung und zum nachhaltigen Schutz von Klima- und Umwelt.

KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFT MIT ALAJUELA

Die schon bestehenden Überlegungen zu verstärkten Aktivitäten im Umwelt- und Klimabereich in Lahr und Alajuela konnten durch das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“

verwirklicht werden. Eine Teilnahme wurde von beiden Stadtverwaltungen befürwortet und von den Gemeinderäten einstimmig beschlossen. Beim Besuch einer Delegation aus Alajuela in Lahr im Oktober 2012 unterzeichneten beide Bürgermeister das „Memorandum of Understanding“ mit den Zielen und Kernpunkten der Klimapartnerschaft auf Augenhöhe.

Um eine beständige Zusammenarbeit beider Kommunen zu gewährleisten, wurde eine feste Arbeitsstruktur festgelegt. In Lahr



KONVENT DER BÜRGERMEISTER

Der Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors) wurde 2008 von der Europäischen Kommission ins Leben gerufen, um die Kommunen in Europa im Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen der europäischen und der lokalen Ebene zu verbessern. Die Mitglieder des Konvents der Bürgermeister verpflichten sich in der Beitrittserklärung freiwillig dazu, bis zum Jahr 2020 ihre Kohlendioxid-Emissionen durch Energieeffizienzmaßnahmen und eine verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien um mindestens 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Zu diesem Zweck werden Aktionspläne für nachhaltige Energie entwickelt und umgesetzt.

Mit mehr als 6500 Unterzeichnern – darunter kleine Gemeinden sowie große Metropolregionen wie London oder Paris – ist der Konvent der Bürgermeister eine der größten europäischen Erfolgsgeschichten zur Kohlendioxid-Reduktion. Dieser Erfolg wurde 2014 durch den Start der Mayors Adapt-Initiative noch verstärkt, die sich mit der Anpassung an den Klimawandel befasst und mittlerweile 140 Kommunen zählt. Mitglieder des Konvents der Bürgermeister und von Mayors Adapt haben sich zudem im Oktober 2015 zu einem neuen integrierten Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie zusammengeschlossen, um noch ehrgeizigere Ziele zu erreichen. Sie wollen ihre Kohlendioxid-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent reduzieren und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel intensivieren.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Konvent der Bürgermeister:
www.konventderbuergermeister.eu

beteiligen sich am Projekt vor allem die Stabsstelle Umwelt unter Einbindung des städtischen Energieteams und des Bereiches Städtepartnerschaft des Hauptamtes sowie der Freundeskreis Alajuela-Lahr e.V. In Alajuela steuern das Projekt vor allem das Umwelt- und das Planungsamt unter Beteiligung der Interessensvereinigung Alajuela 2015 und des Freundeskreises ASOCHA.

Sehr wichtig für den Erarbeitungsprozess waren neben dem ausführlichen Leitfaden der Projektträger die gegenseitigen Expertenentsendungen in die jeweils andere Kommune. Zwischen den Beteiligten wurde schnell eine fachliche und freundschaftliche Ebene gefunden. Bei den umfangreichen Besichtigungsprogrammen konnten von den Fachleuten die Problem- und Zukunftsthemen vor Ort vorgestellt und erörtert werden. Außerdem wurden die Entsendungen genutzt, um Verwaltung und Politik über den aktuellen Stand der Klimapartnerschaft zu informieren und Impulse zu setzen.

GEMEINSAMES HANDLUNGSPROGRAMM

In den Zeiten zwischen den Entsendungen erfolgte der Austausch zu klimabezogenen Informationen, Konzepten, Projekten und Aktivitäten über elektronische Medien. Bei der folgenden Entsendung konnten dann durch weitere Exkursionen und Besprechungen die Schwerpunktthemen eingegrenzt und vertieft werden. Von Mal zu Mal konnten die Handlungsfelder immer genauer definiert werden. Im direkten Austausch konnten Probleme, mögliche Lösungswege und auch Alternativen ausführlich betrachtet und diskutiert werden. Dies führte bei der letzten Entsendung über intensive gemeinsame Diskussionen zum gemeinsamen Handlungsprogramm mit vier Oberzielen, mehreren Unterzielen und Maßnahmen:

- Verbesserung des Schutzes der Wasserressourcen,
- Verbesserung der Abfallsammlung und -verwertung,
- Verbesserung der Lebensqualität des städtischen Raumes,
- Verbesserung der Informationen zu Klimaschutz, Klimawandel und Klimaanpassung.

Damit endete das Projekt offiziell. Für Lahr war das aber nicht der Endpunkt, sondern der Auftakt zur Verwirklichung der einzelnen Ziele und Maßnahmen. Die Stadt Lahr hat deshalb den Austausch mit den Fachleuten in Alajuela fortgesetzt, damit im direkten Kontakt und Dialog weiterhin Wissen und Expertise ausgetauscht werden. So konnten in der Folgezeit gemeinsame Förderanträge erarbeitet, abgestimmt und erfolgreich eingereicht werden. Dies ist sehr wichtig, denn die Umsetzung von Maßnahmen ist stark abhängig von der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen; insbesondere bei den finanziellen Mitteln ist eine Unterstützung durch Förderprogramme erforderlich.



Die Städtepartner Lahr und Alajuela haben gemeinsam ein Handlungsprogramm zum Klimaschutz erarbeitet, das in den nächsten Jahren umgesetzt werden soll

GEMEINSAME PROJEKTE

Mit Förderung aus der BMZ Fazilität „Emissionsminderung, Anpassung an den Klimawandel, Wald- und Biodiversitätserhalt“ wird von 2015 bis 2017 das Projekt „Nachhaltige Optimierung des Abwassermanagements für die Bürger und Umwelt von Alajuela“ umgesetzt. Das Abwassernetz sowie die dezentralen Kläranlagen in Alajuela haben ihre Leistungsgrenze überschritten beziehungsweise sind in einem maroden Zustand und nicht mehr voll funktionsfähig. Mit den vorhandenen Grundlagendaten aus Alajuela und dem Fachwissen aus Lahr, sowie mit Unterstützung von kommunalen Experten und lokalen Firmen, soll bei mehreren dezentralen Kläranlagen mit mangelhaften Abflusswerten neue Technologie und Technik hinzugefügt werden und bei einer weiteren Kläranlage eine kommunale Annahmestelle für Abwasser/Schlamm aus den privaten Klärgruben eingerichtet werden, so dass zukünftig die nationalen Abwassergrenzwerte eingehalten und die Belastung für Umwelt, Natur, Klima und Bevölkerung vermindert werden.

Aus der gleichnamigen Fazilität wird von 2016 bis 2018 das Projekt „Nachhaltiger Schutz der Trinkwasserquellen für die Bevölkerung von Alajuela durch Aufforstung und Umweltbildung“ gefördert. Die Trinkwasserversorgung von Alajuela beruht überwiegend auf ein paar ungeschützten Quellgebieten in den Ausläufern der benachbarten Vulkangebiete. Zur Verbesserung der kommunalen Daseinsvorsorge sollen die Quellen vor Beeinträchtigungen geschützt werden. Durch Aufforstung der Gebiete sollen der Boden, das Grund- und das Quellwasser außerdem besser geschützt und der ursprüngliche Lebensraum Bergregenwald langfristig wieder hergestellt werden. Zusätzlich soll der Bevölkerung der wichtige Themenbereich „Grundwasser = Quellwasser = Trinkwasser = Lebensmittel Nummer Eins“ durch Umweltbildungsmaßnahmen in Theorie und Praxis (zum Beispiel Bepflanzung von Trinkwasserquellgebieten) näher gebracht werden.

Des Weiteren nehmen beide Kommunen an dem Programm ASA-Kommunal SüdNord 2016 teil. Mit diesem Austauschprogramm für junge Menschen gibt es für mehrere Monate eine



Wie die dezentralen Kläranlagen in Alajuela funktionieren, wird direkt vor Ort erkundet

personelle und inhaltliche Unterstützung für die entwicklungs-politische Projektarbeit. Inhaltlich soll das Ziel der „Verbesserung des Wissens über die kommunalen Klimafolgen“ bearbeitet werden. Es sollen mögliche Auswirkungen des Klimawandels auf die jeweilige Kommune aufgezeigt und mögliche Klimaanpassungsmaßnahmen dargestellt werden.

POSITIVE BILANZ

Lahr und Alajuela haben durch die thematische Zusammenarbeit von den Kenntnissen und Erfahrungen des Partners gelernt und Nutzen gezogen. Die Klimapartnerschaft hat zu einem intensiven Kontakt und einem fachlichen Austausch der beiden Verwaltungen und wichtiger lokaler Akteure geführt. Außerdem kam es zu einer wertvollen Vernetzung der Experten und Aktiven in der Region, was zu neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit führt. Die gemeinsame Erarbeitung der Handlungsprogramme, die konkrete gegenseitige Projektentwicklung und -umsetzung sowie das Anstoßen nachhaltiger und selbsttragender Entwicklungen sind wesentliche Schritte, die zu einer langfristigen Weiterentwicklung und zu guten Ergebnissen der Klima- und Städtepartnerschaft führen werden.

KONTAKT

Manfred Kaiser
 Stabsstelle Umwelt
 Stadt Lahr
 Rathaus 2
 Rathausplatz 7
 77933 Lahr
 Tel.: 07821 910-0621
 Fax: 07821 910-0672
 E-Mail: manfred.kaiser@lahr.de
 Internet: www.lahr.de





Menschen mit Migrationshintergrund sollten selbstverständlich in die internationale Arbeit einer Kommune eingebunden werden

Migration und Entwicklung zusammen denken

Migration als Handlungsfeld kommunaler Entwicklungszusammenarbeit

VON DOREA PFAFFEROTT, PROJEKTLEITERIN FÜR MIGRATION UND ENTWICKLUNG
BEI DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Städte, Gemeinden und Landkreise sowie Migrantenorganisationen und Eine Welt-Akteure engagieren sich vielerorts bereits gemeinsam dafür, globale Themen auf die kommunale Agenda zu setzen. Durch die Zusammenarbeit, die Einbindung der Kompetenzen und Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten sowie Eine Welt-Akteuren gewinnt die kommunale Entwicklungspolitik an Profil. Das kulturelle Verständnis auf beiden Seiten wächst durch gemeinsame Ziele und gemeinsame Projekte.

Was auf lokaler Ebene in die Praxis umgesetzt wird, wird von der Landespolitik unterstützt. 2008 hat die Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer (MPK) auf ihrer Jahreskonferenz in Dresden darauf hingewiesen, dass Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen gestaltet werden muss. In dem Beschluss definieren die Länder den Zusammenhang von Migration, Integration und Entwicklungspolitik als eines ihrer zentralen Handlungsfelder. In der Akti-

vierung und Beteiligung der in Deutschland lebenden Diaspora wird eine Chance gesehen, die wirtschaftliche und kulturelle Kooperation mit Ländern des Globalen Südens zu intensivieren und die Kompetenz der Migrantinnen und Migranten als Mittler zu stärken. In der Vorbereitung dieses Beschlusses hatten sich insbesondere die kommunalen deutschen Spitzenverbände engagiert, die in der Folge weiterführende und konkretisierende Beschlüsse und Empfehlungen herausgegeben haben.

HERAUSFORDERUNG IN KOMMUNEN

Die Einbindung von entwicklungspolitisch engagierten Migrantenorganisationen in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird teilweise bereits praktiziert. Dies sollte selbstverständlich sein, machen Menschen mit Migrationshintergrund doch in vielen deutschen Städten 30 bis 40 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner aus.

Doch viele Kommunen stehen noch am Anfang: Die Themen Migration und Entwicklung werden nicht gemeinsam gedacht, sondern stehen unverbunden nebeneinander. Sie werden in unterschiedlichen städtischen Ämtern behandelt und selbst international ausgerichtete zivilgesellschaftliche Organisationen tun sich schwer, über Kulturfeste hinaus regelmäßig mit Migrantenorganisationen zusammenzuarbeiten. Dabei ist ein gegenseitiger Austausch und eine partnerschaftliche Kooperation nicht schwer umzusetzen und in den meisten Fällen ein klarer Gewinn für alle Beteiligten: Dies beweisen viele erfolgreiche kommunale Beispiele und Netzwerke, die von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt angeregt und kontinuierlich begleitet werden.

Seit dem Jahr 2007 unterstützt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Kommunen dabei, die Themen Migration und Entwicklung zusammen zu denken und die in den jeweiligen Handlungsfeldern aktiven Akteure miteinander zu vernetzen. Grundlegend hierbei war das im Jahr 2007 in Auftrag gegebene und 2012 aktualisierte Gutachten zu Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Hierbei wurde deutlich, dass ein integrativer Ansatz von lokaler Entwicklungspolitik, Integrationsförderung und Migrantenorganisationen positive Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern hervorruft.

GEWINN FÜR DEUTSCHLAND UND DIE HERKUNFTSLÄNDER

Es hat sich auch die praktische Erkenntnis durchgesetzt, dass Migrantinnen und Migranten für Entwicklungspolitik eine wichtige Rolle spielen: Sie können eine Art „Brückenbauer“ zwischen Ländern und Kulturen sein: Aufgrund ihrer Lebenserfahrung im Herkunftsland und in Deutschland haben sie Kenntnisse über jeweilige gesellschaftliche Rahmenbedingungen und können sich in Erwartungen und verschiedene Erfahrungshintergründe hineinversetzen und dazwischen vermitteln. Auch dadurch können Migrantinnen und Migranten die deutsche Seite gut dabei beraten, wie sie den Partnern auf Augenhöhe begegnen kann und hierzu bereite Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure bei der wichtigen interkulturelle Öffnung ihrer entwicklungspolitischen Arbeit unterstützen.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist die Wirkung auf die Entwicklung in den Herkunftsländern, denn die Vernetzung und der gegenseitige Austausch sind als wechselseitiger Lernprozess zu verstehen. Wenn hierdurch kommunale Entwicklungsprojekte effizienter und effektiver durchgeführt werden, profitiert davon auch das Herkunftsland: Die Investitionen in Personal, Infrastruktur

und ehrenamtliche Unterstützung zeigen mehr Wirkung, es gibt weniger Reibungsverluste durch mögliche Missverständnisse oder ungeklärte unterschiedliche Erwartungen, bedingt durch Unkenntnis der gesellschaftlichen und kulturellen Kontexte im Partnerland. Gute Beispiele sind etwa der Austausch von kommunalen Fachexpertinnen und -experten und sich entwickelnde Schul- und Kulturpartnerschaften.

Der dritte Bereich betrifft die erfolgreiche Integration und Kommunikation in der Kommune: Im Falle einer konstruktiven Zusammenarbeit der Akteure entsteht auch für das entwicklungspolitische Engagement der Migrantenorganisationen vermehrt Anerkennung, Respekt und Unterstützung in der Kommune, etwa in Form von zusätzlichen Spenden, weiteren Kooperationsangeboten oder Unterstützung bei der Vereinsorganisation. Eine geglückte Kooperation zwischen Diaspora und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit leistet somit immer auch einen positiven Beitrag zur Integration und zur interkulturellen Öffnung der Kommune.

UNTERSTÜTZUNG DURCH SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Für Kommunen, die solche Prozesse anstoßen möchten, bietet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt kostenlose Beratung an und unterstützt den Beginn des Vernetzungsprozesses durch Bestandsaufnahmen der lokalen Akteurslandschaft und Auftaktworkshops. Unerlässlich ist jedoch, dass für die zivilgesellschaftlichen Akteure des Projektes feste Ansprechstrukturen in der Verwaltung geschaffen werden und langfristig die Akteure vor Ort die Federführung übernehmen. Denn zentrales Ziel aller Vorhaben ist es, dauerhafte Kooperationsstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Deshalb muss sich das Interesse an einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe von den lokalen entwicklungspolitischen Initiativen wie von den Verwaltungsakteuren gleichermaßen als dauerhaft und ehrlich erweisen. Denn Migrantenorganisationen wollen auf keinen Fall nur dazu benutzt werden, die Partnerschaft irgendwie „bunter“ zu machen, das Kulturprogramm auszuschnürceln oder exotisch zu kochen, sondern sie wollen strukturell einbezogen werden.

Wie bedeutend eine strukturelle Verankerung des Themas in der Kommune für positive Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Handlungsfeldern ist, stellen die Autoren des Gutachtens zu Migration und kommunaler Entwicklungspolitik von 2012 fest: Eine „Legitimation von oben“ durch bundes- oder landespolitische Signale stärkt die lokalen Akteure und nur verbindliche Kooperationen sichern die Nachhaltigkeit, insbesondere durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen.



Das bundesweite Netzwerk Migration und Entwicklung fördert den Erfahrungsaustausch zwischen entwicklungspolitische aktiven Akteuren und Migrantenorganisationen vor Ort

NETZWERK MIGRATION UND ENTWICKLUNG

Um den Erfahrungsaustausch zwischen den an diesen Öffnungsprozessen aktiven Kommunen zu ermöglichen und das Thema Migration und Entwicklung in die Breite zu tragen, hat die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt 2011 ein bundesweites Netzwerk ins Leben gerufen, in dem sich engagierte kommunale Akteure austauschen und gegenseitig stärken können. Das bereits fünfte bundesweite Treffen des Netzwerkes Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene fand im Oktober 2015 mit mehr als 70 Teilnehmenden aus 50 Städten und Gemeinden in Dortmund statt.

Erstmals fanden im Jahr 2015 auch regionale Netzwerktreffen statt, da die Chancen und Herausforderungen der kommunalen Entwicklungspolitik in den verschiedenen Regionen Deutschlands häufig sehr unterschiedlich sind. Eine Vernetzung und ein Austausch auf regionaler Ebene bietet allen Akteuren die Möglichkeit, die kommunale Entwicklungspolitik in ihrer Region und im Gesamten bundesweit zu stärken.

In den Diskussionen bei den verschiedenen Netzwerktreffen wird deutlich: Das Thema ist wichtig und es gibt viele wertvolle Erfahrungen. Allerdings stehen die Kommunen immer wieder vor ähnlichen Herausforderungen. Eine Vernetzung der verschiedenen kommunalen Stellen sowie der unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteure bedeutet oft nicht weniger als die Verbindung bislang recht getrennter Welten. Hier hilft es, aus den Erfahrungen anderer zu lernen und gute Praxisbeispiele aus anderen Kommunen an die eigenen Gegebenheiten anzupassen.

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist es wichtig, dass Migration zu einem

Gewinn für alle Beteiligten wird: für die Migrantinnen und Migranten, für die Kommunen ihrer Herkunftsländer und für Kommunen, in denen sie leben. Daher stellt das BMZ zur Stärkung des Handlungsfeldes mehr Mittel bereit und hat das Team „Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Jahr 2014 personell deutlich gestärkt, sodass neue Angebote umgesetzt werden können.

So wird in Nordrhein-Westfalen als Pilotprojekt mittels eines gezielten Trainings ein Pool von Beraterinnen und Beratern mit Migrationshintergrund aufgebaut, die Kommunen bei der interkulturellen Ausrichtung ihres entwicklungspolitischen Engagements unterstützen. Auch zum aktuellen Thema Flucht werden Angebote entwickelt: Ende 2015 erscheint ein Gutachten,

in dem Handlungsempfehlungen für die Einbindung von Flüchtlingen in die kommunale Entwicklungspolitik und konkrete Ideen für Pilotprojekte formuliert werden.

Im September 2014 wurden im Rahmen des Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ erstmalig besonders engagierte Kommunen für erfolgreiche gemeinsame Projekte mit Migrantenorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgezeichnet. Hierdurch wurde das vielfältige Engagement der Beteiligten in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, um so auch Akteure in anderen Kommunen zu motivieren, sich im Bereich Migration und Entwicklung zu engagieren. Und so freuen wir uns auf die Teilnahme zahlreicher Kommunen mit erfolgreichen Beispielen, wenn der Wettbewerb in 2016 erneut ausgetragen wird.

KONTAKT

Dorea Pfafferott
 Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
 Engagement Global
 Tulpenfeld 7
 53113 Bonn
 Tel.: 0228 20717-345
 E-Mail: dorea.pfafferott@engagement-global.de
 Internet: www.service-eine-welt.de/migration

Beispiele guter Praxis: www.service-eine-welt.de/migration/migration-praxisbeispiele.html

Partnerschaft mit viel Potenzial

Wernigerode und Hoi An in Vietnam

VON PETER GAFFERT, OBERBÜRGERMEISTER DER STADT WERNIGERODE

Die Partnerschaft zwischen Wernigerode und Hoi An besteht seit Juli 2013 und ist die erste Städtepartnerschaft einer deutschen mit einer vietnamesischen Stadt. Die Vietnamesen bilden die größte Einwohnergemeinschaft Wernigerodes. Vielfältige kulturelle, soziale und gemeinwohlorientierte Kooperationen bestehen auf kommunaler Ebene mit der „vietnamesischen Community“, die bereichernd für das Leben in der Stadt sind. Beispielgebend ist die Integration der vietnamesischen Kinder in Schulen und Vereinen.

AUF DEM WEG ZUR PARTNERSCHAFT

Ausgehend vom Jubiläum „30 Jahre Aufnahme diplomatischer Beziehungen BRD-Vietnam“ im Jahr 2011 hat sich die Botschaft Vietnams mehrfach an die Stadt Wernigerode gewendet mit dem Ziel, eine deutsch-vietnamesische Partnerschaft entstehen zu lassen. Der Beschlussfassung im Stadtrat im Frühjahr 2013 ging eine lebendige Diskussion voraus, die insbesondere die Ziele der Partnerschaft festlegen und den zu erwartenden „Gewinn“ daraus bemessen haben wollte. Letztlich hat sich der Stadtrat trotz hoher zu erwartender Kosten etwa für Reisen und Dolmetscher mit großer Mehrheit für eine Partnerschaft ausgesprochen. Ziele der Partnerschaft sollen unter anderem der Austausch in den Bereichen Bildung, Kultur, Tourismus und Umweltschutz sowie der Ausgleich des Fachkräftemangels in Deutschland sowie die Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vietnam sein. Eine herausgehobene Bedeutung kommt in der Partnerschaft dem letztgenannten Punkt, der Berufsqualifizierung, zu.

Der Bereich Städtepartnerschaften ist bei der Stadt Wernigerode zentral im Büro des Oberbürgermeisters angesiedelt. Darüber hinaus besteht ein ehrenamtlich agierendes Netzwerk, das von zwei Vereinen im Bereich der Partnerschaftsarbeit unterstützt wird. Hierzu zählt der Verein „Wernigeröder Interkulturelles



Hunderte handgefertigte Lampions aus Hoi An schmückten beim Lampionfest im Juli 2013 die Altstadt von Wernigerode

Netzwerk“ und die Arbeitsgruppe „Städtepartnerschaften“ im Geschichts- und Heimatverein Wernigerode e. V. Nur mit diesem Netzwerk ist es möglich, die Arbeit mit den insgesamt vier Städtepartnern Wernigerodes interdisziplinär auszurichten und die Pflege der Partnerschaft aufrecht zu erhalten. Die Partner in Vietnam haben zum Teil durch Studien- und Ausbildungsaufenthalte in der ehemaligen DDR sehr gute Deutschkenntnisse. Somit ist eine Kommunikation einfacher möglich als zuvor angenommen. Trotzdem ist der Anteil administrativer Arbeit im Bereich der Partnerschaft (zum Beispiel Visa) äußerst hoch.

PARTNERSCHAFT FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Der Klimawandel ist eine weltweite Herausforderung, denn hier sind – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – alle Kontinente betroffen. Aus diesem Grund hat Wernigerode sich erfolgreich für das Projekt „50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ beworben. Das Projekt wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21



Gesangs- und Tanzgruppen präsentierten auf dem Lampionfest traditionelle vietnamesische Kultur

NRW (LAG 21 NRW) seit 2011 durchgeführt. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Landkreistag unterstützen das Projekt. Ziel des Projekts ist es, die fachliche Zusammenarbeit Wernigerodes und Hoi An in den Bereichen Klimaschutz und Klimaanpassung zu stärken. Die Themen sollen dabei systematisch in die bestehende kommunale Partnerschaftsarbeit integriert werden. Dazu werden mit Unterstützung der Träger gemeinsame Handlungsprogramme entwickelt und die Umsetzung initiiert. Im Rahmen dieser fachlich begleiteten Partnerschaft ist es für die Partnerkommunen einfacher, Projekte zu entwickeln, Förderungen zu beantragen und den Austausch zu organisieren. Ein konkreter Bedarf in Hoi An ist die Umstellung auf erneuerbare Energien im Hinblick auf die Nachtbeleuchtung von traditionellen dekorativen Hoi An-Seidenlampions und zur Beschallung mit klassischer Musik in der als Weltkulturerbe anerkannten Altstadt Hoi An. Hierzu werden wir in den nächsten Wochen einen konkreten Projektantrag erarbeiten und zur Förderung einreichen.



Als Friedenszeichen ließen Oberbürgermeister Peter Gaffert und sein vietnamesischer Amtskollegen Lê Văn Giảng weiße Tauben in den Himmel fliegen

ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH PFLEGE UND BERUFSAUSBILDUNG

Die Initiatoren der Partnerschaft sahen von Anfang an erhebliches Potenzial für die Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Daseinsvorsorge. Der Demografische Wandel sorgt in den ländlichen Regionen Deutschlands zunehmend für einen Engpass in den Bereichen Altenpflege und Hotellerie/Gastronomie. Während die Zahl älterer Menschen, insbesondere die der Hochaltrigen, und damit auch der Bedarf an Pflege, ständig wächst, gibt es immer weniger Fachpersonal in den Pflegeberufen. Durch die zunehmende Individualisierung der Menschen und dem Trend zur Flexibilisierung im Berufsleben stehen darüber hinaus der immer größer werdenden Gruppe der Pflegebedürftigen immer weniger Angehörige zur Verfügung.

Dieser Trend ist in Vietnam noch nicht so stark wie in Deutschland; traditionelle Familiengemeinschaften sind in dem asiatischen Land noch deutlich häufiger zu finden. Doch zeichnet sich auch dort vor allem in den größeren Städten bereits ein Wandel ab, der in Zukunft zu Pflegeengpässen führen kann.



Die erste deutsch-vietnamesische Städtepartnerschaft besteht seit Juli 2013 zwischen Wernigerode und Hoi An

Seit einigen Jahren nimmt das Angebot an Ausbildungsplätzen im Pflegebereich in Vietnam zu, während der Bedarf nicht in gleichem Tempo steigt. Während also in Vietnam gut ausgebildete Pflegekräfte keine Stellen finden, fehlen in Deutschland zunehmend Pflegefachkräfte. Es gibt erste Überlegungen zu einem Kooperationsprojekt zur Zusammenarbeit im Pflegebereich, die derzeit weiterentwickelt werden.

Durch den intensiven Austausch in diesen Bereichen werden die partnerschaftlichen Beziehungen intensiviert und inhaltlich vertieft.

KONTAKT

Stadtverwaltung Wernigerode
 Marktplatz 1
 38855 Wernigerode
 Tel.: 03943 654-0
 E-Mail: info@wernigerode.de
 Internet: www.wernigerode.de/de/hoi-an-vietnam.html



WETTBEWERB KOMMUNE BEWEGT WELT

Im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt – Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung“ werden alle zwei Jahre Projekte und Maßnahmen zum Thema Migration und Entwicklung ausgezeichnet, bei denen Kommunen mit Migrantenorganisationen und anderen Eine Welt-Akteuren zusammenarbeiten. Der Wettbewerb, der 2014 erstmals von Engagement Global ausgelobt und von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt durchgeführt wurde, steht unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller.

Die nächste Runde des Wettbewerbs ist 2016 geplant. Bewerben können sich dann wieder Städte, Gemeinden und

Landkreise, die gemeinsam mit Migrantenorganisationen und weiteren Eine Welt-Akteuren im Handlungsfeld Migration und Entwicklung auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten. Das sind Migrantenorganisationen – also Netzwerke, Vereine, Verbände, internationale Clubs und lockere Zusammenschlüsse, die von Menschen mit Migrationshintergrund gegründet und repräsentiert werden – sowie Eine Welt-Vereine, Partnerschaftsvereine, Kirchen, Schulen oder Initiativen, die sich entwicklungs- politisch engagieren oder in diesem Bereich arbeiten.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“: www.engagement-global.de/wettbewerb-kommune-bewegt-welt.html



Der Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ wurde erstmals im Jahr 2014 erfolgreich durchgeführt

Engagement zu beiderseitigem Nutzen

Deutsche (kommunale) Unternehmen und kommunale Entwicklungszusammenarbeit

VON DR. KLAUS NUTZENBERGER, DIREKTOR DES EUROPABÜROS
DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES IN BRÜSSEL

Die Tage, an denen man auf kommunaler Seite mit dem Thema „Entwicklungszusammenarbeit deutscher kommunaler Unternehmen“ mit Partnern des Globalen Südens relative Begeisterungstürme auslöste, scheinen bis in jüngster Zeit einer vergangenen Epoche anzugehören. Einer Epoche, die durch das Schlagwort der „Einen Welt“, das es ja auch heute noch gibt, geprägt war und die sich zum Ziel gesetzt hatte, endlich die Folgen der europäischen und der indirekten US-amerikanischen Kolonisation vergangener Jahrhunderte zu mildern.

Es waren die Zeiten, die noch von den Ideen John F. Kennedys, Willy Brandts und Olof Palmes lebten, die sich alle einem „gemeinsamen“ Fortschritt verbunden fühlten. Ziel sollte es sein, die Entwicklungsländer möglichst rasch an die euro-amerikanische Wirtschaftsentwicklung anzupassen. Wichtiges Kriterium war dabei wenigstens die Flankierung durch uni- oder multilaterale, „staatliche oder gemeinwohlorientierte“ Teilhabe beziehungsweise Initiative und diese wiederum in Bereichen, die man mit dem Begriff „Daseinsvorsorge plus Ausbildung“ grob umschreiben kann. Die Energie- und Wasserversorgung beziehungsweise -entsorgung nahmen dabei immer einen besonderen Raum ein. Gerade hier sollte der Globale Norden dem Globalen Süden helfen.

Dieses – nennen wir es „öffentlich-rechtliches“ Konzept – ist auch heute noch eine der Grundlagen vieler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durch kommunale Unternehmen. Finanziert werden sie meist durch öffentliche Gelder. So gab allein Deutschland (OECD 2012) in den letzten Jahren immerhin um die 13 Milliarden Dollar für die Entwicklungszusammenarbeit aus, die wiederum etwa zu 60 Prozent in Projekte des Bereiches „bilaterale Entwicklungsprojekte und technische Kooperation“ flossen. Über den Erfolg und Misserfolg dieser Projekte im Ausland wird übrigens seit jeher immer wieder von kompetenter und nicht kompetenter Stelle gestritten. Es ist hier nicht der Ort, diese Diskussion weiter zu führen. Die Inhalte der Vorwürfe lassen sich jedoch mit den Begriffen „Korruption, Vetternwirtschaft und Ineffizienz“ umschreiben.

PRIVATINTERESSE ALS MOTOR DER EZ?!

Dem genannten Grundkonzept trat im Laufe der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts ein anderes Konzept entgegen oder wenigstens

an die Seite, das Entwicklungszusammenarbeit stärker – wenigstens auf der Seite der Anbieter – durch private Interessen gelenkt sehen wollte. Die Formel der Anhänger dieser Alternative lautete: Es muss wirtschaftlich erst eine „Win-win“-Situation entstehen und dann entwickeln sich die Projekte fast von selbst. Das Privatinteresse ist der wahre Motor der Entwicklungszusammenarbeit.

Gedanklich untermauert wurden diese Thesen durch die Wirtschaftstheorien der sogenannten Chicago Schule (Chicago-Boys) von Milton Friedman und seinen Epigonen. Im Zuge der Auswirkungen seiner Theorien engagierten sich in der Tat auch manche „öffentliche“ Unternehmen in Projekten, die zur Daseinsvorsorge gehörten. Basis dieser Projekte war jedoch nicht mehr allein der humanitäre Auftrag unter der Bedingung der eigenen Kostendeckung, sondern ebenso sehr und vielleicht an erster Stelle der finanzielle Gewinn und damit die Privatisierung der Dienstleistung an sich.

Auch hier wird oft über die Ergebnisse gestritten, denn die so „gestrickten“ Initiativen erbrachten zum Teil positive (Singapur, vor allem auch technischer Fortschritt) wie auch negative Ergebnisse (La Paz/Bolivien). Durch die Gazetten gingen allerdings um das Jahr 2000 insbesondere die Vorkommnisse in Bolivien. So wurde hier die Wasserversorgung von La Paz von der Firma Aguas de Illimani S.A. durchgeführt, die gewinnorientiert agieren sollte. Sie gehörte letztendlich dem französischen Mischkonzern Suez Lyonnaise des Eaux (heute Gaz de France-Suez), nicht nur einer der weltweit größten Unternehmen im Wasserbereich, sondern auch der kommunale Wasserversorger Frankreichs schlechthin. Die „Öffentlichen“ sollten also in Bolivien Gewinne erzielen. Wegen enormer Preiserhöhungen durch das Unternehmen unmittelbar nach der Geschäftsübernahme kam es jedoch zu politischen Unruhen in dem Andenland. Ähnliches wird übrigens auch von den Philippinen (Manila, zwölf Millionen Einwohner) berichtet – hier jedoch wegen angeblicher hygienischer Probleme bei der Wasserversorgung und nicht wegen Preiserhöhungen. Zudem war der Anbieter ein anderer (Bechtel, USA).

Diese doppelten komplexen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte liegen nun den heutigen öffentlichen Unternehmen vor, wenn ihre politische Führung entschieden hat, Entwicklungspartnerschaften einzugehen.

Das bewährte Instrument der Integrierten Fachkräfte bietet für Kommunen die Möglichkeit, ihre bereits bestehenden Partnerschaften weiterzuentwickeln



Unabhängig von der Zielsetzung der Projekte (Humanität/Kostendeckung – finanzieller Gewinn) ist jedoch gerade für die öffentlichen Unternehmen zunächst einmal die Frage zu beantworten, ob sie bei einem Projekt, das auf Gewinnerzielung geeicht ist, die internationalen Handelsregeln (unter anderem GATS) einhalten und – eigentlich die Kernfrage – ob der Zweck oder die Aufgabe ihres Unternehmens mit dem Projekt kompatibel ist. Dies ist übrigens unabhängig von der Zielsetzung des Projektes zu sehen. Sind diese Fragen beantwortet, dann steht einem Start prinzipiell nichts entgegen. Das jeweilige Unternehmen kann sich entweder an der Projektausschreibung durch die meist staatliche Förderstelle in Deutschland (oder EU oder UN) oder an der öffentlichen Ausschreibung des interessierten Landes beteiligen.

INTEGRIERTE FACHKRÄFTE FÜR KOMMUNEN

Die Erfahrung zeigt, dass bei der Planung der Projekte eine wertvolle Hilfestellung durch sogenannte Städteplattformen erfolgen kann, die es fast für jede Region auf der Welt gibt. So gibt es zum Beispiel eine Reihe von Plattformen für den Nahen Osten oder die Ukraine. Auch hilft es, auf die Erfahrungen der kommunalen Personalvermittlung zurückzugreifen (Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit, IFKW) oder sich einmal die verpflichtenden Berichte nach der Abwicklung eines Förderprogramms anzusehen. Fehler und Fehlentwicklungen können hier vermieden werden und ersparen viel Geld und Mühe.

KOMMUNALE PARTNERSCHAFTEN ALS BASIS

Hat man dies alles hinter sich gelassen, dann kann man wohl grundsätzlich behaupten, dass die öffentlichen Unternehmen dann oft ein besonders günstiges Umfeld für ihr Vorhaben antreffen, wenn in dem jeweiligen Land oder der Region aktive kommunale Partnerschaften existieren. Diese verbinden die Menschen, fördern

den direkten Austausch und sind selbst dann wertvoll, wenn sie Themen behandeln, die nur im Umkreis des Projektes anzusiedeln sind (zum Beispiel Klimapartnerschaften für Nachhaltigkeitsziele). Kurzum: Kommunalpartnerschaften verbreitern und vertiefen das soziale Spielfeld, das die anvisierten Projekte zur Durchführung auch benötigen. Sie bringen den Projektträger näher zu seinem idealen Ziel, wie der „Fisch im Wasser“ agieren zu können.

Doch vernachlässigen wir auch nicht den Eigennutz für die kommunalen Unternehmen und ihr Land, der sich durch ihr Handeln ergibt und der auch dem eigenen Management unersetzliche Erfahrungen bringt. So sind Aktivitäten von deutschen kommunalen Unternehmen außerhalb der EU vor allem Teil der deutschen Außenpolitik. Sie sichern die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und fördern politische Freundschaften. Beispielsweise ist das – im Vergleich zu anderen westlichen Staaten – immer noch im Grunde stabile Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Schlüsselstaat des mittleren Ostens, dem Iran, unter anderem Frucht der jahrzehntelang bestehenden „Projektbeziehungen“ zwischen beiden Ländern. Ähnliches ließe sich über manche lateinamerikanische Länder sagen. Das Verhältnis ist natürlich nicht nur wegen dieser Beziehungen relativ konstant, aber eben auch deshalb. Weiter öffnen die beschriebenen Aktivitäten dem Heimatland wirtschaftliche Beziehungen über den eigentlichen Projektrahmen hinaus. Haben die Partnerländer erst einmal gute Erfahrungen mit deutschen Produkten, deutschem Know-how und deutscher Art und Weise, Ziele umzusetzen, gemacht, so projizieren sie dies auch auf andere Branchen der deutschen Wirtschaft. Und – zu guter Letzt – vergessen wir eines nicht: Man kann mit manchen Projekten auch Geld verdienen. Das gilt zum Beispiel auch für die erneuerbare Energie, bei der öffentliche Unternehmen aus Deutschland führend sind.



Mitarbeiter und Geschäftsführung der Stadtwerke Ettlingen GmbH standen ihren afghanischen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite



Der Alltag der Afghaninnen und Afghanen ist seit Jahren von Krieg und Zerstörung geprägt

Von Ettlingen nach Kabul Wiederaufbau der Wasserversorgung in Afghanistan

VON EBERHARD OEHLER, GESCHÄFTSFÜHRER DER STADTWERKE ETTLINGEN GMBH

Anfang des Jahres 2002 hatte Afghanistan für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtwerke Ettlingen GmbH (SWE) vermutlich dieselbe Bedeutung wie für die Angehörigen eines jeden anderen Energie- und Wasserversorgungsunternehmens. Afghanistan wurde in Ettlingen unmittelbar mit dem 11. September 2001 und der danach einsetzenden Jagd der US-Streitkräfte auf Osama bin Laden verbunden.

Dies änderte sich im März 2002, nachdem die Geschäftsleitung der SWE angefragt wurde, ob sie sich an einer Ausschreibung zum Wiederaufbau der Wasserversorgung in Kabul beteiligen wolle. Es handelte sich dabei um ein Projekt der KfW Bankengruppe in Frankfurt. Der Projekttitle „Immediated Assistance for Kabul Water Supply Service“ machte deutlich, dass es sich um eine Art „Erste-Hilfe-Maßnahme“ zur Wiederherstellung einer Trinkwasserversorgung in der afghanischen Hauptstadt Kabul handelte.

Die Anfrage nach einer Zusammenarbeit löste, da auch ein erheblicher Entscheidungsdruck bestand, zunächst die Suche nach geeignetem Personal aus, welches auch bereit sein musste, solch einen außergewöhnlichen Auslandseinsatz anzunehmen. Zwei Mitarbeiter wurden seitens der Geschäftsführung angesprochen. Nach einer intensiven Informationsrecherche und ausführlichen Gesprächen auch mit Personen, die die aktuelle Situation vor Ort persönlich kannten, kam man zum Ergebnis, dass zwei Netzbetriebsmeister sowie der Autor dieses Beitrags, bereit

waren, den Auftrag für die SWE gegebenenfalls zu übernehmen. Anfang April 2002 war der Auftrag im Haus und die erste Reise nach Afghanistan erfolgte.

ERSTE REISE NACH AFGHANISTAN

„Wasser ist nichts, wenn du es nicht hast!“ Dieses Sprichwort der Tuarek hatte für uns aus Ettlingen über all die Zeit, in der wir in der Wasserversorgung tätig sind, mehr symbolische Geltung. Die ersten Tage in Kabul sorgten dann aber dafür, die Bedeutung dieser Worte richtig einzuordnen. Eine Stadt mit rund zweieinhalb Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern zu erleben, in der ein Haus mit funktionierender Wasserversorgung eine absolute Rarität und eigentlich sogar schon Luxus ist, machte die Unterschiede zum heimatlichen Ettlingen überdeutlich.

Die ersten Begegnungen mit den afghanischen Kollegen waren nicht nur davon geprägt, sich erste Kenntnisse über den Zustand und den Umfang der vorhandenen Wasserversorgungssysteme zu verschaffen, sondern auch von dem Wunsch, mehr Informationen über die Lebensbedingungen der Afghanen zu erhalten. Bei den Eindrücken und Begegnungen wurde schnell klar, dass hinter diesem geschundenen Land 23 Jahre kriegsreiche Auseinandersetzungen liegen. 23 Jahre Krieg, teilweise von der Weltöffentlichkeit vergessen, dann wieder im Brennpunkt des Weltinteresses, bedeuten gleichzeitig, dass zwei Generationen



Eine Pumpstation mit deutscher Technologie aus den 1970er-Jahren ist zum Teil noch erhalten

von Afghaninnen und Afghanen nichts anderes als ein Leben unter Ausnahmebedingungen hinter sich haben.

Die fachliche Arbeit war zunächst davon geprägt, sich einen Überblick über den Zustand der Wasserversorgung zu verschaffen. Dabei wurde schnell deutlich, dass weite Teile der Stadt bis in die 1970er-Jahre hinein eine gut funktionierende Wasserversorgung hatten, die Ende der 1950er- und Anfang der 1960er-Jahre auch mit erheblichem technischem und personellem Know-how aus Deutschland aufgebaut worden war. Die technische Bestandsaufnahme gestaltete sich anfänglich sehr problematisch. Grund dafür waren vor allem Kommunikationsprobleme. Da nur die wenigsten afghanischen Kollegen über hinreichende Englischkenntnisse verfügten, mussten bei allen Besprechungen fast ausnahmslos Dolmetscher hinzugezogen werden.

Die nicht mehr oder nur sehr lückenhaft vorhandene Dokumentation des Leitungsnetzes und der technischen Unterlagen war ein weiterer Grund dafür, dass sich die Bestandsaufnahme schwierig gestaltete. Allerdings unterstützten die sehr engagierten afghanischen Kollegen von Anfang an im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Arbeit, um schnellstmöglich eine deutliche Verbesserung der Trinkwasserversorgung zu erreichen.

Durch erste kleinere Reparaturmaßnahmen gelang es schnell, gemeinsam mit Kollegen vor Ort einzelne Pumpanlagen wieder in Betrieb zu nehmen. Nachdem erste Ersatzteile aus Deutschland verfügbar waren, konnte im Juli 2002 auch die Transportleitung in die Innenstadt von Kabul nach über elf Jahren wieder stundenweise in Betrieb genommen werden. Dies bedeutete allerdings nicht, dass in allen Häusern wieder Wasser zur Verfügung stand, sondern lediglich, dass im Rahmen des Projektes eingerichtete oder rehabilitierte öffentliche Zapfstellen wieder ihre Funktion

INTEGRIERTE FACHKRÄFTE FÜR KOMMUNEN WELTWEIT (IFKW)

Im Rahmen des Programms „Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit“ (IFKW) vermittelt das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) deutsche und europäische Fachkräfte in kommunale Partnerschaften mit Kommunen des Globalen Südens. Das bewährte Instrument der Integrierten Fachkräfte bietet Kommunen die Möglichkeit, ihre bereits bestehenden Partnerschaften weiterzuentwickeln. CIM vermittelt im Auftrag der Bundesregierung seit über 30 Jahren Integrierte Fachkräfte aus Deutschland und Europa an lokale Arbeitgeber in Entwicklungs- und Schwellenländern. Integrierte Fachkräfte unterstützen durch gezielten Wissensaustausch und Vernetzung die Partnerländer dabei, ihre entwicklungspolitischen Ziele zu erreichen. Sie sind eng in die Strukturen vor Ort eingebunden und arbeiten in der Regel zwei bis drei Jahre bei einem lokalen Arbeitgeber. In einer kommunalen Partnerschaft begleiten sie konkrete Partnerschaftsprojekte und unterstützen diese fachlich. Außerdem bauen sie die Beziehungen zwischen den beteiligten Partnerschaftskommunen auf und aus.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Integrierte Fachkräfte für Kommunen weltweit:

http://www.service-eine-welt.de/integrierte_fachkraefte/integrierte_fachkraefte-start.html



erfüllten. Für die Bevölkerung bot das quartiernahen Zugang zu Wasser.

Für uns aus Ettlingen waren die ersten Monate der Arbeit in Kabul auch ein fortwährender Lernprozess. Wir waren gezwungen, uns schnell in unserer Arbeits- und Denkweise auf unser Gastland einzulassen. Weder der Ausbildungsstand unserer afghanischen Kollegen noch die Organisationsformen ließen es zu, mit unseren Arbeitsmethoden das Tagesgeschäft in Afghanistan anzugehen. Arbeitstempo, breitstehende Mittel, klimatische Bedingungen

aber auch religiös bestimmte Einflüsse wie der Ramadan sorgten neben einer völlig anderen Mentalität für sehr unterschiedliche Arbeits- und Tagesabläufe. Sich darauf einzustellen, war eine Grundvoraussetzung, um bei einem solchen Wiederaufbauprojekt in einem Krisengebiet erfolgreich sein zu können.

Für den Einzelnen bringt eine solche Herausforderung wie das Projekt Kabul neben vielen neuen Erfahrungen eine persönliche Befriedigung, da man mit seiner täglichen Arbeit und durch die Weitergabe seines eigenen Wissens, einen erkennbaren Beitrag leisten kann, um die Lebenssituation der Menschen vor Ort zu verbessern.

AUSLANDSAKTIVITÄTEN ALS GESCHÄFTSFELD

Die Erfahrungen aus dem Projekt in Afghanistan zeigen, dass Auslandsaktivitäten durchaus ein Geschäftsfeld für kleine und mittlere Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sein können. Einschränkend muss dabei aber auch gesagt werden, dass Einsätze im Ausland zumindest am Anfang nur in Partnerschaft mit entsprechenden Unternehmen möglich sind. Zudem müssen unternehmensintern einige wesentliche Voraussetzungen erfüllt werden.



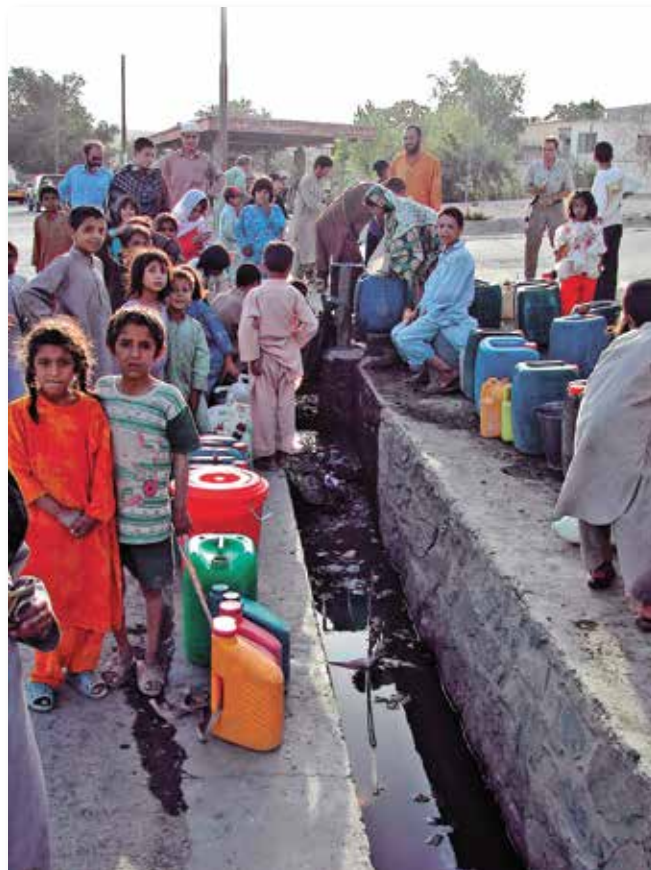
DER SENIOR EXPERTEN SERVICE

Der Senior Experten Service (SES) – die Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit – ist die führende deutsche Entsendeorganisation für ehrenamtliche Fach- und Führungskräfte im Ruhestand. Er bietet Menschen im Ruhestand die Möglichkeit, ihre Kenntnisse und ihr Wissen an andere Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie in Mittel- und Osteuropa, aber auch in Deutschland, weiterzugeben. Als ehrenamtlich tätige Senior Experten fördern sie dabei die Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften vorwiegend in kleinen und mittleren Industrie- und Handwerksbetrieben, Organisationen und auch Kommunen.

Zurzeit sind beim SES rund 11 000 ehrenamtliche Expertinnen und Experten registriert. Seit seiner Gründung im Jahr 1983 hat der SES mehr als 30 000 Einsätze in über 160 Ländern durchgeführt. Der SES arbeitet seit Anfang 2012 unter dem Dach von Engagement Global.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Senior Experten Service: www.ses-bonn.de



Die erste öffentliche Zapfstelle in Kabul konnte nach zehn Jahren wieder in Betrieb genommen werden

An erster Stelle zu nennen ist dabei die Bereitschaft der jeweiligen Geschäftsleitung und insbesondere der Aufsichtsgremien, solch ein Auslandsengagement mitzutragen. Zudem muss auch Personal verfügbar sein, das nicht nur geeignet, sondern auch offen dafür ist, Aufgaben an entsprechenden Einsatzorten zu übernehmen. Wichtig sind auch Fremdsprachkenntnisse zumindest in Englisch und/oder Französisch in Wort und Schrift. Da es sich bei den Einsatzgebieten überwiegend um Regionen in Entwicklungsländern handelt, müssen die Mitarbeiter auch bereit sein, während ihres Einsatzes Abstriche bei Komfort und Lebensqualität hinzunehmen. Unverzichtbar ist auch die Bereitschaft, sich auf die Mentalität und Kultur des Gastlandes einzulassen.

Daneben gilt es aber auch, betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen zu beachten. So ist etwa ein Auslandsengagement der SWE nur dann vorstellbar, wenn die kommerziellen Rahmenbedingungen des Projektes ein zumindest ausgeglichenes Ergebnis ermöglichen. Ein humanitäres Engagement im engeren Sinne unter Bereitstellung eigener finanzieller Ressourcen ist weder dem Aufsichtsgremium, noch der Kundschaft zu vermitteln. In unserem Unternehmen hat es sich auch als sehr wichtig erwiesen, dass das Afghanistan-Projekt nicht nur eine Sache der unmittelbar beteiligten Personen ist, sondern von der gesamten Belegschaft mitgetragen wird.

Mit dem Begriff „humanitärer Einsatz“ oder „Wiederaufbau“ hatten wir vor unserem ersten Aufenthalt in Afghanistan wohl etwas blauäugig „edle Motive“ verbunden. Vor Ort in Kabul mussten wir feststellen, dass bei über 200 registrierten Hilfsorganisationen das Thema „humanitärer Wiederaufbau“ ein knallhartes Geschäft sein kann. Nicht immer ist das Verhalten der Beteiligten geprägt vom Interesse der Empfänger. Hier haben unseres Erachtens gerade Unternehmen der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft die Chance, sich positiv herauszuheben. Ein Auslandsengagement ist für ein Unternehmen aus unserer Branche sicher kein Teil des Kerngeschäftes, damit ist auch kein signifikanter Einfluss auf das Unternehmensergebnis mit solch einem Projekt verbunden. Einer empfangenorientierten Arbeitsweise steht damit unsererseits nichts im Wege.

KONTAKT

Stadtwerke Ettlingen GmbH

Geschäftsführung

Hertzstraße 33

76275 Ettlingen

Tel.: 07243 101-603

E-Mail: gabriele.eberhardt@sw-ettlingen.de

Internet: www.sw-ettlingen.de/



EZ-SCOUTS — MITTLER ZWISCHEN WIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Als Motor für Entwicklung und politische Kraft ist die Wirtschaft ein zentraler Akteur und Partner in der internationalen Zusammenarbeit. Über Handel mit und Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern tragen deutsche Unternehmen zu deren Entwicklung bei. Sie schaffen neue Arbeitsplätze und erhöhen damit Einkommen und Lebensstandard der lokalen Bevölkerung, sie bieten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen an und sichern Sozial- und Umweltstandards. Durch ihre wirtschaftlichen Aktivitäten generieren sie zusätzliche Steuereinnahmen, die sozialstaatliches Handeln und staatliche Investitionen ermöglichen.

Um die Außenwirtschaftsförderung und die Entwicklungszusammenarbeit besser miteinander zu verzahnen, entsendet das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sogenannte „EZ-Scouts“ in Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern sowie Handwerkskammern. Die EZ-Scouts beraten im Auftrag des BMZ bundesweit deutsche Unternehmen zu den Fördermöglichkeiten, die das BMZ über seine Durchführungsorganisationen – wie zum Beispiel die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) als Teil der KfW-Bankengruppe oder die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH – für die private Wirtschaft bereitstellt.

Die EZ-Scouts helfen Unternehmen, relevante Förderungsmöglichkeiten zu identifizieren und vermitteln die zuständigen fachlichen und regionalen Kontakte in den Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Zudem vermitteln sie den Kontakt zu internationalen sowie lokalen Netzwerken und unterstützen bei der Entwicklung und Umsetzung konkreter Projektideen.

Zu den weiteren Angeboten und Fördermöglichkeiten des BMZ gehören unter anderem Kooperationsprojekte (develoPPP), Beratungsangebote etwa zur Umsetzung von Öko-Standards und Maßnahmen von verantwortungsvoller Unternehmensführung (corporate social responsibility) sowie die (Mit-)Finanzierung von Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern und der dazu erforderlichen Machbarkeitsstudien.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

BMZ-Angebote für die Wirtschaft:

www.bmz.de/de/mitmachen/Wirtschaft/index.html

Völkerverständigung im besten Sinne

Außenpolitik der Kommunen

VON UWE ZIMMERMANN, STELLVERTRETENDER HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER
DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

„Kommunale Außenpolitik“ – schon das Wort mag einen Diplomaten vielleicht aufschrecken, ist das Auswärtige nach altverstandener Art in Deutschland doch eine Sache des Bundes und nicht der Länder, schon gar nicht der Kommunen. Trotzdem gibt es sie – die Kommunale Außenpolitik. Und sowohl ihre Aktivitäten, als auch ihre Bedeutung gewinnen an Gewicht. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Wir leben im Zeitalter einer sich dynamisch fortentwickelnden Globalisierung, in der das Lokale, das Örtliche ebenfalls wichtiger wird.

Weltumspannende Mobilität, agile internationale Unternehmen, Informationstechnologie, Klimapolitik, öffentliche Gesundheit, Welthandelsbeziehungen oder Finanzmärkte: Die nationalen Grenzen bestehen, deren Bedeutung nimmt aber ab. Die Menschen sind zunehmend Weltbürger. Das Platzen einer Finanzblase in Amerika kann die europäische Wirtschaft ins Wanken bringen, eine Viruserkrankung auf einem anscheinend fernen Kontinent schon morgen auf einem deutschen Flughafen ankommen.

Die aktuelle Flüchtlingslage zeigt uns allen zudem, wie sehr wir miteinander verwoben sind, auch über Kontinente hinweg. Krisen, Kriege und Nöte bewegen große Zahlen von Menschen zur Flucht, mehr als 60 Millionen Menschen derzeit weltweit. Viele wollen nach Europa und nicht zuletzt nach Deutschland, weil sie sich hier Sicherheit und Perspektiven versprechen. Das zeigt, dass die globalen Risiken und Herausforderungen auch jede Gemeinde bei uns in Deutschland betreffen. Die Kommunen leisten enorm viel, um die Unterbringung, Versorgung und nun auch die Integration der nach Deutschland geflüchteten Menschen zu schaffen. Und das Interesse aller Kommunen an einer global ausgerichteten ganzheitlichen Politik, an der Bekämpfung auch von Fluchtursachen wird uns allen in diesen Tagen deutlich vor Augen geführt. Krieg, Gewalt, Vertreibung und Armut sind wichtige Fluchtursachen unserer Zeit. Und die Flucht vor dem Klimawandel und dessen Folgen sind absehbare Szenarien. Dies unterstreicht die Forderung nach einer umfassend nachhaltigen globalen Politik.

Vor der Internationalisierung wird vielfach gewarnt, auf deren Risiken hingewiesen und auch gegen die weitere Entwicklung demonstriert. Dabei ist die Globalisierung weder vollkommen politisch gesteuert, noch umgekehrt alleine durch Politik aufzu-

halten. Zudem sind nicht alleine internationale Krisenszenarien zu beschwören. Neben den Herausforderungen stehen zugleich Chancen der Internationalisierung. Eine boomende Weltwirtschaft und internationaler Handel schaffen Arbeit und Wohlstand in unseren Heimatregionen. Umwelt- und Klimafragen können global und gemeinsam angegangen werden. Eine wichtige technologische oder medizinische Entwicklung in Übersee kann schnell in unsere Märkte gebracht und zum Wohl der Menschen eingesetzt werden.

STÄDTEPARTNERSCHAFTEN ALS INSTRUMENT DER „KOMMUNALEN AUSSENPOLITIK“

Die Partnerschaften der Städte und Gemeinden sind der ideale Ort der internationalen Begegnung von Menschen. Sie sind Völkerverständigung im bestverstandenen Sinne. Aber sie sind noch mehr. Kommunale Partnerschaften werden als Plattform genutzt, um Demokratisierungsprozesse in Staaten zu unterstützen, in denen Rechtsstaatlichkeit und Freiheit noch erkämpft werden müssen. Kommunale Partner in Industriestaaten und Schwellenländern oder in Entwicklungsländern arbeiten zusammen und lernen voneinander. Und die fachlich-thematische Zusammenarbeit kommunaler Partner in Netzen und Vereinigungen ermöglicht einen gemeinsamen Zugang zu Fördermitteln, nicht zuletzt der Europäischen Union.

Schwieriger ist es geworden, neue Städtepartnerschaften ins Leben zu rufen. Das hat vielfältige Gründe. Es liegt teilweise daran, dass die überwältigende Mehrheit der deutschen Kommunen bereits städtepartnerschaftlich arbeitet und die Anzahl der Partnerschaften nicht beliebig vergrößert werden kann. Hinzu kommt, dass der finanzielle Spielraum der Kommunen zur Förderung der Städtepartnerschaftsarbeit vor dem Hintergrund der anhaltenden kommunalen Finanzkrise stetig kleiner wird.

Und schließlich hat die deutsche Städtepartnerschaftsarbeit auch ein konkretes Personalproblem. Die Arbeit in den Städtepartnerschaftsvereinen wird seit Jahren, zum Teil Jahrzehnten, von den gleichen Aktiven verantwortlich getragen, die Gewinnung von Nachwuchs ist schwierig. Die jüngere Generation empfindet heute das friedliche und freundschaftliche Zusammentreffen verschiedenster Nationen in Europa und international als Norma-

lität. Ihr fehlt das Wissen und die Erfahrung der Kriegs- und Nachkriegsgenerationen, die diese Normalität nach Jahrhunderten der Feindschaft der Völker auf unserem Kontinent mit Mühe und Engagement erarbeitet haben. Die Zukunft der Städtepartnerschaftsarbeit wird daher auch die Frage zu beantworten haben, wie sie sich mit diesem Erfolg ihrer Arbeit nachhaltig weiterentwickeln und Menschen zum europäischen und internationalen Engagement motivieren und gewinnen kann.

GLOBALISIERUNG ALS ZEITALTER DER KOMMUNEN

Dabei werden die in internationalen Aktivitäten der Kommunen engagierten Menschen selbst einen Mehrwert erzielen. In der Globalisierung suchen die Menschen Identität, Halt und Heimat. All dieses bieten die Städte und Gemeinden, in denen das unmittelbare Leben seine Ausgestaltung findet. Die Gemeinde ist die Heimatstätte des Lebens und Arbeitens. Die Globalisierung ist daher das Zeitalter der Kommunen. Die Internationalisierung können die Städte und Gemeinden mit Selbstbewusstsein und Zuversicht angehen. Denn sie sind die unverzichtbare Basis der internationalen Entwicklung.

Dies zeigt beispielsweise die aktuelle Diskussion um die Verhandlungen des Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaftsabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA. Anstatt diese Verhandlungen möglichst offen und transparent zu führen, müssen sich die Akteure den Vorwurf der Geheimnis- und Hinterzimmerpolitik gefallen lassen, geheime Verhandlungspapiere werden kompromittierend im Internet veröffentlicht, „geleakt“, wie es hämisch in den Medien bezeichnet wird.

Und in der kommunalpolitischen Debatte in Deutschland wird zunehmend die Frage aufgeworfen, ob Verbraucherschutz und bewährte Strukturen der örtlichen Dienstleistungen und Daseinsvorsorge für wirtschaftliche Interessen geopfert werden sollen. Durch eine frühzeitige Einbindung der Städte und Gemeinden hätte hier viel erreicht werden können, denn gerade in der Kommune kann den Menschen erklärt und Akzeptanz dafür geschaffen werden, warum, wie und mit welchem Nutzen für alle die internationalen Handelsbeziehungen ausgebaut werden.

KOMMUNEN ALS PARTNER IN DER AUSSENPOLITIK ETABLIEREN

Dieses enorme Potenzial der Kommunen müssen die Staaten effektiv in ihr internationales Engagement und in ihre Außenpolitik einbinden. Warum werden internationale Delegationen der Bundesregierung zu den Partnern weltweit immer von Vertretern der Wirtschaft begleitet, aber nie von Repräsentanten der Städte und Gemeinden? Und warum werden bei internationalen politischen Gipfeltreffen nicht regelmäßig Kommunalpolitiker eingeladen und in die Beratungen eingebunden?

Staaten betreiben miteinander Diplomatie. Aber es sind die Städte und Gemeinden, die Menschen zusammenbringen können – weltweit in den zahllosen europäischen und internationalen Städtepartnerschaften, durch die Belebung des Jugend- und Schüleraustauschs, im vertrauensvollen Zusammenführen von wirtschaftlichen Akteuren.

STÄDTEDIPLOMATIE

Auch in Europa gehört der Begriff der Städtediplomatie längst zum politischen Vokabular. Die beiden großen Institutionen der Kommunen und Regionen in Europa haben das Thema schon vor Jahren aufgegriffen: der Ausschuss der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union, kurz Ausschuss der Regionen (AdR) in der Stellungnahme „Städtediplomatie“ (CdR 235/2008) und der Kongress der Gemeinden und Regionen beim Europarat in seiner Resolution 251 (2008) und der Empfehlung 234 (2008) „City Diplomacy“. Diese Dokumente entstanden seinerzeit im Kontext der Ersten Weltkonferenz der Städtediplomatie, die im Juni 2008 in Den Haag veranstaltet wurde. Der Kongress der Gemeinden und Regionen forderte, eine Europäische Charta der Städtediplomatie zu schaffen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die internationale Zusammenarbeit nach Art. 10 der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung ein Recht der Kommunen ist.

Aber die Städtediplomatie ist nicht alleine ein Thema Europas. Der Weltkommunalverband „United Cities and Local Governments“ (UCLG) hat sie sich schon vor Jahren auf die Fahnen geschrieben und ein Komitee für Entwicklungszusammenarbeit und Städtediplomatie eingerichtet, das die kommunalen Forderungen, Erwartungen und Möglichkeiten gegenüber den internationalen Akteuren formuliert, vor allem gegenüber den Vereinten Nationen.

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT AUSBAUEN

Sowohl die Bundesregierung, als auch die Europäische Union sind auf dem richtigen Weg, indem sie die internationale Entwicklungszusammenarbeit ausbauen – und dabei vermehrt die Kommunen einbinden und deren Rolle stärken. Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit muss entschlossen weiter ermutigt, ausgebaut und unterstützt werden.

Gerade in den Kommunen und kommunalen Unternehmen ist die beste Expertise für eine erfolgreiche örtliche Entwicklung vorhanden. Es gilt, diese zu nutzen und einzubringen, im Interesse der internationalen Solidarität und der Menschen vor Ort – in den Entwicklungsländern, aber auch bei uns zu Hause, da wir von einem entwicklungspolitischen Engagement in den Gemeinden selbst viel lernen können.



Als Bürgermeister von Xanten besuchte Christian Strunk (2. v. links) im Dezember 2011 die palästinensische Partnerstadt Beit Sahour

Kommunale Allianz im Nahen Osten

Städtepartnerschaft zwischen Xanten und Beit Sahour in Palästina

VON CHRISTIAN STRUNK, EHEMALIGER BÜRGERMEISTER DER STADT XANTEN

Der Rat der Stadt Xanten beschließt, das ausgemusterte Feuerwehrauto der Partnerstadt Beit Sahour in Palästina unentgeltlich zuzuwenden. Sollte der Transport beziehungsweise die Einfuhr zu größeren Problemen führen oder finanziell nicht möglich sein, wird dieses Fahrzeug in Deutschland veräußert und der Verkaufserlös für die Kosten eines Jugendaustausches verwandt. So wurde vor einiger Zeit ein Beschluss in der Stadt Xanten zur Unterstützung der Partnerschaft mit Beit Sahour in Palästina gefasst.

PARTNERSCHAFT IN PALÄSTINA

Wieso Palästina? Ja, Palästina! Denn trotz aller geopolitischen Probleme gibt es in Palästina und Israel interessante gemeinsame Ansätze zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort und damit die Möglichkeit, vielleicht auch einen geringen Beitrag zur Aufhellung der Situation in dieser schwierigen, krisengebeutelten Region zu leisten. Unbestritten stehen sich die Menschen in Israel und Palästina oft ablehnend, ja sogar feindselig gegenüber, aber sie bergen mit ihren historischen und biblischen Traditionen und ihren faszinierenden kulturellen Reichtümern eine Anziehungskraft auf die Menschen in Xanten.

So entwickelte sich auf Anregung einer engagierten deutschen Frau, die vor Jahrzehnten aus Palästina fliehen musste, sehr zügig ein Arbeitskreis Interessierter, um die Partnerschaft zum Leben zu erwecken. Dies fiel auch nicht schwer, denn die Stadt Beit Sahour liegt im sogenannten B-Dreieck mit den Städten Bethlehem, Beit Jala und Beit Sahour direkt an der Grenze zu Jerusalem. So stellen sich Flug und Einreise letztlich unproblematisch dar, allerdings immer mit einem etwas pochenden Herzen. Aber niemand lässt sich davon abhalten, in das christlich geprägte Beit Sahour zu fahren.

SITUATION IN BEIT SAHOUR

In diesem Landesteil Palästinas überwiegt die Bevölkerung mit griechisch-orthodoxer Religionszugehörigkeit. Im Gegensatz zu Deutschland spielt die Religion in dieser Region eine wichtige, oft leider abgrenzende Rolle. Genauso wie es in Israel mit der arabischen Minderheitsbevölkerung ist, stellt sich das auch in Palästina dar, wo die Religionsgruppen sich praktisch nicht vermischen. Dennoch gibt es trotz israelischer Präsenz keine ethnischen Konflikte in Beit Sahour und Umgebung. Nach Überwindung

der großen Sperrmauer, die man zwar mit einem mulmigen Gefühl aber als Deutscher unproblematisch durchfährt, hat man niemals den Eindruck, unsicher oder in Gefahr zu sein.

In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Situation der Menschen in der Region verschlechtert. Jedoch ist zu beobachten, dass der Pilgerverkehr wieder zunimmt und so entwickelt auch Xantens Partnerstadt Beit Sahour mit dem sogenannten biblischen Hirtenfeld und der Geburtskirche Bethlehem positive Ansätze der Souvenirindustrie. Bedauerlicherweise ist aber praktisch keine Produktionsstätte darüber hinaus vor Ort ansässig, so dass die Stadt zum erheblichen Teil von Zuschüssen und Zuwendungen anderer Organisationen lebt.

PARTNERSCHAFT ZWISCHEN SCHULEN BEIDER STÄDTE

Für die Stadt Xanten war es allerdings nie Thema, unmittelbare Hilfe zu leisten. Vielmehr ging es darum, gegenseitige Erfahrungen und wechselseitige Besuche in den Mittelpunkt zu stellen – vor allem mit dem Schwerpunkt auf Kinder und Jugendliche. So ist es auch gelungen, eine Schulpartnerschaft zwischen dem Stiftsgymnasium Xanten und einer evangelisch-lutherischen Schule in Beit Sahour zu schließen. Dabei gibt es allerdings auf deutscher Seite immer wieder die Sorge der Eltern, dass gefährliche Situationen entstehen könnten. Auf palästinensischer Seite haben die Bürgerinnen und Bürger dagegen Probleme, die Flugkosten zu finanzieren.

Dennoch gelang es bereits zwei Mal, jeweils für zehn Monate einen Schüler und eine Schülerin aus Beit Sahour nach Xanten in die sogenannte Europaklasse mit Schülerinnen und Schülern anderer europäischer Länder zu bringen. Dort konnten sie ihre sprachlichen Fähigkeiten verbessern und vor allem die Erfahrung machen, erstmals frei zu sein. Das bringt die jungen Menschen einen entscheidenden Schritt weiter und zeigt, wie wichtig eine freiheitliche demokratische Grundordnung ist.

In der Partnerschaft zwischen Xanten und Beit Sahour geht es nicht um direkte Geldleistung, weil sich die sozialen Verhältnisse in Palästina – auch nach deutschen Verhältnissen – auf einem befriedigenden Niveau bewegen. Problematisch ist aber die Perspektivlosigkeit im Hinblick auf den Friedensprozess und die schlechten Aussichten für qualifizierte Berufe. In Beit Sahour hat sich ein sehr starker Ausbildungsschwerpunkt für junge Menschen gebildet, der aber auch dazu führt, dass gut qualifizierte Kräfte aufgrund mangelnder Perspektive das Land verlassen und im Ausland tätig werden. Trotzdem hat die Heimat für diesen Personenkreis



Am Xantener Rathaus wehte zur Begründung der Partnerschaft neben der deutschen auch die palästinensische Fahne

weiterhin große Bedeutung, so dass auch eine Unterstützungsleistung für die Familien vor Ort eher die Regel als die Ausnahme darstellt. Um Unterstützung wird vor allem im Hinblick auf die schwachen öffentlichen Finanzen von der Stadtverwaltung gebeten. Leider ist die Selbstverwaltung wegen des israelischen Einflusses

nach wie vor nur begrenzt, aber das demokratische System mit regelmäßigen Wahlen gut ausgebildet. So versuchen wir, projektgebundene Hilfe zu leisten.

WUNSCH NACH ANERKENNUNG UND EIGENSTÄNDIGKEIT

Fast bedeutsamer als die wirtschaftliche Unterstützung in Beit Sahour ist die Sehnsucht nach Anerkennung. So wurde in den letzten Jahren der Wunsch der Palästinenser nach einer Eigenständigkeit, einem eigenen Staatsgebilde, die Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft sowie die Befreiung von den wirtschaftlichen und militärischen Fesseln Israels in den Mittelpunkt gestellt. Hier sehe ich auch für die Städtepartnerschaft der Stadt Xanten mit Beit Sahour einen wichtigen Ansatzpunkt. Wir können durch unser klares Bekenntnis zur gegenseitigen Freundschaft diese Position in vielfältiger Art und Weise stärken und wollen einen kleinen Beitrag zur Weiterentwicklung des Prozesses dieser Region leisten. Es ist bedeutungsvoll, dass wir öffentlich auf verschiedenen Ebenen zu unserer Freundschaft und der Eigenständigkeit Palästinas stehen.

Nur an wenigen Stellen in der Welt lässt sich so klar verdeutlichen, wie wichtig und alternativlos eine freiheitlich demokratische Welt auf der Basis eines Rechtsstaates wirklich ist. Uns in Deutschland erscheint das immer als selbstverständliches Gut, weshalb es häufig eher geringschätzt wird. Im Hinblick auf das, was man dort vor Ort in Palästina erleben kann, gewinnen die Grundlagen unseres Grundgesetzes für die jungen Menschen an Wert. Das gilt aber auch für die Erfahrungen bei der Bedeutung der Religion, der althergebrachten Sitten und Gebräuche sowie dem gegenseitigen Umgang, der vielleicht auch manchen Konflikt und manches Problem dann leichter verständlich macht. So kann man nur immer wieder sagen, dass der Besuch vor Ort unglaublich tiefgehend und diese Erfahrungsmöglichkeit jedem nur anzuempfehlen ist.

Palästina – Deutschland: Beit Sahour und die Stadt Xanten unterstützen sich gegenseitig. Wir sind nach Jahren der Partnerschaft davon überzeugt, dass dies der richtige Weg war, und hoffen auf ein Stück Weiterentwicklung vor Ort, zu dem wir vielleicht ein ganz klein wenig beigetragen haben. So sind wir alle gespannt, ob wir in einiger Zeit ein Xantener Feuerwehrfahrzeug in Beit Sahour vor Ort sehen werden.

Neue Wege für kommunale Partnerschaften

Multi-Akteurs- und Land-Kommunen-Kooperationen

VON JANINA SALDEN, DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND, UND BARBARA BALTSCH

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind Städtepartnerschaften aus den europäischen Beziehungen nicht mehr wegzudenken. Sie sind Resultat der Erfahrungen aus den großen Kriegen des 20. Jahrhunderts und stehen für ein freundschaftliches Miteinander. Die Städtepartnerschaftsbewegung hat in über 60 Jahren maßgeblich zu einer friedlichen Entwicklung innerhalb Europas und zur kulturellen Verständigung zwischen den Völkern beigetragen. Die Förderung des gegenseitigen Verständnisses durch direkten Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sind Kernelement der Partnerschaften. Auf europäischer Ebene setzt sich der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) seit jeher für die Stärkung kommunaler Partnerschaften ein.

Im Kontext von De-Kolonialisierung und der Herausbildung unabhängiger Nationalstaaten in der südlichen Hemisphäre entwickelte sich dann in den 1970er- und 1980er-Jahren ein steigendes kommunales Interesse auch an Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden, das noch durch die Herausforderungen der Globalisierung verstärkt wurde. Mehr als 500 Kommunen in Deutschland unterhalten aktuell Beziehungen zu Städten in Asien, Afrika und Lateinamerika. Diese Kommunalpartnerschaften sind heute wesentlich für die – wenn nicht sogar die Basis der – Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.



Im Rahmen einer Dreierpartnerschaft unterstützen die Städtepartner Würselen in Nordrhein-Westfalen und Morlaix in Frankreich ihre Partnerstadt Réo in Burkina Faso beim Brunnenbau

Während in diesen Partnerschaften anfangs vor allem die bilaterale Zusammenarbeit im Zentrum stand, rücken seit einigen Jahren zunehmend neue Formen der Zusammenarbeit in den Vordergrund. Dazu gehören neben zeitlich befristeten Projektpartnerschaften auch die Erweiterung des Kreises der Akteure im Rahmen von Dreieckspartnerschaften, Viererbündnissen, Multi-Akteurs- und Ringpartnerschaften bis hin zu umfassenden Nord-Süd-Städtenetzwerken. Denn: Erweitert man die Anzahl der Beteiligten, lassen sich Kompetenzen und Kräfte in der Entwicklungszusammenarbeit stärker bündeln, Aufgaben verteilen und Synergien schaffen.

In der Zukunftscharta des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu den neuen entwicklungspolitischen Zielsetzungen wird die Förderung von Multi-Akteurs-Partnerschaften explizit genannt. Auch der Deutsch-Französische Ausschuss der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) bemüht sich seit einiger Zeit, Dreieckspartnerschaften mit afrikanischen Staaten im Rahmen der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

DREIECKSPARTNERSCHAFTEN MIT AFRIKANISCHEN STAATEN

Die Entwicklung, etablierte deutsch-französische Städtepartnerschaften als „Kommunale Dreieckspartnerschaften“ neu zu denken, fand ihren Ursprung 2006 in der politischen Initiative des deutsch-französischen Ministerrates. Anknüpfend an bereits bestehende trilaterale Aktivitäten vor allem in Zusammenarbeit mit Burkina Faso wurde ein Pilotprojekt gestartet. Acht Dreieckspartnerschaften zwischen deutschen, französischen und afrikanischen Kommunen wurden von Januar 2007 bis Dezember 2009 im Auftrag des BMZ und des französischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der französischen Kommunalvereinigung „Cités Unies France“ unterstützt und begleitet.

Zu den engagierten Städten, die sich gemeinsam für Afrika stark machen, gehören auch Ludwigsburg und Montbéliard, die bereits in den 1950er-Jahren Vorbild für andere Kommunen waren, als sie nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges am 6. Mai 1962 die erste offizielle deutsch-französische Städtepartner-



Seit der Einweihung des Dar-es-Salaam-Platzes im Oktober 2013 ist die jüngste Partnerstadt des Stadtstaates Hamburgs im Stadtbild der Hansestadt vertreten

schaft schlossen. So unterzeichneten die Vertreter beider Städte am 26. Juli 2006 eine „Deklaration für Afrika“ zugunsten der Stadt Kangoussi in Burkina Faso, die von allen Partnerstädten Ludwigsburgs mitgetragen wird. Zu den konkreten Projekten zählen der Erweiterungsbau einer Schule und der Bau einer Bewässerungsanlage, wobei sich zahlreiche Vereine, Schulen und andere örtliche Akteure an der Umsetzung und Finanzierung beteiligen.

Das Pilotprojekt „Kommunale Dreieckspartnerschaften“ legte den Grundstein für ein internationales Städtetzwerk und förderte die Entstehung weiterer themenorientierter Projekte. Dies zeigt, dass der Mehrwert eines Multi-Akteurs-Bündnisses gegenüber einer klassischen bilateralen Partnerschaft vor allem in den neuen Impulsen für die etablierten Partnerschaften zu sehen ist. Personelle und finanzielle Mittel werden gebündelt, neue Erfahrungen eingebracht, Doppelarbeit wird vermieden. All dies steigert die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes, trägt zur Motivation bei und erweitert das internationale Portfolio einer Kommune durch grenzüberschreitenden Erfahrungsaustausch.

Wer Interesse an einer Erweiterung der Partnerschaftsarbeit hat, kann etwa über die bestehenden Partnerschaften und gemeinsam mit den etablierten Partnern neue Kontakte herstellen oder sich über die Plattform www.twinnings.org über aktuelle Kooperationsgesuche informieren. Auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bietet hier Beratung an. Weitere Informationen und Anregungen lassen sich auch über den Weltverband der Kommunen „United Cities and Local Governments“ (UCLG) generieren.

KOMMUNALE KOOPERATIONEN IM RAHMEN VON LÄNDERPARTNERSCHAFTEN

Aber nicht nur Dreieckspartnerschaften europäischer Kommunen mit Städten und Gemeinden im Globalen Süden können einen Beitrag zur Stärkung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit und zum Erreichen der neuen globalen Nachhaltigkeitsziele leisten. Auch die zahlreichen Partnerschaften der deutschen Bundesländer bieten Anknüpfungspunkte und können als „Dach und Vehikel“ für Partnerschaften und Kooperationen von deutschen Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern dienen.

Einige der aktuell existierenden mehr als 20 offiziellen deutschen Länderpartnerschaften mit Staaten, Regionen, Provinzen und Städten im Globalen Süden sind sogar aus kommunalen Partnerschaften entstanden.

Auch wenn die Partnerschaften der deutschen Bundesländer sich häufig in Voraussetzungen, Zielen und Inhalten unterscheiden, ist ihnen doch gemein, dass sie nur in einem breiten Bündnis von Akteuren mit Leben gefüllt werden können. Neben Bildungseinrichtungen, Kirchen, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie Wissenschaft und Wirtschaft bilden dabei die Städte, Gemeinden und Landkreise mit ihren Städtepartnerschaften einen wichtigen Unterbau. Konkret zeigt sich dies bei den Partnerschaften der Stadtstaaten, in denen städtische und Landeskompetenzen gebündelt werden. Dies ist etwa bei den Partnerstädten Hamburgs, Dar es Salaam in Tansania und León in Nicaragua, der Fall.

Besonders deutlich wird dies aber auch in der bereits seit 1982 bestehenden Partnerschaft von Rheinland-Pfalz und Ruanda in Afrika. Rheinland-Pfalz wählte dabei einen Weg, bei dem die Kooperation nicht auf der Regierungsebene ansetzt, sondern – als sogenannte Graswurzelpartnerschaft – direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Beziehungen zwischen den rheinland-pfälzischen und den ruandischen Kommunen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Neben zahlreichen Vereinen, Stiftungen, Organisationen, Pfarreien, Hochschulen sowie Schulen und Kindergärten pflegen rund 50 Städte, Gemeinden und Landkreise Partnerschaften mit Kommunen in dem ostafrikanischen Land. Die Aktivitäten richten sich am Bedarf der ruandischen Partner aus. Seit Bestehen der Partnerschaft konnten über 1000 Projekte realisiert werden, die der Hilfe zur Selbsthilfe dienen.

Auf dem Internetportal „Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik“ unter www.entwicklungspolitik-deutsche-laender.de werden das vielfältige Engagement der Deutschen Länder, ihre entwicklungspolitischen Ziele und Aktivitäten vorgestellt sowie Ansprechpartner benannt. Zudem kann nach bestehenden Partnerschaften der deutschen Länder mit Städten, Regionen oder Ländern des Globalen Südens gesucht werden.

Im Zeitalter der Globalisierung – mit all ihren Problemen und Chancen – erlangen grenzüberschreitende Kooperationen von Kommunen eine immer größere Bedeutung für die Lösung globaler Herausforderungen. Nach wie vor spielen sie eine wichtige Rolle bei der Zusammenführung von Menschen und Gesellschaften – in Europa und in der Welt. Unabhängig von der Form der Zusammenarbeit – ob klassische Städtepartnerschaft, Bündnis, Netzwerk oder themenbezogene Projektpartnerschaft – gilt: Eine Steigerung von Vielfalt und Anzahl der Akteure kann neue Impulse, Synergieeffekte und Wirkkraft hervorbringen.



Im Rahmen der Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der Republik Ruanda pflegt Landau eine Städtepartnerschaft mit Ruhango/Kigoma

Landespartnerschaft vor Ort mit Leben erfüllt

Die Stadt Landau und Ruhango/Kigoma in Ruanda

VON HANS-DIETER SCHLIMMER, OBERBÜRGERMEISTER DER STADT LANDAU

Der Landauer Stadtrat beschloss Ende 1984, im Rahmen der Partnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der Republik Ruanda eine Kommunalpartnerschaft mit der Stadt Kigoma einzugehen. Kigoma umfasste damals eine Fläche von 120 Quadratkilometern und hatte etwa 40000 Einwohnerinnen und Einwohner. 1986 bildete sich der Freundeskreis Kigoma, der die Partnerschaft pflegt und Hilfe in die Region organisiert.

Im Jahre 2002 wurde durch eine Kommunalreform in Ruanda auch die Stadt Kigoma umstrukturiert und teilweise anderen Distrikten zugeordnet. Die Partnerregion heißt jetzt Ruhango und hat rund 330000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das Behinderten-Zentrum Home de la Vierge des Pauvres Gata-gara im Distrikt Nyanza (früher Kigoma) gehört noch heute zu unserer Partnerstadt. Deshalb heißt der Verein jetzt Freundeskreis Ruhango-Kigoma e. V.

VIER AKTIVE PARTNERSCHAFTSVEREINE

Seit 2002 gibt es neben dem Freundeskreis Ruhango-Kigoma e. V. für gezieltere Projektförderungen noch den Verein Schulbau Ruhango e. V., seit 2005 den Verein zur Förderung von Gesundheitseinrichtungen in Ruhango e. V. und seit 2009 den Berufsförderungs- und Ausbildungsförderungsverein e. V. Die Zusammenarbeit der vier Vereine mit ihren insgesamt rund 100 Mitgliedern ist sehr eng.

Die Hilfe und Unterstützung erfolgt im Rahmen von Projekten mit den Schwerpunkten Bildung, Ausbildung und Gesundheitsförderung – und das im Rahmen meist enger persönlicher

Kontakte mit Menschen in Ruanda, die sagen, was gebraucht und wie das Geld verwendet wird. Die Finanzierung der Projekte wird über Spendengelder eingeworben.

FINANZIERUNG DURCH RUHANGO-MARKT

Größter Anteil am Erfolg und die Hauptaktivität zur Akquise von Finanzmitteln ist der Ruhango-Markt. Dabei handelt es sich um ein „Spenden-Kaufhaus“, in dem Gebrauchtetes günstig verkauft wird. Dinge, die noch gut erhalten sind, aber nicht mehr gebraucht werden, können hier abgegeben werden – angefangen von Büchern, Spielsachen bis hin zu Haushaltswaren, Kleidung und Schmuck. Der Freundeskreis verkauft die Artikel wieder günstig weiter.

Inzwischen besteht der Ruhango-Markt seit mehr als 18 Jahren. Rund 65 Helferinnen und Helfer sind regelmäßig im Einsatz. Der Zeitaufwand für das Organisieren, Annehmen von Spenden, Reinigen und Einsortieren ist groß, aber lohnend. So konnte der Verein allein im Jahr 2014 rund 200000 Euro in Form von Projektförderungen nach Ruhango fließen lassen.

Die Mitglieder des Vereins sind komplett ehrenamtlich tätig. Der Leiter der städtischen Pressestelle ist als Schriftführer Mitglied des Vorstandes. Einige Mitglieder des Stadtvorstandes sind traditionell in den Vorständen der Vereine. Die Einbettung in die Verwaltung ist daher äußerst effektiv und dennoch nicht arbeitsintensiv, da der gut funktionierende Verein die Geschicke selbst lenkt. Finanziell hat die Stadt Landau keinen Anteil an dem Verein. Dieser trägt sich aufgrund des Modells „Ruhango-Markt“ selbst.



Die ruandischen Kinder freuen sich immer über Besuche vom Landauer Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer

ZUSAMMENARBEIT MIT PARTNERSCHAFTSBÜRO DES LANDES

Herausforderungen sind immer wieder die Projektförderungen vor Ort in Ruanda. Hierbei ist das Partnerschaftsbüro des Landes Rheinland-Pfalz in der ruandischen Hauptstadt Kigali ein wichtiger Baustein. Das Koordinationsbüro betreut die Projekte, die im Rahmen der Partnerschaft durchgeführt werden. Zentrale Aufgabe ist dabei die Begutachtung der Projektanträge, die Begleitung der Projektabwicklung und die Kontrolle der einge-

setzten Finanzmittel. Das Büro unterstützt die Kontakte und berichtet regelmäßig über den Projektverlauf in Ruhango.

Die Partnerschaft zwischen Landau und Ruhango/Kigoma ist sehr gut aufgestellt und es gibt einen regen Austausch. Dies wäre allerdings ohne das beispiellose ehrenamtliche Engagement des Freundeskreises in Landau und deren Mitgliedern nicht möglich.

KONTAKT

Stadtverwaltung Landau
Marktstraße 50
76829 Landau in der Pfalz
Tel.: 06341 13-0
E-Mail: stadtverwaltung@landau.de
Internet: www.landau.de

Freundeskreis Ruhango-Kigoma e.V.
Erste Vorsitzende Gerlinde Rahm
Finkenstraße 8
76829 Landau/Pfalz
Tel.: 06341 51120
Fax: 06341 51120
E-Mail: Ruhango.kigoma@gmail.com
Internet: www.freundeskreis-ruhango-kigoma.de/aktuelles/

Bildung und Brunnen für Burkina Faso

Partnerschaftsprojekt „Nouna“ der Städte Mühlheim am Main und Saint-Priest in Frankreich

VON DANIEL TYBUSSEK, BÜRGERMEISTER DER STADT MÜHLHEIM AM MAIN

Die Städte Mühlheim am Main und Saint-Priest in Frankreich sind seit 1966 verschwistert. Seit 2005 unterstützen die beiden Partnerstädte ein Entwicklungsprojekt in Nouna in Burkina Faso.

Beide Partnerstädte waren daran interessiert, sich gemeinsam für ein Hilfsprojekt im Globalen Süden, nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“, zu engagieren. Nach einem Antrag Mühlheimer Fraktionen im Jahr 2004, Fördermittel für ein Projekt bereitzustellen, wurde ein Arbeitskreis gegründet. In diesem Arbeitskreis stellte der in Mühlheim ansässige Thorsten Ehmman, freiberuf-

licher Diplom-Landschaftsplanungsingenieur und Ökologe, der von 1995 bis 1997 als Entwicklungshelfer tätig war, das von ihm mitbetreute Projekt „Nouna“ vor.

DAS PROJEKT „NOUNA“

Nouna ist eine Provinzhauptstadt mit etwa 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Westen von Burkina Faso in Westafrika. Hier lebt seit über 35 Jahren die Deutsche Rosemarie Kempers. Sie hat dort früher für den Deutschen Entwicklungsdienst als Kranken-

Um die Trinkwasserversorgung für die Bevölkerung zu sichern, werden junge Männer zu Brunnenwarten ausgebildet

INFO

Der Name des Partnerschaftsvereins Thiogo entstammt dem Dioula, einer westafrikanischen Sprache, die im Norden der Elfenbeinküste und in Burkina Faso verwendet wird. „Thiogo thiogo“ bedeutet übersetzt „wir tun was wir können“.



schwester gearbeitet. Rosemarie Kempers ist die Schlüsselperson in der burkinischen Partnerstadt Nouna. Sie kennt die Stadt, die Menschen und die Probleme vor Ort sehr genau, sie schlägt Projekte und Aktivitäten vor. Dies ist im Vergleich zu vielen anderen Projekten und Initiativen ein echter Glücksfall, da permanent eine für alle Beteiligten kompetente Ansprechpartnerin vor Ort ist.

Mit großem Erfolg hat Rosemarie Kempers ein Alphabetisierungsprojekt ins Leben gerufen. Hier bekommen Kinder und Erwachsene ohne finanzielle Mittel eine Chance auf Bildung. In Burkina Faso verlangt das staatliche Bildungssystem die Zahlung von Schulgeldern und Unterrichtsmaterialien. Die vornehmlich ländliche Bevölkerung verfügt jedoch kaum über finanzielle Möglichkeiten, das zum Teil beträchtliche Schulgeld aufzubringen. Im Rahmen der Alphabetisierungsinitiative vermittelt eine ehrenamtliche Dorflehrerin Kindern und Erwachsenen Grundlagen im Schreiben und Lesen in einem kleinen, durch Spendengelder gebauten Schulraum. Der hohe Zulauf aus den umliegenden Dörfern macht Investitionen in Ausstattung und Lehrmittel nötig. Diese sind in Burkina Faso sehr teuer.

Gekoppelt ist diese Initiative mit der Instandsetzung von zum Teil seit Jahren defekten, dörflichen Trinkwasserpumpen (geschlossenes Fördersystem meist mit Schwungrad) in der gesamten Provinz Kossi. Ein erfahrener burkinischer Techniker bildet junge Männer zu Brunnenwarten aus. Nach ihrem „Diplom“

erhalten sie eine Grundausstattung an notwendigem Spezialwerkzeug, so dass kleinere Pannen vor Ort behoben werden können. Durch einen monatlichen Minimalbetrag der Dorfbevölkerung für die Nutzung des sauberen Trinkwassers von umgerechnet etwa 30 Cent können gegebenenfalls größere Reparaturen finanziert werden. Im Notfall werden diese Maßnahmen nach Prüfung von Rosemarie Kempers durch Spenden subventioniert.

ZIEL DES BILDUNGSPROJEKTS

- Nachhaltige Verbesserung der Bildungssituation
- Ernährungssicherung
- Ausbau und Ausstattung des Bildungszentrums

ZIEL DES BRUNNENPROJEKTS

- Flächendeckende und ausreichende Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit qualitativ gutem Trinkwasser
- Fachausbildung lokaler Kräfte zum „Brunnenwart“

ÜBERGEORDNETE ZIELE

- Verbesserung der Gesundheitssituation auf dem Land
- Beitrag zur Verhinderung von Abwanderung (Landflucht)
- Aufbau von Kompetenzen
- Selbsthilfe
- Schaffung von Arbeitsplätzen



Am 12. Februar 2009 unterzeichneten die Bürgermeister der Dreieckspartnerschaft das Protokoll für eine dezentralisierte Kooperation zwischen den Städten Nouna, Saint-Priest und Mühlheim am Main



Dank des Partnerschaftsprojektes lernen die Kinder in Nouna Lesen und Schreiben

BEGINN DER DREIECKSPARTNERSCHAFT

Für das Projekt „Nouna“ sprachen der direkte Kontakt des Mühlheimers Thorsten Ehmann zu einer Person vor Ort und der Bezug zu Saint-Priest durch die französischsprachige Region in Afrika. Die verschwisterten Partnerstädte Saint-Priest und Mühlheim am Main beschlossen 2005 im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung sich zu „verpflichten“, jedes Jahr eine finanzielle Hilfe in bestimmter Höhe zugunsten des Projekts zu leisten. Das Abkommen wurde für die Dauer von drei bis maximal fünf Jahren festgelegt.

VERKNÜPFUNG MIT DEN PARTNERSTÄDTEN

Der Mühlheimer Thorsten Ehmann verfolgt persönlich schon seit Jahren die Entwicklung dieses Projektes und unterstützt die Arbeit von Rosemarie Kempers. Er reist einmal im Jahr für mindestens einen Monat nach Burkina Faso in die Projektregion, um direkt mit den Menschen vor Ort Dinge besprechen und planen zu können und natürlich Spenden zu überbringen. Mit Rosemarie Kempers werden dann Bilanzen gezogen oder Probleme angegangen. Ehmann steht außerdem in regelmäßigem E-Mail- und Telefonkontakt mit Rosemarie Kempers.

Zweimal reiste auch eine Delegation aus Mühlheim und aus Saint-Priest nach Nouna. Diese jeweils privat finanzierten einwöchigen Besuche haben zu einem tieferen Verständnis beigetragen und Lerneffekte ausgelöst. Die Partner aus Frankreich und Deutschland konnten den Alltag in einer burkinischen Kleinstadt,

die Traditionen, den sozialen Kontext und die Probleme aus der persönlichen Anschauung heraus erleben und verstehen.

Die gegenseitigen Besuche von Kommunal- oder Vereinsvertreterinnen und -vertreter sind der Schlüssel zu einer gelebten Partnerschaft. Dies ist sicher mit einem enormen finanziellen und organisatorischen Aufwand verbunden, der sich jedoch zumeist auszahlt. Mit diesen ersten erfolgreichen Besuchen entstand in unserem Fall eine große Motivation für die weitere Zusammenarbeit.

Von französischer Seite war der Stadtrat Gérard Heinz aus Saint-Priest für das Projekt verantwortlich. Auch er reiste einmal im Jahr nach Nouna, um sich über den Verlauf des Projektes direkt vor Ort zu informieren. Seit dem Bürgermeisterwechsel in Saint-Priest im April 2014 ist Heinz nicht mehr im Amt. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird das „Nouna“-Projekt von französischer Seite nicht mehr weitergeführt werden.

Die Dreieckspartnerschaft Nouna, Saint-Priest, Mühlheim am Main war Teil eines Pilotprojektes, das auf Initiative der früheren Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul und ihrer damaligen französischen Amtskollegin Brigitte Girardin ins Leben gerufen wurde. Darin arbeiteten insgesamt acht kommunale Dreieckspartnerschaften aus Deutschland, Frankreich und Burkina Faso von Anfang 2007 bis Ende 2009 zusammen. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, die das Pilotprojekt auf deutscher Seite durchführte und koordinierte, unterstützt die beteiligten Kommunen seit dem offiziellen Abschluss auch bei Fortsetzung des Austausches.

Im Jahr 2012 hat die Stadt Mühlheim die jährliche finanzielle Unterstützung des Projekts eingestellt und die Gelder für den Aufbau eines neuen Projektes bereitgestellt.

Zur Weiterführung des Brunnen-Projektes wurde im April 2012 der Verein „Thiogo“ Freundeskreis Mühlheim am Main-Nouna/Burkina Faso e.V. gegründet. Erster Vorsitzender ist Bürgermeister Daniel Tybussek. Hauptziel des Vereins ist es, Spenden zu sammeln, für die auch Spendenquittungen ausgestellt werden können, sowie die Akquise von Fördermitteln.

KONTAKT

Daniel Tybussek
 Stadt Mühlheim am Main
 Friedensstraße 20
 63165 Mühlheim am Main
 Tel.: 06108 601-0
 Fax: 06108 601-84125
 E-Mail: d.tybussek@stadt-muehlheim.de
 Internet: www.muehlheim.de



Biberach engagiert sich in Telawi

Zusammenarbeit im Rahmen des Kaukasus-Städtenetzes

VON NOBERT ZEIDLER, OBERBÜRGERMEISTER DER STADT BIBERACH

Die Stadt Biberach unterhält seit Oktober 1987 eine Städtepartnerschaft zu der kaukasischen Stadt Telawi. Telawi ist die dritte von insgesamt fünf Partnerschaften Biberachs mit Städten in Frankreich, Italien, England und Polen, ergänzt um die Freundschaft zur Kanalinsel Guernsey.

Diesen Partnerschaften wie auch der Freundschaft zu Guernsey lag zunächst das Motiv der Aussöhnung mit vormalig verfeindeten Nationen zugrunde. Der Städtepartnerschaft mit Telawi kommt insoweit eine besondere Bedeutung zu, als dass sie noch zur Zeit der Sowjetunion begründet wurde und über den Aussöhnungsgedanken hinaus als friedensstiftende Maßnahme auf kommunaler Ebene während der Hochrüstungsphase des Kalten Krieges wirken sollte. Im Mittelpunkt standen deshalb Begegnungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern quer durch alle Bevölkerungsschichten unter besonderer Berücksichtigung des Jugend- und Schüleraustausches sowie gemeinsamer Projekte in Sport und Kultur. Darüber hinaus gab es einen Austausch von Fachleuten in den Bereichen des Umweltschutzes sowie des Handels und der Wirtschaft, wobei auch ortsansässige Ausbildungsstätten und zivilgesellschaftliche Organisationen eingebunden waren. Zudem leistete Biberach wertvolle Hilfe beim Aufbau einer Selbstverwaltung in Telawi, vor allem durch Know-how-Transfer.



Im Jahr 2006 fand in Telawi ein Sommercamp mit Jugendlichen aus Georgien, Armenien, Aserbaidschan und Deutschland statt

ORGANISATION DER STÄDTEPARTNERSCHAFTSARBEIT

Innerhalb der Stadtverwaltung kümmert sich das Kulturdezernat um die Städtepartnerschaften; die Federführung obliegt dem Kulturamt. Darüber hinaus engagieren sich alle städtischen Ämter themenbezogen innerhalb der Städtepartnerschaften. Für Telawi erwies sich auch die Hochschule Biberach mit ihren Fakultäten Architektur und Bauwesen als wichtiger Partner. Des Weiteren besteht eine umfangreiche Kooperation mit dem Partnerschaftsverein Biberach. In diesem Verein mit über 600 Mitgliedern sorgt sich jeweils ein separater Ausschuss um jede Partnerstadt. Es werden unter anderem Bürgerreisen und Spendenaktionen organisiert.

Die stellvertretende Kulturamtsleiterin bemüht sich intensiv um die Partnerschaften. Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere die Organisation von Besuchsprogrammen für Gruppen und offizielle Vertreterinnen und Vertreter, die Koordination der weiteren städtischen Ämter und Dienststellen, die Netzwerkarbeit mit dem Partnerschaftsverein und die Beantragung von Drittmitteln einschließlich der Abrechnung und Erstellung der Verwendungsnachweise.

Als Teil des Städtennetzwerkes Kaukasus profitiert die Partnerschaft der beiden Städte von einer finanziellen Förderung durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Den beiden Städtepartnern ist im Rahmen des 2001 ins Leben gerufenen Kaukasus-Netzwerkes durch die Förderung



Oberbürgermeister Norbert Zeidler übergab 2013 vor dem Biberacher Rathaus zwei von der Stadt gespendete Feuerwehrfahrzeuge an den Abgeordneten von Telawi, Gela Samkharauli



Eine Biberacher Delegation unter Leitung des damaligen Oberbürgermeisters Thomas Fettback (Mitte) besuchte im Mai 2011 das neue Bürgerbüro in Telawi

der GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eine finanziell sehr viel besser ausgestattete Zusammenarbeit möglich als im Rahmen einer „herkömmlichen“ Städtepartnerschaft. Dadurch erweiterte sich zugleich aber auch das Aufgabenportfolio über die „traditionellen“ Ziele von Städtepartnerschaften hinaus auf Projektzusammenarbeit in den Bereichen Verwaltungsum- und aufbau, Bürgerbeteiligung, Jugend- und Sozialarbeit, Umweltschutz oder Abfallentsorgung.

In mehreren Workshops erarbeiteten die Städtepartner Saarbrücken und Tbilissi in Georgien, Ludwigshafen und Sumgait in Aserbaidschan sowie Biberach und Telawi in Georgien zunächst die Instrumente und danach die Projekte, die in den Folgejahren in bisher fünf Teilphasen umgesetzt worden sind. Diesem Prozess lagen Beschlüsse der Gemeinderäte in den deutschen und kaukasischen Städten sowie nachfolgend getroffene Vereinbarungen zwischen den Partnerstädten zugrunde.

Nach einer Projektfindungsreise ergaben sich zügig erste Ideen und Konzepte konnten entwickelt werden. Nach nun fast 15 Jahren Projektpartnerschaft sind schon viele Ideen umgesetzt worden. Außerdem sind neue Städte, unter anderem auch in Armenien, ins Netzwerk eingegliedert worden.

AUSBAU VORHANDENER INSTITUTIONEN

Die ersten Projekte, die umgesetzt wurden, waren der Ausbau eines Jugendzentrums, eines Drogenberatungszentrums und die Renovierung einer Musikschule. Leider brannte die Musikschule kurz vor der Fertigstellung nieder, was Biberach und Telawi jedoch nicht entmutigte. Einige Jahre später, in der dritten Projektphase (2007–2012), konnte die Musikschule schließlich in Betrieb genommen werden. Das Drogenberatungszentrum wird heute nach zehn Jahren weiter engagiert von einer Ärztin und ihrem Personal betrieben und erhält inzwischen die Unterstützung des Landes Georgien.

DASEINSFÜRSORGE UND DIENSTLEISTUNGSERBRINGUNG

Kommunales Katastrophenmanagement wurde durch fachliche Beratung und Schulung zu Feuerwehr-, Brand- und Katastropheneinsätzen vermittelt. Es wurden bereits mehrere Lehrgänge sowohl in Biberach als auch in Telawi durchgeführt. Parallel konnten mit finanziellen Mitteln der Stadt Biberach drei gebrauchte, von der hiesigen Feuerwehr komplett überholte und gut ausgestattete Feuerlöschfahrzeuge und ein Rüstwagen einer hiesigen Betriebsfeuerwehr gespendet werden. Diese Fahrzeuge helfen im Brand- und Katastrophenfall. Außerdem wurden die Feuerwehrleute im Gebrauch der in den Fahrzeugen befindlichen Geräte und im

„STÄDTENETZ KAVKASUS“

Das Städtetz Kaukasus gehörte zu der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) initiierten Kaukasusinitiative. Im Mittelpunkt steht eine gemeinsame Bearbeitung von Themen wie der Verbesserung kommunaler Dienstleistungen, lokaler Wirtschaftsförderung oder Abfall- und Altlastenmanagements in den Ländern Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Darunter fällt etwa die Einrichtung eines digitalen Altlastenkatasters in der aserbaidschanischen Stadt Sumgait. Hier und in vielen weiteren Bereichen konnte das Städtetz einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten.

Das Städtetz Kaukasus ist inzwischen Teil des Projektes „Kommunalentwicklung im Südkaukasus“ des BMZ mit einer Gesamtlaufzeit von 2013 bis 2016. Ziel des Projektes ist es, die kommunale Selbstverwaltung und eine gute lokale Regierungsführung im Südkaukasus zu stärken. Im laufenden Projekt kooperieren staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure auf nationaler Ebene, in Pilotregionen und Pilotkommunen sowie in länderübergreifenden Netzwerken in den drei Ländern des Südkaukasus. Erfahrungen aus der kommunalen Zusammenarbeit sollen auch auf die Länderebene getragen werden, um auch landesweite Veränderungen zu bewirken. Eine bedeutende Errungenschaft sind die im Rahmen der Kooperation entstandenen Bürgerbüros, die heute in vielen Kommunen Georgiens und Armeniens eine reibungslose und transparente Abwicklung von Bürgeranfragen und -anträgen gewährleisten.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Städtetzwerk Kaukasus:

www.giz.de/de/weltweit/20315.html

Eigenschutz (Atemschutz) ausgebildet. Durch Spenden konnte die Biberacher Feuerwehr ihren Kollegen in Telawi Atemschutz-ausrüstung zur Verfügung stellen.

Darüber hinaus wurde ein Abfalleinsammelkonzept für Telawi entwickelt. Eine Hausmülldeponie für Telawi und die Umgebung wurde geplant, konnte allerdings nicht realisiert werden, da kurzfristig vom Staat eine einfache Deponie eingerichtet wurde.

DAS BÜRGERBÜRO TELAWI

Bereits im dritten Jahr besteht das Bürgerbüro beim Bezirksrat-haus in Telawi. Die Organisation des Büros wurde von der GIZ in Tbilissi organisiert und umgesetzt. Ausgangspunkt war die Einführung eines gut und effizient arbeitenden Bürgerbüros in der Hauptstadt Tbilissi. Dieses System ist inzwischen in den meisten größeren Städten umgesetzt.

Das Bürgerbüro Telawi ist erster Ansprechpartner für die Bürge-rinnen und Bürger. Dort erfahren sie, wer ihnen bei Fragen weiter-hilft, und sie können gezielter auf die richtigen Stellen zugehen. Bislang entsprach es georgischer Mentalität, eigene Anliegen möglichst direkt bei der Verwaltungsspitze vorzubringen. Das führte zu langen Menschenschlangen vor dem Büro des Gamge-beli (Verwaltungsleiter). Hier soll das Bürgerbüro kanalisieren – was allerdings bisher nur teilweise gelingt. Das Bürgerbüro muss sich erst seine Reputation erarbeiten, ist aber auf gutem Wege.

HERAUSFORDERUNGEN BEI DER UMSETZUNG

Die größte Herausforderung bei der Realisierung der Projekte war, dass auf telawischer Seite die offiziellen Ansprechpartner sehr häufig wechselten. Die Verwirklichung verschiedener Projekte war dadurch deutlich erschwert, wenn sie nicht sogar zum Teil gänzlich scheiterte. In Telawi hatten Wahlen oder Personalver-änderungen verheerendere Auswirkungen als es die Mitarbeiter aus Biberach aus der deutschen Praxis gewohnt waren. Im Einzelnen konnte das bedeuten, dass plötzlich offizielle Personen mitsamt den Unterlagen „verschwanden“, die für das Projekt zuständigen Ressorts wechselten oder neue Entscheidungsträger bereits gefasste Beschlüsse wieder zurücknahmen und sie durch neue Planungen ersetzten. Dies führte zu Rückschlägen, zeitlichen Verzögerungen oder gar Neuausrichtungen von Projekten. Umso intensiver entwickelten sich über die Jahre die privaten Kontakte, die eine deutlich zielgerichtetere Arbeit, gestützt auf viele vertrauensbildende Maßnahmen, erlaubten. Die derzeitige Stadtverwaltung ist nunmehr seit zwei Jahren im Amt, sodass sich eine verlässlichere und verbesserte Zusammenarbeit abzeichnet. Ebenfalls gibt es inzwischen eine Kontaktstelle Internationales bei der Stadtverwaltung, mit der eine direkte Kommunikation und leichtere Zusammenarbeit möglich ist.



Eine Delegation aus Biberach mit Oberbürgermeister Norbert Zeidler (Mitte) an der Spitze wurde 2014 vom neuen Bürgermeister der Stadt Telawi, Platoni Kalmakhelidze, im Rathaus empfangen

Im Jahr 2014 hat die Stadt Biberach von Engagement Global einen Projektantrag „Wissenstransfer“ zur Weiterentwicklung der lokalen Landwirtschaft und des damit verbundenen nahrungs-mittelproduzierenden Gewerbes sowie des Veterinärwesens als Daseinsvorsorge für die Bevölkerung gestellt, der bewilligt wurde. Es geht hier um die Weiterentwicklung und Weiterbildung der kachetischen Landwirte und der damit verbundenen besseren Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sowie um ein verbessertes Ansehen dieser Berufsgruppen. Das Projekt ergänzt das GIZ-Projekt „Partnerschaftliche Beratung zum Aufbau eines Berufsschulwesens im Rahmen der Regionalentwicklungs-strategie für Kachetien“ an der Berufsschule in Telawi, wo auch Landwirte ausgebildet werden. Nach über einem Jahr Laufzeit ist inzwischen eine „Georgisch-Deutsche Gesellschaft zur Unter-stützung der Landwirtschaft“ in Telawi als gemeinnütziger Verein gegründet worden, der die Zusammenarbeit der Landwirte sowie die Verbesserung der Viehzucht betreibt.

Aus Biberacher Sicht kann Ende 2015 festgestellt werden, dass Projekte dort am besten realisiert werden können, wo „Kümmerer“ auf beiden Seiten direkt und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür liefern Städtepartnerschaften mit der Möglichkeit, Bürge-rinnen und Bürger auf allen Ebenen direkt in Kontakt zu bringen, zusammen mit den entwicklungspolitischen Unterstützungsmög-lichkeiten regierungsnaher Organisationen eine gute Chance.

KONTAKT

Kulturamt der Stadt Biberach

Theaterstraße 6

88400 Biberach

Tel.: 07351 51-421

E-Mail: S.Engelhardt@biberach-riss.de

Internet: <http://biberach-riss.de/>





Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des RGRE treffen sich halbjährlich zu Arbeitssitzungen

„Wir wünschen uns eine Art Lotsen für Kommunen“

Interview mit Christiane Overmans

FRAGE: Frau Overmans, wie arbeitet eine Vorsitzende des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)? Wie gelingt es, die Interessen der vielen Akteure im Bereich Entwicklungszusammenarbeit zu einem einheitlichen Vorgehen zu bündeln?

CHRISTIANE OVERMANS: Ich bin ehrenamtliche Stadtverordnete und leite auch den Ausschuss ehrenamtlich. Kommunalpolitikerinnen und -politiker sprechen per se meist eine gemeinsame

Sprache. Diejenigen, die sich im RGRE engagieren, wissen, dass dies – wie auch in den kommunalen Spitzenverbänden – nicht die Bühne für parteipolitische Profilierung ist. Meine Stellvertreter und ich achten bewusst darauf, dass die unterschiedlichen Situationen von kleinen und großen Kommunen und der Landkreise berücksichtigt werden. Daher war es bislang nie ein Problem, die unterschiedlichen kommunalen Interessen zu bündeln.

FRAGE: Welche Entwicklung hat der Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des RGRE seit seiner Gründung 2012 genommen und welche Themen stehen hier aktuell auf der Agenda?

CHRISTIANE OVERMANS: Im Laufe der ersten Mandatsperiode haben sich diejenigen Mitglieder herauskristallisiert, die an Entwicklungszusammenarbeit ein nachhaltiges Interesse haben. Allerdings mussten durch Kommunalwahlen im Jahr 2014 viele Mitglieder ausscheiden, da ein kommunales Mandat Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist. Seit Ende 2014 haben wir durch drei Adhoc-Arbeitsgruppen die Arbeit, aber auch den Kontakt zu einem Teil der Mitglieder intensivieren können.

Der Ausschuss setzt sich Themen teils selbst, teils wird er vom Präsidium beauftragt. Derzeit stehen daher bei uns die neuen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ebenso wie die Stärkung der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit durch Bund und Länder im Vordergrund. Es gibt aber auch sehr praxisnahe Themen wie die Verbesserung der Rahmenbedingungen von Schulpartnerschaften und die berufliche Bildung.

FRAGE: Die Europäische Union hat 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklung erklärt. Welche Beteiligungsmöglichkeiten gibt und gab es für Städte und Gemeinden?



Christiane Overmans ist Stadtverordnete in Bonn und Vorsitzende des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

CHRISTIANE OVERMANS: Nach allem was ich so beobachte, hauptsächlich durch öffentliche Veranstaltungen in der eigenen Gemeinde. Mein Eindruck ist aber, das Themenjahr geht an vielen Kommunen vorbei. Das Jahr ist fast rum und wirklich registriert hat es kaum jemand. Dies ist meist mit derartigen Kampagnen der EU so. Es wäre ein schönes Arbeitsfeld, hier einmal für mehr Praxis- und Menschennähe zu sorgen – derzeit würde uns das aber überfordern.

FRAGE: *Nehmen wir an, eine Kommune möchte erstmals in der Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv werden. Wo findet sie die richtigen Ansprechpartner?*

CHRISTIANE OVERMANS: Neben dem Internetangebot der Deutschen Sektion des RGR unter www.rgr.de empfehle ich immer das Portal der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unter www.service-eine-welt.de als Einstieg. Die ist für eine Bundesinstitution ziemlich praxisorientiert und man erhält auch persönliche Beratung, wenn man das möchte. Leider gibt

es zusätzlich viele weitere Ansprechpartner: von Engagement Global, der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und bei anderen freien und staatlichen Trägern. Die Länderbüros von GIZ und Engagement Global verwalten häufig nochmal gesonderte Fördertöpfe. Wir wünschen uns eine Art Lotsen für Kommunen. Ob das erreichbar ist, wird sich zeigen.

FRAGE: *Die Entwicklungszusammenarbeit stellt für Kommunen eine freiwillige Aufgabe dar. Wie können deutsche Städte, Gemeinden und Kreise in Zeiten knapper Kassen trotzdem für die Eine Welt aktiv werden?*

CHRISTIANE OVERMANS: Es gibt themen- und projektbezogen Fördermittel des Bundes, der Länder und der Europäischen Union. Generell nutzen alle Kommunen einerseits vorhandene eigene Ressourcen wie ihr Personal und andererseits bürgerschaftliches Engagement und die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Hochschulen und anderen Stellen vor Ort.

Online-Ratgeber der Servicestelle hilft!

Finanzierung von Nord-Süd-Partnerschaften

VON DR. ANKE VALENTIN, GESCHÄFTSFÜHRERIN WISSENSCHAFTSLADEN BONN E.V.

Der gesellschaftliche Wert von Partnerschaften oder gemeinsamen Projekten von Nord und Süd ist unbestritten. Und wenn sich eine Kommune, (Hoch-)Schule oder ein Verein auf den Weg zu einer langfristigen Partnerschaft macht, gesellt sich zu den inhaltlich-thematischen Fragestellungen immer auch die Frage nach der Finanzierung.

Partnerschaften und Kooperationsprojekte von Kommunen müssen dabei nicht komplett aus dem städtischen Haushalt finanziert werden, aber eine Grundfinanzierung stärkt die Ausgangsposition erheblich. Von dieser Grundfinanzierung aus lassen sich zahlreiche Aktivitäten und Projekte anstoßen, die durch Förderprogramme, Stiftungsgelder, Preisgelder, Sponsoring und Spenden mitfinanziert werden können. Auch wenn jede Kommune hier ihren eigenen Weg finden muss, gibt es zahlreiche Erfahrungen anderer Städte und empfehlenswerte Fördermöglichkeiten, die Einsteigern die ersten Schritte erleichtern und auch den „alten Hasen“ noch die ein oder andere Anregung geben können. Die hier vorgestellte kleine Auswahl an Finanzierungsmöglichkeiten wurde bewusst so gewählt, dass sie eine breite Palette abdeckt und damit hoffentlich Tipps und Anregungen für die individuelle Situation vor Ort gibt.

KOMMUNALE GRUNDFINANZIERUNG

Bei der Grundfinanzierung lässt sich zwischen öffentlichen und privaten Mitteln unterscheiden. Beide können zur Grundfinanzierung beitragen. Als „öffentlich“ werden ordentliche Haushaltsmittel für Partnerschaftsvereine und eigene Projektförderung bezeichnet. Zudem zählen Mittel aus dem Bürgermeisterhaushalt – etwa für Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation – ebenso dazu wie Mittel aus den Fachhaushalten der Kommunen.

In vielen Kommunen sind die Mittel dezentral auf verschiedene Fachbehörden verteilt. Häufig weist etwa der Etat der für schulische oder kulturelle Angelegenheiten zuständigen Ämter und Referate mehr finanziellen Spielraum für Partnerschaftsaktivitäten auf als der Gesamtetat für kommunale Partnerschaften bei der federführenden Dienststelle. Viele Kommunen haben zudem Beschlüsse für bestimmte Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit oder kommunaler Nord-Süd-Partnerschaften gefasst, die mit einem Budget verbunden sind.

Auch wenn sich die Grundfinanzierung auf die Personalausstattung des Referats für internationale Zusammenarbeit beschränkt, ist das schon einmal eine gute Basis. Das dann auftauchende Problem der anfallenden Reise- und Aufenthaltskosten



Zu allen Förderprogrammen und Stiftungen finden sich konkretere Informationen unter www.service-eine-welt.de/fira

löste die Stadt Leipzig beispielsweise, indem bei Städtepartnerschaften auf die Haushaltstellen für Dienstreisekosten und Honorarmittel zurückgegriffen werden konnte, um zumindest eine Teilfinanzierung zu gewährleisten.

Um die Grundfinanzierung besser auszustatten, bieten einige Städte wie Hamburg, Saarbrücken oder Bremen ihren städtischen Beschäftigten an, die Cent-Beträge ihrer Monatsgehälter zu spenden. Aus diesen vielen kleinen Spenden werden große Summen, die an Projekte in den Partnergemeinden weitergeleitet werden. Einige Kommunen lassen auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Wahl, für welches Projekt ihre „Restcent“-Beträge

genutzt werden sollen. Dies ist ein geschickter Schachzug, da entwicklungspolitische Aktivitäten zu den freiwilligen kommunalen Aufgaben zählen, deren Finanzierung die Kommunen nur über eigene Einnahmen gewährleisten können.

Eine weitere Möglichkeit, Mittel für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen zu können, liegt in der Beantragung von Fördergeldern für konkrete Projekte. Dazu gehören etwa Austauschaufenthalte, Investitionen in Schulen und Infrastruktur im Partnerland, Kampagnen, Veranstaltungen und Publikationen.

PROJEKTFÖRDERUNG ALS KOFINANZIERUNG

Nach dem Motto „Geld ist da – man muss nur wissen wo“ bietet die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global auf ihrem Internetportal einen umfangreichen Finanzierungsratgeber. Neben Beispielen aus der Praxis können dort rund 160 aktuelle Fördermöglichkeiten von Bund, Ländern, Europäischer Union sowie gemeinnütziger Stiftungen abgefragt werden. In vielen Kommunen und kommunalen Partnerschaftsbeziehungen werden bereits die verschiedenen Möglichkeiten der Kofinanzierung und Förderung genutzt.

Ein grundsätzliches Kriterium bei der Suche nach der passenden Förderquelle stellt die Frage dar, ob die geplanten Aktivitäten im Inland oder im Partnerland durchgeführt werden sollen. Da zumeist bereits in den Förderbedingungen von Programmen und Stiftungen festgelegt ist, ob sie Inlands- oder Auslandsprojekte fördern, kann schon bei der Suche eine Voraus-

DATENBANK DER KOMMUNALEN PARTNERSCHAFTEN

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) unterstützt Kommunen mit Informationen zu kommunalen Partnerschaften. Der Verband unterhält unter anderem eine Datenbank der kommunalen Partnerschaften, in der neben europäischen Kommunalpartnerschaften auch nach bestehenden Partnerschaften, Freundschaften und Kontakten deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise zu Kommunen im Globalen Süden gesucht werden kann. Darüber hinaus bietet die zusätzliche Datenbank zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit einen Überblick über das kommunale Engagement in der Einen Welt. Über diese Datenbank können Kommunen Anregungen für die eigene Arbeit finden und Kontakte zu anderen Kommunen und interessierten Akteuren herstellen.

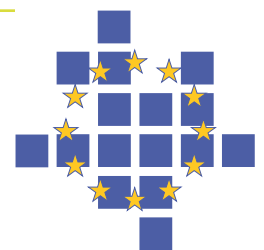
Über das Partnerschaftsportal des europäischen RGRE-Dachverbandes „Council of European Municipalities

and Regions“ (CEMR) können Kommunen, die am Aufbau einer neuen Partnerschaft interessiert sind, selbst Gesuche einstellen oder nach passenden möglichen kommunalen Partnern im europäischen Ausland recherchieren und auch direkt Kontakt aufnehmen.

Datenbank der kommunalen Partnerschaften:
www.rgre.de/partnerschaften0.html

Projekt-Datenbank zur Kommunalen Entwicklungszusammenarbeit:
www.rgre.de/datenbank.html

Partnerschaftsportal des Europäischen RGRE:
www.twinning.org



wahl getroffen werden. Ein zweites wichtiges Kriterium bezieht sich auf die Art der möglichen Antragsteller. Auch hier gibt es in der Regel unterschiedliche Förderquellen für Kommunen, Vereine, Kirchengemeinden, Schulen oder Jugendverbände. Da es in den meisten Kommunen Netzwerke aus verschiedenen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit gibt, werden im Folgenden überwiegend Förderquellen vorgestellt, in denen Kommunen Antragsteller sind.

FÖRDERUNG VON PROJEKTEN IM PARTNERLAND

Ein relativ neues Instrument zur Förderung von Projekten im Partnerland bildet das von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt verwaltete Projekt **„Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa)**. Seit 2013 werden darüber entwicklungspolitische Projekte mit Schwerpunkt nachhaltige Daseinsvorsorge, gute lokale Regierungsführung oder Klimaschutz und Klimaanpassung in einem Partnerland bezuschusst. Deutsche Kommunen oder kommunale Spitzenverbände können dabei in der Regel zwischen 20 000 und 250 000 Euro für ein entsprechendes Projekt beantragen. In begründeten Ausnahmefällen gibt es bis zu 500 000 Euro pro Antragsteller.

Zusammen mit den Kommunen sind häufig Migrantenorganisationen in internationalen Partnerschaften aktiv, da sie aufgrund ihrer Erfahrungen den Bedarf vor Ort gut einschätzen können und über verlässliche Netzwerke im Partnerland verfügen. In seinem Förderprogramm **„Migranten als Brückenbauer“** unterstützt das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) Projekte von Migrantenorganisationen mit bis zu 50 000 Euro, die zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beitragen und in enger Abstimmungen mit den Partnern im Globalen Süden entwickelt werden.

Wer sich an aufwendigere Antragsverfahren heranwagen möchte, kann sich über das Büro von **bengo** bei der Antragstellung zu EU-Budgetlinien der Entwicklungszusammenarbeit beraten lassen. Seit einigen Jahren haben auch Kommunen als Antragsteller Zugang zu den Aufrufen der Programmlinie **„Non-State Actors and Local Authorities in Development“ (NSA/LA)** und zur kostenlosen Beratung durch bengo.

FÖRDERUNG ENTWICKLUNGSPOLITISCHER BILDUNGSARBEIT IM INLAND

Viele Aktivitäten der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Inland werden von Partnerschaftsvereinen, anderen gemeinnützigen Organisationen und Schulen getragen. Sie haben die Möglichkeit, über das **„Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung“ (FEB)** von Engagement Global einen Antrag auf eine 75-prozentige Förderung von Bildungspro-



Bildung trägt maßgeblich zur Überwindung von Hunger und Armut in Entwicklungsländern bei, weil es die Zukunftschancen junger Menschen fördert

jekten und Seminaren zu stellen, die im Inland stattfinden. Die finanzielle Ausstattung richtet sich nach festgelegten Honorar- und Reisekostensätzen. Um die Förderrichtlinien kennenzulernen, können Antragsteller an einem der kostenlosen Seminare zum FEB teilnehmen.

Neben dem FEB als bundesweit ausgerichtetem Förderprogramm gibt es zahlreiche **Landesstiftungen**, die ebenfalls öffentliche Mittel oder Lottomittel verwalten und häufig insbesondere für kleinere Vereine einen deutlich einfacheren Zugang der direkten Kontaktaufnahme ermöglichen. Auch viele **Landesministerien** bieten den in ihrem Bundesland ansässigen Einrichtungen die Möglichkeit der Antragstellung. Einsteiger sollten sich in ihrem Bundesland nach entsprechenden Fördermöglichkeiten erkundigen und mit kleinen Förderaktivitäten beginnen, für die teilweise sogar vereinfachte Antragsverfahren bestehen. In Nordrhein-Westfalen gilt dies beispielsweise für die Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.

Als Förderer entwicklungspolitischer Bildungsprojekte sind auch die sogenannten **parteinahen Stiftungen** zu erwähnen. Bei ihnen können zwar in der Regel nur sehr eingeschränkt Förderanträge eingereicht werden, wohl aber sind sie häufig als Kooperationspartner für Veranstaltungen ansprechbar. Zu den politischen Stiftungen zählen die Heinrich-Böll-Stiftung, die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung. Teilweise haben sie auch Niederlassungen in Entwicklungsländern, die angesprochen werden können.

AUSTAUSCHPROGRAMME

Was wären Nord-Süd-Partnerschaften ohne Austausch-Aktivitäten? Seit 2013 bietet das ASA-Programm in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt die neue Programmkomponente **ASA-Kommunal** an. Das Programm bringt junge Menschen und Kommunen zusammen, die sich in Kommunalpartnerschaften oder Projekten entwicklungspolitisch engagieren – in

Deutschland und im Ausland. In einer ersten Stufe bewerben sich Kommunen mit einem Projekt, für das sie gerne den Austausch in Anspruch nehmen würden. In der zweiten Phase werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den mehrmonatigen Austausch zur Mitarbeit in dem Projekt im Inland oder Ausland gewonnen. Sowohl Reise- als auch Lebenshaltungskosten der Teilnehmenden werden über ASA-Kommunal bezuschusst.

Neben den Kommunen selbst sind häufig auch Schulen an Austauschaktivitäten beteiligt. Das **Entwicklungspolitische Schulaustauschprogramm ENSA** fördert den Schulaustausch zwischen Deutschland und Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. ENSA bietet einen finanziellen Zuschuss von bis zu 10000 Euro für Flugkosten und Aufenthalt und begleitet die Schulgruppen bei der Vor- und Nachbereitung. Dabei verfolgt es das Ziel der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Als letzte Fördermöglichkeit, die hier vorgestellt werden soll, wird eine weitere Zielgruppe potenzieller Antragsteller angesprochen: **Brot für die Welt / Evangelischer Entwicklungsdienst** fördert ökumenische Lernreisen, für die Kirchengemeinden, konfessionelle Schulen und Gruppen Fördermittel beantragen können. Für Maßnahmen, die in langfristige entwicklungspolitische Bildungsprogramme eingebettet sind, können bis zu zwei Drittel der Reise- und Aufenthaltskosten getragen werden.

Bei sämtlichen Möglichkeiten der Mittelakquise ist immer auch der Faktor „Zeit“ wichtig. Für Projektanträge sollte mindestens ein halbes Jahr Vorlauf eingeplant werden, eher mehr. Häufig wird es eine ganze Bandbreite mehrerer Förderaktivitäten sein, mit denen die Partnerschaftsaktivitäten finanziert werden. Sicher gehören auch Spendenakquise, Sponsoring und Marketing dazu, auf die hier nicht weiter eingegangen wird. Einige Anregungen dazu geben aber die Finanzierungsbeispiele unter www.service-eine-welt.de/fira oder auch die Wettbewerbe, die ebenfalls auf dem Internetportal der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt vorgestellt werden. Eine erfolgreiche Teilnahme wird in der Regel nicht nur mit einem Preisgeld belohnt, sondern verhilft auch zu mehr Anerkennung der eigenen Aktivitäten.

KONTAKT

Wissenschaftsladen Bonn e.V.
Geschäftsführung, Fachbereich
Bürgergesellschaft und Nachhaltigkeit;
Prozessentwicklung, Moderation
Dr. Anke Valentin
Tel.: 0228 20161-23
E-Mail: anke.valentin@wilabonn.de
E-Mail: fira@service-eine-welt.de

BÜRGERMEISTER FÜR DEN FRIEDEN

Der Friedensarbeit, insbesondere der atomaren Abrüstung, haben sich die Bürgermeister für den Frieden „Mayors for Peace“ verschrieben. Die internationale Nichtregierungsorganisation wurde 1982 auf Initiative des damaligen Bürgermeisters von Hiroshima, Takeshi Araki, gegründet. Dem Netzwerk gehören weltweit mittlerweile mehr als 6700 Kommunen aus 160 Ländern an, davon allein mehr als 400 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland.

Aus der grundsätzlichen Überlegung heraus, dass Stadtoberhäupter für die Sicherheit und das Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind, versuchen die Bürgermeister für den Frieden Einfluss auf die weltweite Verbreitung von Atomwaffen zu nehmen und diese zu verhindern. Dazu rufen sie regelmäßig zu Aktionen auf, wobei sie von Friedensgruppen auf der ganzen Welt sowohl auf lokaler als auch internationaler Ebene unterstützt werden.

Zu den bekanntesten Aktionen gehört der jährlich stattfindende Flaggentag am 8. Juli, mit dem die Bürgermeister für den Frieden an das Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 8. Juli 1996 erinnern, wonach der Einsatz von Atomwaffen sowie die Androhung ihres Einsatzes gegen internationales Recht und gegen Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstoßen.

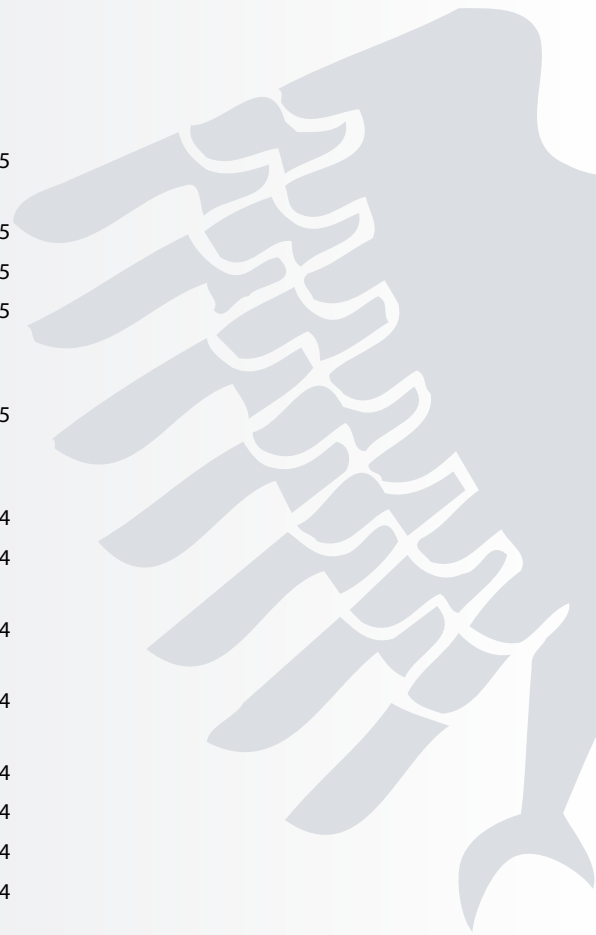
WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Bürgermeister für den Frieden: www.mayorsforpeace.de/



Bisher in dieser Reihe erschienen

No. 134	Szenario-Management für Städte und Gemeinden Leitfaden und Anwendungsbeispiele	11-12/2015
No. 133	Starkregen und Hitzewellen: Die Stadt im Klimawandel fordert die kommunale Wasserwirtschaft heraus	11-12/2015
No. 132	Gemeinden mit Aussicht	6/2015
No. 131	Mit starken Kommunen die Energiewende zum Erfolg führen!	5/2015
No. 130	Kommunen entlasten, Reformen umsetzen, Infrastruktur- offensive starten – Bilanz 2014 und Ausblick 2015 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2015
No. 129	Kommunale Impulse generationenübergreifender Arbeit – Hintergründe und Einblicke aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser	12/2014
No. 128	Erlass der Grundsteuer nach § 33 GrStG	10/2014
No. 127	Städte und Gemeinden bringen Bürger in Bewegung – Bewegungsparcours im öffentlichen Raum	9/2014
No. 126	Windenergieanlagen auf kommunalem Boden – zwischen Ausschreibung und Vergaberechtsfreiheit	9/2014
No. 125	Auslaufende Konzessionsverträge – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis – 2. Auflage	7-8/2014
No. 124	Förderung des Radverkehrs in Städten und Gemeinden	6/2014
No. 123	Bevölkerungsschutz in Städten und Gemeinden	6/2014
No. 122	Kommunale Europaarbeit – Strukturen und Arbeitsformen	4/2014
No. 121	Mit Reformen vom Vater Staat zum Bürgerstaat – Bilanz 2013 und Ausblick 2014 der deutschen Städte und Gemeinden	1-2/2014
No. 120	Windenergieanlagen – Strategien zur kommunalen Steuerung und Wertschöpfung – Beispielfälle für die kommunale Praxis	10/2013
No. 119	Konzessionsverträge und Konzessionsabgaben Hinweise für die kommunale Praxis – 3. Auflage	7-8/2013
No. 118	Wirtschaftsförderung – Aufgaben, Organisation und Schwerpunkte der kommunalen Wirtschaftsförderung	7-8/2013
No. 117	Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben und in der Stadtentwicklung	6/2013



Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon 030 77307-0
Telefax 030 77307-200
dstgb@dstgb.de
www.dstgb.de

In Kooperation mit

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung